

NSU - Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung

Ausgabe Nr. 61, 12. Oktober 2021



In den Jahren 2000 bis 2007 ermordete der sogenannte Nationalsozialistische Untergrund (NSU) zehn Menschen: Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter. Bei weiteren Anschlägen wurden zahlreiche Menschen teilweise schwer verletzt.

Am 4. November 2011 wurden die beiden Neonazis Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos tot in einem brennenden Wohnmobil in Eisenach entdeckt. Ein weiteres Mitglied, Beate Zschäpe, stellte sich kurz darauf der Polizei. Die Selbstenttarnung des NSU wurde – zumindest vorläufig – zum Kristallisationspunkt des neuen deutschen Faschismus.

Zuvor hatten die Behörden jahrelang im Umfeld der Betroffenen nach den Täter*innen gesucht und dabei Opfer und Angehörige kriminalisiert. Der NSU-Komplex offenbarte damit nicht nur den strukturellen Rassismus deutscher Behörden, der noch von den Leitmedien und der Boulevard-Presse kräftig angeheizt wurde, sondern machte auch deutlich, wie realitätsfern die Rede von den „Einzeltäter*innen“ ist. Die Ermittlungsbehörden stellten den NSU verharmlosend und grundfalsch als ein rechtsradikales Trio dar, obwohl es sich hier nie um eine isolierte Terrorzelle handelte, die autonome Entscheidungen traf: Ein Netzwerk an Unterstützer*innen organisierte Waffen, mietete Wohnungen an, besorgte Papiere und Unterlagen, kümmerte sich um finanzielle Unterstützung und kundschaftete das Umfeld der Opfer aus. Dieses äußerst aktive und brandgefährliche Netzwerk der extremen Rechten existiert seit Jahrzehnten und erstreckt sich international über Landesgrenzen hinweg. Auch der Verfassungsschutz spielte dabei eine unrühmliche Rolle und zeigte sich einmal mehr als Teil des Problems. Über Jahre hinweg unterstützte er durch den Einsatz von V-Leuten den Aufbau dieser rechten Netzwerke und verschaffte somit auch dem NSU die Basis für dessen Morde. Nicht nur diese Verstrickungen der deutschen Behörden, sondern auch die Verhandlungen und Urteile des NSU-Prozesses in München zeigten wiederholt, dass konsequente Aufarbeitung rechter und neonazistischer Taten in Deutschland nicht gewollt ist.

In den Folgejahren verübten Rechtsterroristen weitere Terroranschläge, unter anderem 2016 im Münchner OZ, 2018 in Halle an der Saale und 2020 in Hanau. In der Berichterstattung wiederholen sich rassistische Muster, von abwertenden Vergleichen über eine Formulierung der „Fremdheit“ der Opfer. Und jedes Mal sprechen Politiker*innen und die bürgerliche Presse von einer neuen Qualität der Gewalt, ohne sehen zu wollen, dass es sich hier um ein strukturelles Problem handelt. Zudem werden immer wieder rechte Netzwerke in der Polizei und der Bundeswehr aufgedeckt. Doch viel zu oft fällt diese investigative Aufgabe antifaschistischen

Aktivist*innen oder Journalist*innenkollektiven zu.

In unserer aktuellen Ausgabe geht es um die Fragen: Was hat sich seit der Selbstenttarnung des NSU vor zehn Jahren bis heute getan, auf politischer, institutioneller und aktivistischer Seite? Was muss geschehen, um eine wirkliche Aufarbeitung der vielen terroristischen Akte zu bewirken? Welche Konsequenzen zog die Mitverantwortung des Verfassungsschutzes und weiterer Staatsbehörden nach sich? Wie können wir gegen die Kontinuitäten rechter Netzwerke angehen? Und auch: Wo gibt es Selbstorganisation, Öffentlichkeit und Widerstand gegen die rassistischen Zumutungen und strukturellen Versäumnisse, die seitdem ans Tageslicht geholt wurden?

Im Zuge dessen möchten wir auf die aktuell stattfindende Wanderausstellung [Offener Prozess](#) (derzeit in Berlin und in Chemnitz, mit weiteren Stationen in den kommenden Monaten) sowie das interdisziplinäre und dezentrale [Theaterprojekt Kein Schlussstrich!](#) hinweisen. Schickt uns gerne weitere Veranstaltungsankündigungen oder Hinweise zu aktuellen Veröffentlichungen zu, wir werden diese in unseren Kanälen weiterleiten.

Wir wünschen wütendes, lehrreiches und empowerndes kritisches Lesen!

„Man hat rein gar nichts gelernt“



Interview mit Çağan Varol

Rassismus fordert Menschenleben. Ein Blick in die Lehren aus der Kölner Keupstraße und darüber hinaus.

kritisch-lesen.de: Der Nagelbombenanschlag in der Kölner Keupstraße, zu dem du wissenschaftlich und aktivistisch arbeitest, ist 17 Jahre her. Die Bombe, von Nazis des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) platziert und per Fernsteuerung gezündet, verletzte damals zahlreiche Menschen. Wenn du über den Anschlag als Teil des NSU-Komplex insgesamt sprichst: Was ist dir besonders wichtig zu betonen?

Çağan Varol: Die Menschen der Straße haben einen Bombenschlag des NSU er- und überlebt – und zusätzlich eine mediale und politische Skandalisierung. Neben der Bombe, die für die Menschen tatsächlich aus dem Nichts kam, waren die Mutmaßungen, Spekulationen und direkten Einwirkungen der Polizeibehörden die wahre Zäsur im Leben einiger Bewohner*innen. Viele fühlten sich auch nach Feierabend von der Polizei verfolgt und observiert. Den Staatsapparat auf sich gerichtet zu wissen und immer wieder spontane Besuche und Vorladungen von der Polizei zu erhalten, sowie mehrfach ins Kreuzverhör genommen zu werden, macht etwas mit der Seele. Es gab glücklicherweise keine Toten durch die Bombe, aber indirekte Opfer sind dennoch zu beklagen. Ein Verletzter des Anschlags ist vor vier Jahren verstorben und litt zuvor an der Traumatisierung durch die Ereignisse. Ehen sind zerbrochen und manche Betroffenen konnten über Jahre keinen emotionalen Kontakt zu ihren Kindern aufrechterhalten, weil sie sich eingekapselt haben. Das sind auch die Folgen der Ermittlungen. Aus dieser Zeit sind Berichte und Artikel erhalten, die die Straße als Zentrum der organisierten Kriminalität beschreiben. Nach 2011 hat sich dieses Pseudo-Wissen vor den Augen der Öffentlichkeit als Quatsch erwiesen. Aber was ist dann passiert? Die Untersuchungsausschüsse und Fachjournalist*innen haben allerhand über die Verstrickungen des Verfassungsschutzes herausgebracht, über V-Leute im NSU-Umfeld bis zum Aktenschreddern in Köln. Doch keine der beteiligten Personen wurde bestraft. Sie wurden nur in andere Behörden versetzt und arbeiten noch heute zum selben Entgelt weiter. Das Ereignis bildet einen Teil meiner Untersuchungen des Rassismus, welchen ich in seiner Kontinuität begreifen möchte. Es ist aber auch Teil meines aktivistischen Interesses.

Neben deiner Forschung zur Aufarbeitung des Anschlags in der Keupstraße arbeitest du auch an weiteren Stellen zum NSU-Komplex, und bindest Wissen aus den NSU-Tribunalen in deine Arbeit ein. Warum brauchte es diese Bewegung und wie war die Resonanz darauf?

Ein Teil der Kölner Tribunalgruppe wurde ich erst 2018. Davor hatte ich aber angefangen, mich mit dem NSU-Komplex zu beschäftigen und habe die Untersuchungsausschuss-Sitzungen in NRW zum NSU von 2015 bis 2017 als Einzelperson mitverfolgt und protokolliert. Das wiederum war für mein Verständnis der Staatsapparate immens wichtig. Ich habe dort die Personen, die die Operativen Fallanalysen geschrieben haben, oder Verfassungsschützer, die von Behördenversagen redeten, persönlich erleben können. Hinzu kamen Nazis, die in den Berichten als „Szene Größen“ bezeichnet wurden. Diese Erfahrung war ein Augenöffner für mich. Nach dem Kölner Tribunal folgte das Tribunal in Mannheim und daraufhin in Chemnitz. Man möchte auch in anderen Städten diesen Weg weitergehen. Die Tribunalgruppen setzen sich wie in Köln aus Aktivist*innen aus verschiedenen antirassistischen, antifaschistischen Zusammenhängen und aus Einzelpersonen

zusammen. An den Orten, in denen der NSU gebombt und getötet hat, haben sich nach deren Selbstenttarnung 2011 Menschen darum bemüht, Solidarität nachzuholen und haben die Betroffenen zu den Prozessen in München begleitet. Aus dieser Arbeit heraus hat man die lokalen Zusammenhänge des rassistischen Apparats enttarnt und die Verantwortlichen des Nicht-Erkennen-Wollens „symbolisch“ angeklagt. Die Gruppe „Herkesin Meydam – Platz für Alle“ in Köln ist das Ergebnis dieser Beschäftigung mit der kommunalen Gleichgültigkeit gegenüber der Probsteigasse und der Keupstraße. Seit 2015 waren die Bemühungen um einen würdigen Erinnerungsort, am von den Bewohner*innen gewünschten Platz, ins Stocken geraten. Hätte es die Aktionen solcher Initiativen und der Straße nicht gegeben, hätte sich die Stadt aus der Verantwortung gestohlen. Solches Erfahrungswissen speist meiner Meinung nach das Tribunal als Bewegung und Netzwerk.

Worin siehst du die größten Erfolge der Tribunale?

Ein Effekt der Tribunale war, das ältere Anschläge, Morde und Attacken ausgegraben und an die Öffentlichkeit gebracht wurden. Es bilden sich gerade überall neue Gruppen, die die lokalen Diskurse herausfordern und ein Gegenwissen etablieren. Ein Beispiel hierfür ist die Initiative Duisburg 26. August 1984, die 34 Jahre nach einem rassistischen Anschlag, der sieben Menschen das Leben kostete, mit den Überlebenden zusammen diese Tat aufzurollen versucht. Medien und Polizei sprachen damals von einem Nachbarschaftsstreit unter Migrant*innen, der zum Tod dieser Menschen geführt haben soll. Komplett erlogen, wie sich herausstellte. Als man die Täterin fand, die zuvor ein Geflüchtetenheim angezündet hatte, klammerte die Polizei Rassismus einfach aus und sprach von der Tat einer verwirrten Pyromanin. Bis heute sprechen wir von „Einzeltäter*innen“. Auch aus einer Presseanalyse der 1980er und 1990er Jahre kann ich bestätigen, dass über Brandstiftungen an Häusern von Migrantisierten sehr oft als „Unfälle“ berichtet wurde. Die schiere Anzahl von Brandstiftungsmeldungen, Prügelattacken und Morden in der Zeit nach Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen zeigt sehr deutlich auf, dass die rechte Szene die Untätigkeit des Staates – damals die Regierung um Bundeskanzler Helmut Kohl – gegen diese Szene vorzugehen, als Motivation verstanden hat. Wenn Täter*innen gefasst wurden, wurden diese als „naive Dorfjugendliche“ ohne politischen Hintergrund etikettiert. Die rechte Gewalt war nicht auf den Osten beschränkt, sondern im Westen ebenso stark ausgeprägt – und sie endete auch nicht nach den Morden von Mölln und Solingen, wie Glauben gemacht wird. Schon damals konnte man die Strategie der Täter-Opfer-Umkehr und die Verstrickungen von V-Männern beobachten, wie in der Solinger Kampfsportschule, in der die Täter trainierten. Mich erschreckt am meisten die Dunkelziffer von nicht erkannten oder bewusst unter den Tisch gekehrten rassistischen Morden, wie in der Stuttgarter Geißstraße 1994, in Köln-Gremberg 1994 oder in der Lübecker Hafenstraße 1996. Diese Taten wurden als Brandstiftungen ohne rassistischen Hintergrund zu den Akten gelegt.

Migration wird in Deutschland oft problematisiert. Es geht dabei um Narrative, die Migration insgesamt, vor allem aber Menschen mit spezifischen – realen oder zugeschriebenen – soziokulturellen Hintergründen, als Gefahr für die Gesellschaft beschwören. Davon gibt es zahlreiche Variationen, die politisch wie medial immer wieder befeuert und der jeweiligen Funktion angepasst werden. Welche Rolle spielen diese Diskurse bei der Betrachtung von rechten Terroranschlägen für dich?

Es gibt einen gemeinsamen Nenner in den Diskursen: die Entmenschlichung der späteren Opfer. Historisch betrachtet basierten die Rechtfertigungen der anti-judaistischen Pogrome, der Sklaverei, generell von Gewalt, Krieg, Ausbeutung und Vertreibung auf der Dehumanisierung und Degradierung der Anderen. Bei der Annahme und Verbreitung dieser Thesen spielte auch die Glaubwürdigkeit der Sprechenden eine Rolle, die als religiöse Gelehrte*innen oder anerkannte Wissensträger*innen über diese Form der Macht verfügten. Immer wenn gewisse Gruppen kriminalisiert und Räume zu Angsträumen auserkoren werden, kann man noch heute sicher sein, dass dort früher oder später etwas passieren wird oder eine baldige polizeiliche Repressionswelle ansteht. Mit der Corona-Pandemie kam nochmal das Narrativ der „unhygienischen Migrant*innen“ auf, die für Corona-Ausbrüche verantwortlich gemacht wurden – etwa in Göttingen – oder erneut der Antisemitismus im Bild der jüdischen Pharmalobby oder von Milliardären, die die Welt

beherrschen. Das sind sehr alte, aber neu verpackte Narrative. Diese rassistischen Bilder sagen mehr über die Gedankenwelt derjenigen aus, die sie kreieren, als über die betroffene Personengruppe. Dieselbe Verrohung der Sprache haben wir in den NSU-Ermittlungen und den medialen Darstellungen gesehen. Bei rechten Terrorattacken bedingen diese Narrative das Muster der Täter-Opfer-Umkehr, die typisch deutsche Staatshörigkeit und den Glauben daran, dass die Betroffenen sich gegenseitig umgebracht haben oder eine Mitschuld an ihrem Tod tragen.

Ein guter Nährboden für eine erstarkte Rechte...

Ja. Nach wie vor befeuern Behörden, Polizei, Verfassungsschutz, Medien, soziale Institutionen diese Diskurse und nehmen Stereotypisierungen und Kategorisierungen vor. Der Zusammenhang dürfte sich besser erschließen, wenn man die aktuelle Panikmache rund um „Clans“, Schischa Bars und Wettbüros betrachtet. Eine wichtige Lehre aus dem NSU-Komplex hätte doch sein sollen, vergangene Fehler nicht zu wiederholen. Doch vor Hanau waren genau diese Diskurse aktiv und haben sich im Mord an neun Menschen manifestiert. Das bedeutet, man hat rein gar nichts gelernt. Vigilant*innen, rechte Bürgerwehren oder sogenannte besorgte Bürger*innen nutzen dann oft diese Diskurse und Narrative, um ihre Ziele zu legitimieren. Nach der Silvesternacht 2015/16 in Köln haben Gruppen wie der Kölner Begleitschutz die Bilder und die Sprache der Polizei über sogenannte „Nafris“ aufgegriffen und einen bezahlten Sicherheitsdienst für Frauen und Senior*innen ins Leben gerufen, um diese angeblich vor muslimischen Männern zu schützen. Diese rechten Gruppen sind zuvor aus Hogesa und anderen rechten Netzwerken entstanden, die vor der Silvesternacht die Gefahr von Salafisten hochstilisierten. Aus diesen rechten Bürgerwehren hat sich später die rechtsterroristische „Gruppe S.“ gegründet, die im Jahr 2020 aufgefliegen ist, bevor sie ihre geplanten Mordanschläge, vor allem auf Muslim*innen, begehen konnte.

Welche Lücken in der Forschung, aber auch in der aktivistischen Aufarbeitung des NSU-Komplexes siehst du? Was müsste in deinen Augen mehr in den Fokus gerückt werden – und wo bist du vielleicht auch selbst gerade dran?

Eine Erkenntnis aus den aktuellen Ereignissen, wie Hanau, dem Fall Hans-Josef Böhner in Köln-Porz (CDU-Politiker, der 2019 aus rassistischen Motiven auf einen jungen Mann schoss und diesen schwer verletzte, Anm. Red.) oder dem Mord an Walter Lübcke in Kassel, ist doch, dass die Gefahr durch Schützenvereine und Waffen hortende (alte) weiße Männer unterschätzt wird. Ihre Waffen haben die Täter von Hanau, Wächtersbach, Kassel und vielen anderen Orten zumeist über diesen Weg erlangt. Die Schützenvereine haben in Deutschland 1,5 Millionen Mitglieder*innen und das Schützenwesen gilt hierzulande als immaterielles Unesco-Kulturerbe. Für mich sind diese Strukturen die wahre Parallelgesellschaft. Menschen werden dort an Waffen geschult, sie lernen auf bewegliche Ziele zu schießen und dürfen sich als „Sportschützen“ mit großkalibrigen Waffen versorgen. Ich dachte, wir „Kanaks“ sind die Gefährlichen, diejenigen, vor denen man sich fürchten muss; aber in Wettbüros, Schishabars oder Sportcafés kann man lange nach Waffen suchen. Wichtig ist mir an diesem Beispiel die Umkehrung der Perspektive. Was passiert, wenn wir dieselben Muster und Schablonen, die auf Migrant*innen, PoC, Schwarze Menschen, Romn_ja angewendet werden, auf anerkannte Institutionen der Dominanzkultur anwenden? Die Gefahr, die vom Schützenwesen auf Nicht-Deutsch gelesene Menschen ausgeht, ist nicht zu unterschätzen. Das Problem ist ja, dass sie mit psychologischen Tests einen potenziellen Mörder in einem Schützenverein nicht ausfindig machen können. Der Täter und der zweite Verdächtige im Mordfall Walter Lübcke galten dort als nett und unauffällig, ebenso wie der Hanauer Mörder. Selbst die Zwangseinweisung in eine psychiatrische Anstalt hat den Mörder von Hanau nicht von seinem Recht auf Waffen beraubt. Behörden sprechen wieder einmal nur von einer Verkettung unglückseliger Umstände. Diese Debatte verbindet sich für mich mit der Kontinuität des Rassismus in Deutschland.

Welche Funktion hat diese Kontinuität von strukturellem und institutionellem Rassismus für die gesellschaftlichen Macht- und Dominanzverhältnisse?

Man kann hier auch wieder an die Schützenvereine anschließen. Im Jahr 2013 wurden alle Beschwerden gegen das lasche Waffenrecht vom Bundesverfassungsgericht abgeschmettert. Dem voraus gingen Schulmassaker, im Jahr 2002 in Erfurt mit 16 Toten und im Jahr 2009 in Winnenden mit 15 Ermordeten. Die männlichen, jungen Täter hatten sich die Waffen entweder über eine Schützenvereinsmitgliedschaft eigenständig verschafft oder sich aus dem Waffenschrank des Sportschützen-Vaters bedient. Die Beschwerdeführer*innen vor dem BVerfG argumentierten gegen das Waffenrecht mit dem Vorrang des Grundrechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit; das Gericht war jedoch der Meinung, das deutsche Waffenrecht sei streng genug und mache keine weitere Verschärfung notwendig. Die Waffenlobby und konservative Kreise hatten sich damals durchgesetzt. Es ging bei der gesellschaftlichen und medialen Kritik am Waffenbesitz zudem nicht um eine bestimmte Tradition, Religion oder Kultur in der Familie der Täter, sondern eher um die Gefährlichkeit von Egoshootern (Computerspiele, Anm. Red). Das ist wieder ein Beispiel für das Messen mit zweierlei Maß. Bei weißen Personen werden patriarchale Kulturen, Waffenfetischismus oder ein Religionshintergrund nicht nachgefragt. Auch bei den NSU-Morden wurde in einer operativen Fallanalyse eines LKA argumentiert, dass die Täter fern des europäischen Wertesystems entstammen müssten, da, simpel ausgedrückt, eine Kultur des Tötens in Europa nicht existiere und das Ermorden von Menschen mit hohen Tabus belegt sei. Der Umkehrschluss ist natürlich, dass es in Ländern außerhalb Europas keine solchen Tabus gibt. Der rassistische Umgang mit Wissen und Wissensvermittlung zieht sich von der Gesellschaft in die Parteien, in die Medien und die Staatsapparate. Die traditionelle Wissenschaft operiert mit den Begriffen der „Neutralität“ oder der „Objektivität“, die dazu genutzt werden, sich nicht die Finger schmutzig zu machen. Kritische Rassismusforscher*innen müssen aber parteiisch sein. Wissen ist eine mit Macht durchzogene Kategorie und wird aus der hegemonialen Position heraus vehement verteidigt. Ein Beispiel dafür ist die Darstellung des Feminismus als liberales Markenzeichen eines aufgeklärten Europas nach der Kölner Silvesternacht. Über Nacht wurde Deutschland quasi zur feministischen Nation erklärt und zunächst verschleiert, dass nach dem damals geltenden Strafrecht die sexuellen Übergriffe dieser Nacht gar nicht unter Strafe standen. Das Bestehen dieser Schutzlücke war das Resultat historisch gefestigter, geschlechtlicher Machtunterschiede in Deutschland. Die politische Instrumentalisierung des Feminismus wurde von Autorinnen wie beispielsweise Gabriele Dietze oder Sabine Stark und Paula-Irene Villa Braslavsky gesehen und kritisiert. Ein „okzidentaler“ Geschlechterpakt aus Konservativen, einigen bestimmten feministischen Fraktionen – etwa aus dem „Emma“-Umfeld – und ehemals Ausgeschlossenen (darunter auch migrantische Personen) nutzte aber die Silvesternacht zur rhetorischen Radikalisierung in der Geflüchteten-Debatte durch ethno-sexistische Narrative und befeuerte im Zusammenspiel mit den rassialen Kategorisierungen der Polizeikräfte zusätzlich den antimuslimischen Rassismus.

An welchen Punkten muss man also dringend ansetzen, um eine grundlegende Veränderung dieser Verhältnisse zu erreichen?

Das Wissen der Marginalisierten und Gedemütigten, die Erfahrungen und Widerstände der Migrierten und BIPOC finden nur sporadisch Zugang in die Debatten und wirken nicht in die Tiefenstruktur der Dominanz-Gesellschaft hinein. Man muss sich zum Beispiel fragen: Was lernen Sozialarbeiter*innen im Studium eigentlich ohne den Zugang zum Wissen und zu den Kämpfen der Migrantisierten über das Themenfeld Migration? Im späteren Berufsleben arbeiten sie vielleicht in migrantischen Vierteln oder in Kontexten von Hilfen für geflüchtete Menschen. Das ist problematisch. Es wird sich davor gescheut, in die strukturelle und institutionelle Ebene des Rassismus einzutauchen, der neben dem Klassismus ein zentraler Grund für die soziale und ökonomische Benachteiligung von Menschen in migrantischen Vierteln ist. Nicht nur weil man sich nicht die Finger schmutzig machen möchte, auch weil dafür keine Forschungsgelder ausgeschrieben werden. Trotz aller Bemühungen von Seiten der kritischen Wissenschaften und von Aktivist*innen, den Begriff der postmigrantischen Gesellschaft zu etablieren, wird sich auch weiterhin nicht viel ändern, wenn man sich davor scheut, radikal die Verteilung von Privilegien und von Macht anzugreifen – und die Rolle des institutionellen Rassismus bei der Bewahrung

dieser Verhältnisse.

*

Çağan Varol hat Jura und Politikwissenschaften studiert, ist Doktorand und forscht zur Problematisierung der Migration am Beispiel der Kölner Keupstraße.

Das Interview führte Johanna Bröse mit Unterstützung der restlichen Redaktion.

Zitathinweis: kritisch-lesen.de Redaktion: „Man hat rein gar nichts gelernt“. Erschienen in: NSU - Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung. 61/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1720>. Abgerufen am: 12. 10. 2021 12:55.

Schlaglichter ins Dunkel der Berichterstattung



Essay von Derya Gür-Şeker

Der NSU-Komplex im Spiegel des Attentats von Hanau. Eine (sprach-)kritische Medienreflexion deutscher und türkischer Veröffentlichungen zu rechter Gewalt.

Essay von [Derya Gür-Şeker](#)

Am 4. November 2011 enttarnte sich der extrem rechte ‚Nationalsozialistische Untergrund‘ (NSU) selbst, der über zehn Jahre lang bundesweit raubte, mordete und Anschläge verübte. In Folge des Bekanntwerdens gab es eine Reihe von Journalist:innen und Medienwissenschaftler:innen, die über die Morde berichteten und die Berichterstattung auf ihre inhärenten Rassismen untersuchten. Sie stellten eklatante Fehler heraus und machten deutlich, dass der Journalismus insgesamt und die Redaktionen in Deutschland vielfältiger werden – und auch mehr Ressourcen für die journalistische Recherche zur Verfügung stellen müssen. Bei einer Untersuchung türkischer Medienberichte zum NSU-Komplex zeigten sich ebenfalls deutliche Schwachstellen, die eine starke Orientierung an deutschen Institutionen und Medien sichtbar machte. Der Vergleich der deutschen und türkischen NSU-Berichterstattung vor Bekanntwerden zeigt unter anderem Gemeinsamkeiten im Sprachgebrauch und in der Wahl der Wörter, die über Medien von einer Sprache in die andere getragen werden und somit auch kulturübergreifend Vorstellungen über Opfer rechter Gewalt verfestigen.

Dieser Beitrag befasst sich mit dem medialen Kontext zum NSU-Komplex und knüpft den Bogen zu medialen Reaktionen zum Attentat von Hanau vom 19. Februar 2020, um auf die Parallelen in den Perspektiven auf Opfer rechtsterroristischer Gewalt und die Darstellung der Betroffenen aufmerksam zu machen.

Rechte Gewalt und diskursive Kontinuitäten der Verharmlosung

Von Beginn der NSU-Mordserie im Jahr 2000 bis zu ihrer Selbstenttarnung im November 2011 war über ein Jahrzehnt lang unklar, wer die Morde und Anschläge verübt hatte, die zehn Menschen das Leben kosteten. Staatliche Institutionen und Medien schienen im Dunkeln zu tappen, suchten im Umfeld der Opfer, anstatt rechte Gewalt als Tatmotor in den Blick zu nehmen. Den NSU-Komplex und den Anschlag von Hanau verknüpft nicht nur ein rechtsterroristisches Motiv, sondern auch die Frage nach diskursiven Kontinuitäten der Verharmlosung in der Berichterstattung über extrem rechte Gewalt. Der NSU-Komplex wurde erst durch den Suizid von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt im besagtem November ans Tageslicht gezerrt. In Hanau hingegen fiel das Attentat und damit auch die Trauer sowohl in die Karnevalszeit als auch in den Zeitraum der beginnenden Covid-19-Pandemie, die Kontakte einschränkte, Demonstrationen nur begrenzt möglich machte und den Mediendiskurs dominierte. Eine thematische Auswertung der eigenen Berichterstattung durch *Spiegel online* für das Jahr 2020 belegt diesen Umstand der Dethematisierung eindrücklich: Die Berichterstattung über Hanau kam dort in Relation zur Pandemie seltener vor. Dass kurz nach den Morden in vielen Städten Karneval gefeiert wurde, führte zu zahlreichen Diskussionen und Kritik, insbesondere auch aus rassismuskritischer Perspektive. Diese verhallte jedoch weitestgehend – gefeiert wurde trotzdem. Damit wurde sowohl

die Entfremdung der Betroffenen als auch die Entfremdung der migrantischen Community diskursiv und damit auch gesellschaftlich in Kauf genommen.

Der medial verhandelte NSU-Komplex: Kriminalisierung und Diskriminierung von Opfern rechter Gewalt

In beiden Berichterstattungen – über den NSU-Komplex sowie über das Attentat in Hanau – spielen Spekulationen und Mutmaßungen eine dominante Rolle. Eine weitere Parallele sind verwendete Bezeichnungen im Mediendiskurs. Bereits bei der Untersuchung der Berichterstattung vor Bekanntwerden des NSU zeigt sich, dass die Opfer systematisch sowohl institutionell als auch medial kriminalisiert und diskriminiert wurden. Man verwendete Ausdrücke wie „Döner-Morde“, „Kiosk-Morde“ oder formulierte Zeitungstitel, die über eine sogenannte „Wettmafia“ oder über die „Wettschulden“ der Opfer spekulierten. Mutmaßungen über die Tathintergründe durchzogen sowohl die deutsche als auch türkische Berichterstattung. In beiden war von „Wettmafia“ (tr.: bahis mafyası), „Wettschulden“ (tr.: bahis borçları) oder „Geldwäsche“ (tr.: kara para aklama) die Rede oder die Mordopfer mit „Drogen“ (tr.: uyuşturucu) in Verbindung gebracht. Mögliche rechtsextreme Motive wurden kaum genannt.

In den türkischsprachigen Artikeln zur NSU-Mordserie sind staatliche Akteur:innen des deutschen Staates der Referenzpunkt in der Berichterstattung. Somit sind diese Sprecher:innen von vornherein diskursprägend. Die türkische Presse bevorzugte dabei institutionsorientiert Aussagen der Ermittler:innen, Fahnder:innen oder öffentlich-staatliche Akteur:innen, etwa Pressesprecher:innen, als Informationsquelle. Gleichzeitig übernahmen die türkischen Medien die Berichterstattung zentraler deutscher Medien (Von Öffentlich-Rechtlichen Fernsehsendern, *Spiegel* bis zu *Bild*), ließen diese in die eigene einfließen und reproduzierten damit weitestgehend unreflektiert sowohl die hier medial verbreiteten Spekulationen als auch den Sprachgebrauch.

Auch im Fall des Hanau-Attentats griffen manche Medien auf pauschalisierende Begriffe zurück: *Focus online* verwendete zum Beispiel in einem Artikel die Bezeichnung „Shisha-Morde“. Die Wahl der Wörter konstruiert eine rassistische Perspektive auf die Morde, rückt die Opfer nicht nur in den Hintergrund, sondern entmenschlicht diese zu Essen oder Gegenständen, die mit ihnen assoziiert werden, nämlich „Döner“ oder „Shishas“. Damit liegen zur Kennzeichnung des betroffenen Personenkreises eindeutig rassistische Praktiken des Ausschließens und Ausgrenzens vor, die über Sprache und die Wahl der Wörter realisiert werden.

Sprache und Öffentlichkeit

Sprachgebrauch vereinfacht und verkürzt einerseits die Komplexität gesellschaftlicher Wirklichkeiten, da medial vermittelte Informationen auch bestimmten Rahmenbedingungen unterliegen (etwa Sendezeit, Aufmerksamkeit des Publikums, Nachrichtenwerte und so weiter). Andererseits bedient der hier sichtbar werdende mediale Mechanismus mit der Wahl der Wörter gezielt Schlagzeilen, die bestimmte soziale Gruppen herabsetzen und ausgrenzen, um unter anderem Aufmerksamkeit, Klickzahlen oder Zuschauer:innenzahlen zu generieren, aber auch ein bestimmtes Leser:innenkontext anzusprechen. Beide Male, also nach Bekanntwerden des NSU und im Kontext von Hanau, gab es Medien, die sich nach lautstarken Protesten einsichtig zeigten. So wurden etwa Titelüberschriften verändert; wie beim *Focus online*, der in einem Artikel das Wort „Shisha-Morde“ durch „Bluttat“ ersetzte. Trotz Revidierung wird an diesem Beispiel sehr deutlich, dass die Wahl der Wörter gezielt bestimmte Perspektiven fokussiert (die Tat) und andere in den Hintergrund rückt (das rechtsextreme Motiv). Es folgten auch Entschuldigungen aufgrund unpräziser Informationen oder verwendeter Bezeichnungen. Fakt ist jedoch, dass diskriminierende Benennungspraktiken, also eine gezielte Wortwahl, medial Verbreitung – und damit ein spezifischer Sprachgebrauch unwiderruflich seinen Weg in die Öffentlichkeit findet. Damit werden Spekulationen und stereotype Vorstellungen über die betroffene Bevölkerungsgruppe verfestigt.

Die Kritik an der Berichterstattung führte bei einigen Journalist:innen aber auch zu einem Hinterfragen der professionellen Haltung der Branche insgesamt. So schreibt die TAZ-Redakteurin Carolina Schwarz am 20. Februar 2020 unter dem Titel „Ein langer Lernprozess“, Journalist:innen hätten in Bezug auf die Berichterstattung über rechte Gewalt „dazugelernt“, aber einige würden auch weiterhin „gefährliche Klischees“ bedienen. Explizit wird als Beispiel („[w]ie man es nicht machen sollte“) die *Bild*-Live-Berichterstattung zur Tatnacht in Hanau aufgegriffen, wonach *Bild*-Reporter zum Tathergang zahlreiche Spekulationen verbreitet hätten, die sich dann als falsch herausstellten (zum Beispiel „Täterumfeld um Russen“; „dass es zu früh sei, um eine Tat aus einem ‚rechtsradikalen Milieu‘ zu vermuten“; „organisierte Kriminalität“). Auch ein ZAPP-Beitrag von Inga Mathwig vom 26. Februar 2020 berichtet von Spekulationen eines *Welt*-Reporters, der hinter dem Attentat die „Spielautomatenmafia“ vermutet hätte.

Während beide Beiträge im Hinblick auf die Berichte um das Attentat von Hanau auf kritische Reflexionen durch bestimmte Medien hinweisen, zeigen sie zeitgleich auf, dass im Kontext des Hanauer Attentats trotzdem zahlreiche Behauptungen von *Bild online*, *Focus online* bis hin zur Tagesschau geäußert wurden, die stereotype Vorstellungen über bestimmte Bevölkerungsgruppen medial verbreiten und damit gesellschaftlich verstetigen.

Social Media: Katapult für Hinterbliebene und Opfer rechter Gewalt

Es zeigt sich aber auch eine andere Perspektive: Insbesondere Soziale Medien und unabhängige Plattformen ermöglichen den oftmals Nicht-Gehörten eine Stimme und sichtbare Orte in der Öffentlichkeit. Unter Hashtags wie #hanaustehtzusammen wurden in Folge des 19. Februar 2020 Solidarität und Trauer bekundet. Verbreitet wurden auch Hashtags wie #saytheirnames, um, auch in Anlehnung an Forderungen der *Black Lives Matter* – Bewegung, die Opfer im öffentlichen Diskurs mit Namen und Gesicht sichtbar zu machen. Durch Social-Media-Kanäle vernetzen sich Betroffene, können sich öffentlich Gehör verschaffen, Themen setzen und Anliegen verbreiten. Parallel entstanden verschiedene Initiativen wie die ‚Initiative 19. Februar Hanau‘ oder auch die ‚Bildungsinitiative Ferhat Unvar‘, die Serpil Unvar für ihren ermordeten Sohn am 14. November 2020 gründete. In einem [Interview](#) mit *kritisch-lesen.de* beschreibt die Medienwissenschaftlerin Tanja Thomas diese aktiv handelnde Gegenöffentlichkeit:

„Aktuell kann man sehen, dass an vielen unterschiedlichen Orten, an denen rechte Verbrechen begangen wurden, das Sprechen darüber stärker wird. Das sieht man mit Blick auf Hanau: Dort wurden relativ schnell die Namen der Opfer in der Öffentlichkeit genannt und Unterstützungsstrukturen durch Aktivist:innen in Gang gesetzt.“ (Strübe/Madjlessi-Roudi 2021)

Etablierte Nachrichtenmedien oder traditionell einflussreiche Gate Keeper wie Journalist:innen, die darüber entscheiden, ob ein Thema gesellschaftliche Relevanz hat und *wie* darüber schlussendlich berichtet wird, verlieren an Bedeutung. Der öffentliche Resonanzraum wird generell durchlässiger, vielfältiger und dynamischer. Mittels Social Media können niederschwellig (und kostengünstig) Kanäle geschaffen werden, um die geliebten Personen, die unerwartet aus dem Leben gerissen wurden, sichtbar zu machen, Einblicke in das persönliche Lebensumfeld zu geben, die Opfer nahbar zu machen und den anderweitig verbreiteten Stereotypen entgegenzuwirken. Diese Stimmen können so Deutungshoheit über die Opfer und damit sich selbst gewinnen. Unter #hanaustehtzusammen und anderen Hashtags auf Instagram finden sich zahlreiche Posts, die die ermordeten Hanauer:innen abgebildet als Graffiti im öffentlichen Raum zeigen oder Cartoon-ähnlich verewigen, samt Namen, die richtig geschrieben sind. Hier findet sich also ein Raum, der die Opfer würdigt und dauerhaft an diese erinnert. Es ermöglicht Reaktionen und zeigt, wie wichtig die Perspektiven der Familienangehörigen, der Freundeskreise und Initiativen sind, die sich dank neuer Kommunikationskanäle hörbar im Diskurs platzieren und eigenmächtig darüber entscheiden, *wie* über sie gesprochen wird. Hierbei muss auch die

unermüdliche Arbeit benannt werden der Vorangegangenen; der Aktivist:innen und Initiativen wie etwa ‚Kein Schlussstrich‘, ‚NSU-Watch‘, ‚Initiative 6. April‘ oder ‚Offener Prozess‘. Sie engagieren sich seit Jahren antirassistisch, sprechen kontinuierlich über institutionellen Rassismus, über fehlende Anerkennung sowie politische Ausgrenzung in Deutschland – auch und vor allem außerhalb wissenschaftlicher Kontexte. Auch dieses Engagement trug dazu bei, dass sich in Hanau schnell Initiativen gründeten, über Hanau berichtet werden *musste*, Hanau im Gedächtnis blieb. Weil historische Vorarbeit geleistet wurde. Weil es eine diverse Landschaft von Akteur:innen gibt, die sich für die Betroffenen und Hinterbliebenen rechter Gewalt einsetzen, die neue bundesweite oder lokale Strukturen in Form von Vereinen oder Initiativen schaffen, die gesellschaftliche und politische Teilhabe verankern und etablieren. Sie erinnern die NSU-Morde oder das Attentat von Hanau und tragen maßgeblich dazu bei, dass die Medien selbstkritischer mit der eigenen Berichterstattung umgehen, ihren Sprachgebrauch revidieren oder sich für die Wahl der Wörter entschuldigen (müssen). Ihre politischen Anliegen müssen jedoch immer wieder formuliert – und umgesetzt – werden.

Zusätzlich verwendete Literatur

Grittmann, Elke/Thomas, Tanja/Virchow, Fabian (unter Mitarbeit von Derya Gür-Şeker und Ronja Röckemann) (2015): [„Das Unwort erklärt die Untat.“ Die Berichterstattung über die NSU-Morde – eine Medienkritik.](#) Eine Studie der Otto Brenner Stiftung, AH 79. Frankfurt a.M.

Spiegel online, [Jahresrückblick 2020](#)

TAZ (20.02.2020): Schwarz, Carolina: [Ein langer Lernprozess. Berichterstattung zum Anschlag in Hanau](#)

ZAPP (26.02.2020): [Mathwing, Inga: Nach Haus: Was Medien besser machen sollten.](#)

Interview mit Tanja Thomas durchgeführt von Andrea Strübe und Sara Madjlessi-Roudi: [Gegenöffentlichkeit im Plural](#), kritisch-lesen.de, Ausgabe 60, Juli 2021.

Zitathinweis: Derya Gür-Şeker: Schlaglichter ins Dunkel der Berichterstattung. Erschienen in: NSU - Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung. 61/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1719>. Abgerufen am: 12. 10. 2021 12:55.

Der Terror geht weiter



Tanjev Schultz (Hrsg.)

"Nationalsozialistischer Untergrund"

Zehn Jahre danach und kein Schlussstrich

Der NSU war nicht nur nicht zu dritt, er ist nicht einmal Geschichte. Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung der Naziterrorgruppe zieht ein Sammelband ein bitteres Fazit.

Rezensiert von [Jan Maas](#)

„Der Terror des ‚Nationalsozialistischen Untergrunds‘ (NSU) ist weder vollständig juristisch aufgeklärt noch umfassend gesellschaftlich aufgearbeitet.“ Dieses Resümee zieht Tanjev Schultz zu Beginn seines Beitrags in dem von ihm herausgegebenen Sammelband „Nationalsozialistischer Untergrund“ Zehn Jahre danach und kein Schlussstrich“. Das Buch erschien anlässlich des zehnten Jahrestags der Selbstenttarnung des NSU im November 2011 und versucht in einer Reihe von Aufsätzen, den NSU und seine mangelhafte Aufarbeitung aus verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten. Dabei kommt eine Gerichtsreporterin ebenso zu Wort wie eine Bundestagsabgeordnete, ein Jurist und ein Politikwissenschaftler. Schultz selbst liefert neben zwei Aufsätzen lesenswerte Interviews mit einem Hinterbliebenen und zwei Rechtsbeiständen von Opfern des NSU.

Vielfalt der Perspektiven

Diese Vielfalt der Perspektiven macht eine Stärke dieses Buches aus. Abdul Kerim Simsek, dessen Vater vom NSU ermordet wurde, verdeutlicht im Interview, dass der Terror nachwirkt: „Ich mache mir Gedanken als Vater und als jemand, der bereits einen Angehörigen durch einen rassistischen Anschlag verloren hat. Ich glaube, ich werde, wenn das so weiter geht, nie dazugehören.“ (S. 26). Wie wenig das Leid der Angehörigen der Opfer auch im NSU-Prozess eine Rolle spielt, zeigt auch die Gerichtsreporterin Wiebke Ramm mit ihrer kritischen Einordnung der Prozessführung des Vorsitzenden Richters Manfred Götzl im NSU-Prozess von 2013–18 in München. Anhand von Beispielen stellt sie heraus, dass Richter in anderen Prozessen die Hinterbliebenen von Mordopfern etwa in Urteilsbegründungen eingebunden haben. Am Ende des NSU-Prozesses dagegen, schreibt Ramm, „fühlten sich die Opfer des NSU und ihre Familien ein weiteres Mal im Stich gelassen“ (S. 27). Der ehemalige Politiker Clemens Binninger (CDU) schlüsselt anhand des Mordes an der Polizistin Michèle Kiesewetter auf, wie viele Fragen rund um die Taten noch ungeklärt sind. Man kann bei der Lektüre dieser wie auch weiterer Texte nur zu dem Schluss kommen, dass der Wille zur Aufklärung sehr begrenzt war und nach wie vor ist.

Streitthema Verfassungsschutz

Eine Stärke des Bandes liegt darin, dass er Streitthemen nicht ausweicht, sondern Platz für Diskussion bietet. Ein Beispiel ist der Verfassungsschutz. Die tiefe Verstrickung dieser Behörde in die Anschlagserie des NSU wirft die Frage nach ihrer Zukunft auf.

Die Bundestagsabgeordnete der LINKEN Martina Renner und ihr Mitarbeiter Sebastian Wehrhahn fordern: „Der Verfassungsschutz arbeitet aktiv gegen die Demokratisierung der Gesellschaft und muss deshalb aufgelöst werden.“ (S. 84) Stephan J. Kramer, Präsident des reformierten Thüringer

Verfassungsschutzes, dagegen verteidigt seine Behörde im Interview mit Schultz. Das V-Leute-System, das besonders viel Kritik erntete, sei ein „nicht wegzudenkendes Instrument“ (S. 89). Eine Zwischenposition nimmt der Politologe Thomas Grumke ein. Er meint, „eine ‚abgeschottete‘ Verfassungsschutz-Mentalität [...], wie sie die Polizei zweifellos pflegt“ (S. 101), bestehe nicht. Folglich schlägt er statt der Auflösung des Amtes eine Reihe von Reformen vor. Leider läuft die Diskussion über eine Reform des Verfassungsschutzes darauf hinaus, einer Institution neue Legitimität zu verleihen, die von Grund auf in Frage gestellt gehört. Insofern schwächt Schultz hier durch die Gewichtung der Beiträge seine Absicht, keinen Schlusstrich zuzulassen, zumindest teilweise.

Rassismus und der Staat

Zu den Schwächen des Buches zählt, dass Rassismus lediglich als Rechtfertigungs-Ideologie für rechten Terror auftritt. Rassismus ist jedoch mehr als das. Er ist ein Unterdrückungsverhältnis, das mit einem Machtgefälle einhergeht. Der Staat stellt dieses Verhältnis erst her. Der Terror von Nazis hat eine eigene Qualität, aber er radikalisiert, was im kapitalistischen Staat schon angelegt ist. Die Betrachtung dieser Wechselwirkung zwischen Macht und Rassismus kommt hier zu kurz.

Eine ähnliche Leerstelle zeigt sich bei der Rolle der Medien. Der Ex-SZ-Redakteur und heutige Hochschullehrer Tanjev Schultz beschreibt in einem Aufsatz, dass deutsche Redaktionen die Einwanderungsgesellschaft kaum reflektieren. Er plädiert für Maßnahmen, die Formulierungen wie „Döner-Morde“ verhindern sollen. Das ist sicher gut gemeint, aber was fehlt, ist eine grundsätzliche Kritik daran, dass die meisten Medien Unternehmen gehören. Sie werden wie Profit-Center behandelt, und die Redaktionen werden personell ausgedünnt, um die Profite zu steigern. Unter solchen Arbeitsbedingungen entfaltet sich kritisches Denken nur schwer. Dass einige der sowieso schon wenigen Investigativjournalist:innen sich als „vierte Gewalt“ mit dem Staat identifizieren, ist ein weiteres Hindernis für radikal kritische Berichterstattung.

Und trotz dieser Schwächen ist das Buch lesenswert. Es macht unmissverständlich klar, dass es keinen Schlusstrich unter dem NSU geben darf, da der Naziterror leider nicht vorüber ist.

Tanjev Schultz (Hrsg.) 2021:

"Nationalsozialistischer Untergrund". Zehn Jahre danach und kein Schlusstrich.

W. Kohlhammer, Stuttgart.

ISBN: 978-3-17-039620-3.

158 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Jan Maas: Der Terror geht weiter. Erschienen in: NSU - Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung. 61/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1714>. Abgerufen am: 12. 10. 2021 12:55.

Opfer und Täterinnen



Paula Bulling / Anne König

Bruchlinien

Drei Episoden zum NSU

Der Comic- und Interviewband beleuchtet kritisch die Aufarbeitung des NSU-Komplexes und macht durch verschiedene Perspektiven ihre Mängel sichtbar.

Rezensiert von [Rebekah Manlove](#)

Eine junge Frau mit Kindern, die sich über ein Geschenk ihrer Freundin freut. Eine ehemalige Mitarbeiterin des Verfassungsschutzes, die von einem früheren Kollegen besucht wird. Mutter und Tochter, die telefonisch zu einer Demo nach Kassel eingeladen werden. Es sind Frauen, die einander nicht persönlich kennen und völlig verschiedene Leben führen, in Zwickau, Daun und Dortmund. Was haben sie also miteinander zu tun? Die ersten beiden Frauen sind mitverantwortlich für den Mord am Ehemann und Vater der letzten beiden. Die Frau, die sich in der ersten Episode um eine blinde Dame kümmert, ist Susann Eminger. Ihre Freundin, die sie aus Dankbarkeit für ihre Hilfe mit einem viertägigen Trip nach Disneyland überrascht, ist Beate Zschäpe. Anders als ihr Mann André Eminger stand Susann bisher nicht vor Gericht, obwohl sie Beate Zschäpe im Untergrund mehrfach ihre Papiere überließ und ihr damit eine Tarnidentität verschaffte. Auch für die Aufrechterhaltung des bürgerlichen Images des Trios in Zwickau war Susann Eminger mitverantwortlich. Sie ist offen und überzeugt rechtsextrem. Wieso sie für ihre Unterstützung des NSU bisher anscheinend keine Konsequenzen erlebt hat, ist eine der Fragen, die die Autorinnen des Buches beschäftigt.

Enttäuschender Prozess in München

In der zweiten Hälfte des Buches, optisch durch etwas dunkleres Papier von der ersten abgegrenzt, finden sich Interviews und Gespräche mit Personen, die sich beruflich und privat mit dem NSU beschäftigen. Durchgeführt zwischen 2018 und 2019 geben sie einen Einblick in verschiedene Perspektiven auf die bisherige Aufarbeitung des NSU-Komplexes, sowohl juristisch als auch gesellschaftlich, und den Umgang mit den Opfern. Für Hintergrundwissen zu dem Prozess vor dem Oberlandgericht München dient insbesondere das Interview mit Sebastian Scharmer, Nebenklagevertreter von Gamze Kubaşık und ihrem Bruder Ergün. Sie ist die Tochter von Mehmet Kubaşık, der 2006 vom NSU ermordet wurde, und die Protagonistin der dritten Comic Episode. Comic und Interview ergänzen sich dabei gut, denn im einen wird die Empathielosigkeit des Richters bei der Verhandlung gezeigt, im anderen weiter ausgeführt. Der Prozess in München unterliegt in allen Beiträgen Kritik. Da ist zum einen die Einschätzung, dass der Richter sich gegenüber der Situation der Neonazis empathischer zeigte als gegenüber den Angehörigen ihrer Opfer. Dann ist da die von vornherein festgelegte Trio-These des Gerichts, die es schwierig machte, die Taten des NSU aufzuklären und das gesamte Netzwerk dahinter zur Verantwortung zu ziehen. Zuletzt haben dann noch die meisten Angeklagten ein geringes Strafmaß erhalten. Insbesondere im Fall von André Eminger, der für seine essenzielle logistische Unterstützung des Kerntrios nur zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt wurde, stieß auf breites Unverständnis und Enttäuschung. Sowohl Emingers Verteidigung als auch der Generalbundesanwalt haben Revision eingelegt, der im August 2021 stattgegeben wurde. Emingers Fall ist damit momentan der einzige, bei dem es in absehbarer Zukunft zu einer erneuten

Verhandlung kommen wird.

Abendessen statt Anti-Rassismus

Besonders eindrücklich ist das Interview mit Candan Özer-Yılmaz. Sie spricht offen über ihre Frustration und Verzweiflung. Ihr Ehemann wurde beim Anschlag auf die Keupstraße schwer verletzt und zutiefst traumatisiert. Selbst nach der Enttarnung des NSU erhielt er nicht die notwendige therapeutische Unterstützung, um sein Leben wieder selbstbestimmt führen zu können. Stattdessen wurde die Familie zum symbolischen Abendessen bei der Kanzlerin eingeladen. Candans Wut über die Behandlung ihres Mannes, über die ständige Erniedrigung durch die deutschen Behörden und deren systematischen Rassismus, wird deutlich. In letzterem sieht sie auch den Grund dafür, dass es nicht zu umfangreicheren Ermittlungen und härteren Strafen gegen die Täter*innen oder gar zu einer Verhinderung ihrer Taten kam: „Das passiert nicht, weil der Nazi da draußen irgendwas anzündet. Das passiert, wenn ein Rassist da oben sitzt.“ (S. 72)

Wenngleich sie optisch ansprechend sind: Ohne jegliches Vorwissen zum NSU-Komplex sind die Comics möglicherweise schwierig zu verstehen. Trotzdem gelingt es ihnen, in den einzelnen Episoden jeweils eine eigene Atmosphäre zu kreieren und die Grundfragen, die den NSU-Komplex begleiten, aufzugreifen. Eine besondere Stärke des Buches ist die Vielfalt der darin versammelten Perspektiven, die einander gut ergänzen und dass es auch kritische Stimmen einbezieht. Weshalb der NSU nicht verhindert oder früher beendet wurde, weshalb die Strafen für die Täter*innen nicht härter ausfielen und wieso die Trio-These so vehement verteidigt wird, lässt sich vielleicht nicht abschließend beantworten, aber es werden verschiedene Ansätze dafür vorgestellt. Das, sowie die überschaubare Länge des Buches (95 Seiten) und sein eher ungewöhnlicher Stil machen es damit zu einer guten Ergänzung der bestehenden Literatur zum NSU-Komplex.

Paula Bulling / Anne König 2019:

Bruchlinien. Drei Episoden zum NSU.

Spector Books, Leipzig.

ISBN: 978-3-95905-298-6.

96 Seiten. 24,00 Euro.

Zitathinweis: Rebekah Manlove: Opfer und Täterinnen. Erschienen in: NSU - Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung. 61/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1711>. Abgerufen am: 12. 10. 2021 12:55.

Verwehrte Gerechtigkeit



Aktionsbündnis ›NSU-Komplex auflösen‹ (Hg.)
Tribunale – „NSU-Komplex auflösen“

Eine schmerzhaft, aber wichtige Lektüre: Die Anklagen der NSU-Tribunale sind endlich in einem Buch versammelt.

Rezensiert von [Thore Freitag](#)

Die Geschichte des NSU ist die Geschichte einer langjährigen Vorbereitung von rechtem Terror und ebenso die seiner langen staatlichen Missachtung und Vertuschung. Nach der Selbstenttarnung des NSU – ja, bedauernswerterweise erst danach – erfolgte eine antifaschistische Anklage der rechten und der staatlichen Strukturen, die seither als „NSU-Komplex“ betitelt werden.

„Wir klagen an“

Das Buch „Tribunale – NSU-Komplex auflösen“ versammelt die Anklageschriften der drei vom bundesweiten Aktionsbündnis organisierten Tribunale von 2017 bis 2019. Über 100 Personen, darunter Nazis, V-Leute und Beamte des Verfassungsschutzes, sowie Politiker*innen oder Journalist*innen werden im Buch aufgeführt und angeklagt. Dank genauer Recherchen wird die These eines selbständig agierenden Trios auf jeder Seite des vorliegenden Buches widerlegt. Daraus ergibt sich auch an Anprangern des gesellschaftlichen und institutionellen Rassismus, der die Morde und Gräueltaten des NSU und seines Umfeldes erst ermöglichte und später systematisch unter den Teppich kehrte.

Das Buch beinhaltet ebenso Erklärungen und Anklagen Angehöriger der vom NSU Ermordeten und bezieht zu den Angriffen von Halle und Hanau Stellung. Das Herausgeber*innenkollektiv übt dabei den Schulterschluss mit anderen antirassistischen Initiativen und verweist von vornherein auf den gemeinsamen Kampf um Erinnerung und Aufklärung. Vorrangig weist das Buch auf die staatliche und institutionelle Ignoranz hin, die den Hinterbliebenen die gewünschte Aufklärung noch immer verwehrt.

Mehr als ein symbolischer Akt

Seit August 2014 leistet das Bündnis „NSU-Komplex auflösen“ wichtige Arbeit in der politischen und rechtlichen Auseinandersetzung um die Taten des NSU und seiner gesellschaftlichen und institutionellen Verankerung. Dem Aktionsbündnis ging es darum, mehr zu fordern als die lückenlose Aufklärung des rechten Terrors im vereinigten Deutschland. Es verstand sich immer auch als gesellschaftliches Bündnis, das gemeinsam mit den Betroffenen rechter Gewalt eine Anklage formulieren will. Diese Anklage ist, so schreiben sie am Ende des Buches, „mehr als symbolisch“ (S. 247). Die Anklage des Tribunals ist eine „Ermächtigung“ (ebd.) im politischen Konflikt. Sie stellt auch die Aufgabe, es nicht bei der bestehenden Anklage zu belassen. Im Kampf um Gerechtigkeit müsse die Anklage fortgeschrieben werden. Gleichwohl ist die Chance auf lückenlose Aufklärung aufgrund unterdrückter und vernichteter Informationen gering.

Das Herausgeber*innenkollektiv liefert mit dem Buch nicht nur eine Dokumentation ihrer Arbeit, sondern auch ein weiteres Nachschlagewerk zu den Figuren und Entstehungsbedingungen des NSU. Zu sämtlichen Anklagen hängen zahlreiche Quellenangaben an. In den Hintergrundtexten hätten sich für ein besseres Lesegefühl an einigen Stellen Wiederholungen vermeiden lassen. Auch das Satzlayout des Buches irritiert an manchen Stellen. Der Versuch einer schönen Aufmachung und angenehmen Lektüre scheitert letztlich schon am literarischen Format. Das tut der Brisanz des Buch jedoch keinen Abbruch.

Anklage und Mahnung

Der NSU-Prozess wurde mit dem skandalträchtigen Urteilsspruch des OLG München für beendet erklärt, aber die Arbeit des Erinnerns und die Einforderung von Aufklärung sind weiterhin bitter nötig. Das belegen nicht zuletzt die Drohschriften des sogenannten „NSU 2.0“ und der Fortbestand zahlreicher rechter Strukturen in Staat und Gesellschaft. Ihre Attacken gehen, ob erkannt oder nicht, kontinuierlich weiter. Dem Bündnis und Herausgeber*innenkollektiv ist für die langjährige Arbeit im Kampf um Aufklärung und Gerechtigkeit, von dem auch das vorliegende Buch zeugt, zu danken. Sich den Geschichten der Betroffenen und Hinterbliebenen rechter und rassistischer Gewalt zu öffnen, ihre Forderungen und Anklagen in die Öffentlichkeit zu tragen, bleibt eine antifaschistische Aufgabe. Daran muss sich die Gesellschaft der Vielen um ihrer selbst willen messen.

Aktionsbündnis ›NSU-Komplex auflösen‹ (Hg.) 2021:

Tribunale – „NSU-Komplex auflösen“.

Assoziation A.

ISBN: 978-3-86241-486-4.

304 Seiten. 16,00 Euro.

Zitathinweis: Thore Freitag: Verwehrte Gerechtigkeit. Erschienen in: NSU - Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung. 61/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1721>. Abgerufen am: 12. 10. 2021 12:55.

Unwille zur Aufklärung



Mehmet Daimagüler

Empörung reicht nicht!

Unser Staat hat versagt. Jetzt sind wir dran.

Es gibt kein Land ohne Rassismus: Das Plädoyer des Nebenklageanwalts

Mehmet Daimagüler im NSU-Prozess liegt als Buch vor.

Rezensiert von [Friedrich Burschel](#) und [Isabella Greif](#)

„Hier müsste ein sechster Angeklagter sitzen!“ ruft der Mann am Rednerpult aus und ergänzt: „Der Staat!“ Es ist der Nebenklageanwalt Mehmet Daimagüler, der im NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht in München die fünf Geschwister des am 13. Juni 2001 in Nürnberg vom „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) ermordeten Abdurrahim Özüdoğru und die Tochter des vier Jahre später ebenfalls in Nürnberg in seinem Döner-Imbiss ermordeten İsmail Yaşar.

Rassismus ist kein Thema

Daimagüler plädiert an diesem 387. Prozesstag im November 2017 als einer der ersten für die Nebenklage und muss damit auch das Eis brechen für seine Kolleg*innen. Das tut er engagiert und wird prompt in dem Augenblick, wo er dazu ausholt, den deutschen Staat und seine Behörden zur Verantwortung zu ziehen und insbesondere Polizei und Bundesanwaltschaft für ihren institutionellen Rassismus zu kritisieren, von der Altverteidigung der Hauptangeklagten Beate Zschäpe angegriffen: Rechtsanwalt Wolfgang Stahl grätscht ihm in die Parade, er meint, Daimagülers Vortrag sei weitschweifig und enthalte „Staatskritik“, was in einem Schlussvortrag nichts zu suchen habe. Zwar werden diese Unterbrechungen in seltener Einmütigkeit von Bundesanwaltschaft und Daimagülers Nebenklage-Kolleg*innen zurückgewiesen, aber die für ihre nicklige Rechthaberei berüchtigten Altverteidiger*innen Zschäpes werden Daimagüler noch oft unterbrechen und zwar genau wegen der durchaus nicht weitschweifigen grundsätzlichen Erörterung der Rolle des Staates, seiner Behörden und seiner Geheimdienste im NSU-Komplex und in ähnlich gelagerten Fällen rechten Terrorismus, die er als „Kernschmelze des Rechtsstaats“ bezeichnet. Schon der Begriff des „institutionellen Rassismus“, fährt Daimagüler am nächsten Tag fort, werde als Provokation empfunden und löse heftige Abwehrreaktionen aus: Nicht der Rassismus sei das Problem, so Daimagüler, sondern seine Thematisierung. Wie auf Stichwort interveniert an dieser Stelle Zschäpe-Verteidiger Wolfgang Heer und erklärt, was Daimagüler da sage, sei eine politische Rede und habe nichts in einem Plädoyer verloren. Sein Kollege Stahl empfindet das Gesagte gar als Herabwürdigung von Prozessbeteiligten. „Das, was ich hier vortrage ist die ungefilterte Sicht der Überlebenden des NSU, meiner Mandanten, und die werden sie nicht zum Verstummen bringen“, erwidert Daimagüler kämpferisch.

Und so geht es munter weiter im Verlaufe der drei Tage, an denen Daimagüler umfassend, hellsichtig und leidenschaftlich plädiert. Unterbrechungen sind ihm stets gewiss, wenn er seine „Angriffe“ auf Staat und Behörden auch historisch kontextualisiert, etwa als er auf Parallelen zu den Ermittlungen zum Brandanschlag auf eine Geflüchtetenunterkunft in der Lübecker Hafenstraße 1996 mit zehn Toten und zum rassistischen Massenmord am Münchner Olympia-Einkaufszentrum 2016 eingeht.

Protokoll eines Staatsversagens

Nach all den Unterbrechungen, Störungen und der Zerrissenheit des Vortrages Daimagülers kann es ein Glücksfall genannt werden, dass kurze Zeit später sein Plädoyer in Buchform vorlag. Es ist nicht sein erstes Buch, zusammen mit früheren Veröffentlichungen und Äußerungen lässt sich die erstaunliche Wandlung Daimagülers von einem stromlinienförmigen, FDP-gepolten „Musterfall von Integration“ hin zum unbequemen, antirassistisch orientierten Anwalt von rassistischer und nazistischer Gewalt Betroffener nachzeichnen, die ihn an der Seite der Hinterbliebenen des am 5. April 2012 von bis heute Unbekannten in Berlin auf offener Straße ermordeten Burak Bektaş ebenso sieht wie als Nebenklagevertreter im Lüneburger Auschwitz-Verfahren gegen Ex-SS-Mann Oskar Gröning.

Daimagüler fordert in „Empörung reicht nicht! Unser Staat hat versagt. Jetzt sind wir dran. Mein Plädoyer im NSU-Prozess“ eine „schonungslose Debatte über Rassismus [...] in all seinen Facetten“ (S. 50) und bricht darin eine oft wahrgenommene Trennung von Strafverfahren und Gesellschaft auf. Für ihn stellt der NSU-Prozess als eines der bedeutendsten Strafverfahren in der Geschichte der Bundesrepublik das „Selbstverständnis als Land und Gesellschaft“ (S. 53) in Frage. In seinem Buch veröffentlicht Daimagüler mehr als sein Plädoyer als Nebenklagevertreter. Vor der Dokumentation des eigentlichen Plädoyers greift er das nicht gehaltene Aufklärungsversprechen von Bundeskanzlerin Merkel auf und verweist über das inzwischen gut dokumentierte Staatsversagen hinaus auf die gesellschaftliche Verantwortung, denn: „Wir alle haben versagt“ (S. 17). Er legt dar, vor welchen Herausforderungen die deutsche Gesellschaft steht, wenn es darum geht, einen zweiten NSU zu verhindern, und geht dabei auf „die neue deutsche Furcht vor dem Anderen“ (S. 43) ein. Um nicht länger wegen „Ignoranz und Blindheit“ (S. 45) im Kampf gegen Rassismus zu scheitern, fordert Daimagüler nichts weniger als den Kampf gegen Rassismus da, wo „das Aufbegehren dagegen schmerzt“ (S. 48).

Das umfassende Plädoyer Daimagülers beginnt mit den Erwartungen, die seine Mandant*innen in das Strafverfahren gesetzt hatten, nämlich die vollständige Aufklärung zum einen der Verbrechen des NSU unter Herausstellung der Tatsache, dass der Rassismus das zentrale Motiv der Mordserie gewesen ist und zum anderen der Rolle der „Sicherheitsbehörden“ (S. 73). Der Nebenklagevertreter stellt detailliert das Scheitern des Staates heraus und kritisiert die im NSU-Prozess als Anklagebehörde fungierende Bundesanwaltschaft (BAW) dahingehend, im Prozess einer „umfassenden Aufklärung fortlaufend Steine in den Weg“ gelegt zu haben (S. 84). Insbesondere mahnt er die ausbleibende Wiederherstellung des Rechtsfriedens an, für ihn eine der zentralen Aufgaben des Staates, der eben nicht allein durch die Taten des NSU erschüttert worden sei, sondern auch durch das Handeln staatlicher Behörden gegen die Überlebenden des NSU.

In Abwandlung eines Diktums von Max Horkheimer betont Daimagüler mit „Wer vom NSU sprechen will, darf vom Rassismus nicht schweigen“ die „Unmöglichkeit des Sprechens“ über institutionellen und gesellschaftlichen Rassismus und spannt immer wieder den Bogen zum gebrochenen Rechtsfrieden. Ausführlich thematisiert er die Mitschuld des Verfassungsschutzes. Er zeigt die strukturellen Defizite dieser Behörde mit Blick auf den organisierten Neonazismus auf und geht konkret auf das NSU-Netzwerk und die Durchdringung dieser Unterstützungsstruktur mit V-Leute genannten Spitzeln und Informanten ein. Daimagüler stellt das Verhalten des Inlandsgeheimdienstes insgesamt in Frage und fasst dessen Agieren in den Ermittlungen zum NSU unter „Verschweigen, Vertuschen, Vernichten“ (S. 161) zusammen.

Doppelstandards der Behörden

Immer wieder betont er die politische Dimension des Prozesses und weist den wiederholten Vorwurf der BAW gegenüber der Nebenklage entschieden zurück, den Prozess unnötig politisiert zu haben. Die „Vorurteile unserer Polizei“ dokumentiert Daimagüler anhand der rassistischen Kriminalisierungen der Hinterbliebenen der vom NSU Ermordeten. Gegen den Vorwurf, immer

stür nur einseitig gegen die Betroffenen vorgegangen zu sein, werde, so Daimagüler, häufig ins Feld geführt, dass gründliche Nachforschungen im familiären Umfeld die übliche Praxis bei Mordermittlungen seien. Daimagüler kommentiert: Das Ausmaß habe jedoch jeder nachvollziehbaren Verhältnismäßigkeit und Rationalität entbehrt. Er verdeutlicht seine Kritik, indem er die unterschiedliche Behandlung der Hinterbliebenen der neun Opfer der rassistischen Mordserie mit dem Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter (und dem Mordanschlag auf ihren Kollegen Martin A.) vergleicht, deren soziales Umfeld weitestgehend unbehelligt geblieben war. Daimagüler wirft in der Konsequenz die Frage auf, ob genauso ermittelt worden wäre, wenn alle Opfer „weiße Deutsche“ gewesen wären, und muss sie deutlich verneinen (S. 207).

Detailliert führt Daimagüler den eingeschränkten Aufklärungswillen des Generalbundesanwalts vor, den im Prozess seine drei „Sitzungsvertreter*innen“, die BAW, repräsentieren. In seiner Kritik richtet er sich im Besonderen auch an die Politik, denn als politisch weisungsgebundener Beamter ist der Generalbundesanwalt „nicht frei vom Einfluss politischer Erwägungen“ (S. 208f.). Die juristische Aufarbeitung der NSU-Mordserie nennt Daimagüler schlicht ein Staatsversagen, denn das sehr frühe und halsstarrige Festhalten an der These, der NSU sei ein „isoliertes Trio“ gewesen, widerspreche den Ergebnissen von fünf Jahren gerichtlicher Beweisaufnahme und allen Erkenntnissen über das Unterstützungsnetzwerk des NSU, weshalb Daimagüler die Trio-These als „Ideologie“ (S. 209) und „fehlgeleitete Interpretationslinie“ (S. 219) bezeichnet. Die Blockadehaltung der BAW sei im Prozess immer dann zum Vorschein gekommen, wenn die staatliche und gesellschaftliche Mitverantwortung an den Verbrechen des NSU thematisiert werden sollte. Daimagüler verweist auf die Staatsräson, der sich die BAW vor alle anderen verpflichtet sehe, was so einer Aufklärung der zurückliegenden Taten des NSU und einer Verhinderung möglicher zukünftiger solcher Taten entgegenstehe (S. 233).

Seine Mandant*innen hätten sich von dem Verfahren erhofft, dass der Staat alles dafür tue, sich der Wahrheit anzunähern, erklärt Daimagüler. Das sei aber nicht passiert, weder von Seiten der BAW noch von Seiten des Erkennenden Senats der Staatsschutzkammer des OLG München. Daimagüler hofft, dass das Urteil im NSU-Prozess ein Anfang ist: „Wenn wir etwas lernen wollen aus diesem Verfahren, dann muss es sein, das eigene rassistische Verhalten zu erkennen, Ausgrenzung und Diskriminierung entgegenzutreten“ (S. 242). Sein Schlussappell lautet, dass der Prozess nicht das Ende der Aufklärung sein dürfe: „Wir Bürger sind gefragt“, sagt er, weil der Staat seinen Ansprüchen im NSU-Komplex nicht gerecht geworden sei. Das Buch „Empörung reicht nicht!“ ist ein zentraler Beitrag zu der Forderung, dass das Urteil im NSU-Prozess eben kein Schlussstrich sein darf.

Mehmet Daimagüler 2017:

Empörung reicht nicht! Unser Staat hat versagt. Jetzt sind wir dran.

Lübbe.

ISBN: 3785726104.

352 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Friedrich Burschel und Isabella Greif: Unwille zur Aufklärung. Erschienen in: NSU - Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung. 61/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1717>.

Abgerufen am: 12. 10. 2021 12:55.

Deutsche Nazis morden nicht



Wolfgang Schorlau
Die schützende Hand
Denglers achter Fall

Der NSU-Komplex als Kriminalroman ist ärgerlich und teilweise schwer auszuhalten.

Rezensiert von [Gideon Botsch](#)

Offenbar fällt es manchen Leuten schwer sich vorzustellen, dass deutsche Nazis Menschen ermorden. Das ist verblüffend, denn Nazis reden nicht nur ständig über ihre Mordphantasien und -absichten, es ist auch in der Praxis das, was sie besonders gut können. Wäre man Zyniker, könnte man sagen: Deutsche Nazis halten hier den Weltrekord. Ungeachtet dessen erklärte mit Bezug auf den NSU beispielsweise der Berliner Totalitarismus- und Extremismusforscher Klaus Schroeder in einem Interview gegenüber der Chemnitzer Freien Presse am 20. Januar 2012: „Dass gezielt gemordet wird, hätte ich nie für möglich gehalten“.

Den NSU-Komplex hat Wolfgang Schorlau bereits 2015 als achten Fall in der Reihe seiner Georg-Dengler-Krimis verarbeitet. Es ist das gute Recht eines Schriftstellers, ein reales historisches Geschehen zu gestalten, dabei von der Wirklichkeit abzuweichen und einen eigenen Erzählstrang zu konstruieren, der sich nicht daran messen lassen muss, ob er die „wahre“ Geschichte erzählt, sondern daran, ob er spannend und unterhaltsam ist (denn Krimis sind Unterhaltungsliteratur) beziehungsweise ob er künstlerisch als gelungen gelten kann. Und schon das Genre verlangt, dass am Ende des Romans eine Lösung steht oder zumindest angedeutet wird. Es ist nicht der Anspruch dieser Besprechung, eine Kritik der literarischen Qualität des Romans zu liefern. Wenn indes faktisch alle Figuren wie gestanzte wirken – wobei insbesondere die Frauen- und Männerbilder schwer auszuhalten sind –, wenn die Situationen und Interaktionen, die erzählt werden, eine Vielzahl abgedroschener Klischees reproduzieren, dann sagt das vermutlich etwas darüber aus, wie das Buch insgesamt gestrickt ist.

Literarische Fiktion oder Dokumentation?

Im Mittelpunkt der Krimihandlung steht die Auffindesituation der Leichen von Uwe Bönhardt und Uwe Mundlos im gemieteten Wohnmobil im Anschluss an einen Banküberfall in Eisenach im November 2011; ein Ereignis, das auch als „Selbstenttarnung des NSU“ gilt. Schorlaus Held, der Stuttgarter Privatdetektiv und frühere Zielfahnder des BKA Georg Dengler, schlussfolgert aus dem diffusen Belegmaterial, dass Mundlos und Bönhardt sich unmöglich selbst getötet haben können. Es müsse sich vielmehr um einen als Suizid inszenierten Mord handeln, für den eine Verfassungsschutzbehörde verantwortlich sei und der von der Polizei vor Ort wirksam, aber nicht ganz fehlerfrei vertuscht worden wäre.

Die These ist bekannt und wiederholt vorgebracht worden. Die hypothetische Möglichkeit, dass es so gewesen sein kann, möchte ich nicht bestreiten, zumal der Kenntnisstand des Jahres 2015 viel schlechter war. Im Dengler-Krimi werden indes einzelne Elemente überbewertet und alternative Erklärungen für Unstimmigkeiten ausgeblendet, auf diesem Wege zwingende Schlussfolgerungen

über den Handlungsablauf und die Hintergründe des Ereignisses konstruiert. Durch den Anmerkungsapparat, der sich stark auf dieses Einzelbeispiel bezieht, wird dabei die Grenze zwischen fiktionaler Erzählung und dokumentarischem Werk bewusst aufgelöst, so dass der Autor sich kaum noch überzeugend auf die schöpferische Freiheit des Schriftstellers berufen kann. Zudem ergeben die verschiedenen Facetten des Geschehens keineswegs ein so eindeutiges Bild vom Ende des NSU, wie der Roman suggeriert. Die verschiedenen Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse in Bund und Ländern haben ja etliche Fragen in der Zwischenzeit aufgeklärt. Gleichwohl lässt sich eine konstante Beweis- oder Indizienkette und schlüssige Interpretation immer noch nicht abschließend formulieren.

Das gilt zumal mit Blick auf die Rolle der Nachrichtendienste, die in Schorlaus Roman zentral ist. Leider haben sich die Innenbehörden von Bund und Ländern bislang nicht dazu bewegen lassen, die Tätigkeiten der Verfassungsschutzbehörden mit der erforderlichen Sorgfalt und Offenheit aufzuklären. Angesichts der Dichte von Informanten im Umfeld des NSU ist die Vermutung, die Behörden hätten faktisch keine Kenntnisse gehabt, äußerst unwahrscheinlich. Andererseits sieht es so aus, als habe der NSU sich in der Zeit seiner terroristischen Aktionen, mindestens bis 2006, tatsächlich aus dem eigenen Umfeld heraus versorgt. Geld, Waffen, Material, Logistik, Unterkünfte, Ausweispapiere und falsche Identitäten wurden nachweislich durch Gesinnungsgenossen aus der Neonazi-Szene beschafft, jedenfalls nicht direkt durch Geheimdienste oder anderen Behörden zur Verfügung gestellt.

Valide Theorien – oder ein Verschwörungsnarrativ?

Wolfgang Schorlau ist bereits wiederholt vorgeworfen worden, er argumentiere verschwörungstheoretisch. Er setzt sich in seinem Roman mit diesem Vorwurf offensiv auseinander und weist ihn zurück. Tatsächlich werden unliebsame Nachfragen über nachrichtendienstliche Handlungen oft allzu leichtfertig als Verschwörungstheorien abgetan. Aber Verschwörungen, Konspiration, Geheimhaltung und Vertuschung finden in der Wirklichkeit statt. Bei Geheimdiensten, wie auch bei Untergrundgruppierungen und terroristischen Zellen, liegt es geradezu in der Natur der Sache, dass sie im Verborgenen agieren, und wer sich mit ihnen beschäftigt kommt nicht umhin, Zusammenhängen nachzugehen, die bewusst und absichtsvoll geheim gehalten und verschleiert werden.

Seinem Romanhelden Dengler legt Schorlau die Aussage in den Mund, eine Theorie, die „alle Fakten zusammenhängend erklären“ könne, sei

„valide, also gültig – bis sie widerlegt wird und es eine bessere Theorie gibt. Im Grunde genommen gibt es keine Verschwörungstheorien, es gibt nur valide und nicht valide Theorien [...]. Doch wenn in einer validen Theorie eine Verschwörung auftaucht, sollte man in Betracht ziehen, dass es sie auch gibt“ (S. 172).

Schorlaus Dengler übersieht dabei, dass es sehr wohl verschwörungstheoretisches oder, präziser formuliert, verschwörungsmystisches Denken gibt. Typische Merkmale sind, dass erstens die Fakten so ausgewählt, hervorgehoben, gruppiert und interpretiert werden, dass sie sich zum Verschwörungskomplex fügen und den Anschein von Validität erzeugen. Zweitens werden widerstrebende Fakten und Zusammenhänge nicht einfach ausgeblendet, sondern vielmehr zum Teil der Verschwörung selbst gemacht. Schorlau lässt Dengler sagen:

„Überleg mal, wenn du ein Verschwörer wärst und jemand kommt dir auf die Schliche, dann brauchst du nur mit dem Finger auf denjenigen zu zeigen und ‚Verschwörungstheoretiker‘ zu rufen, und schon ist aller Verdacht von dir abgewaschen – das wäre doch eine feine Sache“ (ebd.).

Drittens, und dies ist der eigentliche Kernpunkt: Hinter der Konspiration im Kleinen wird

verschwörungsmystisches Denken regelmäßig einen großen, übergeordneten Geheimplan erkennen wollen. Hinter dem, was der Öffentlichkeit als Geschichte verkauft wird, stehe eine wahre, eine „eigentliche“ Geschichte, die durch Manipulationen und perfide Manöver im Verborgenen geprägt sei. Und genau in diese Richtung entwickelt der Autor seinen Fall.

Internationale Konspirationen?

Denn die Interpretation des NSU-Komplexes, die „Die schützende Hand“ anbietet, sieht folgendermaßen aus: Die deutschen Neonazis sind Agenten der Inlandsgeheimdienste und wären ohne sie niemals handlungsfähig geworden. Auch ihre Morde und Gewalttaten sind Auftragshandlungen, die einem größeren politischen Ziel dienen. Die rassistische Gewaltwelle der frühen 1990er und die Etablierung einer Thüringer Neonaziszene werden auf diese Weise unterkomplex dargestellt und einseitig auf eine äußere Steuerung durch staatliche Agenturen zurück geführt. Aber dabei bleibt der Roman nicht stehen. Die deutschen Inlandsgeheimdienste, so versucht er nachzuweisen, sind ihrerseits Instrumente der Politik einer fremden, hegemonialen Macht.

Wie aber erklärt sich eine rassistische Anschlag- und Mordserie, wenn man den US-Geheimdienst dahinter vermutet? Schorlau entwickelt eine abenteuerliche Erzählung, deren Protagonist der Deutschlandexperte und US-Botschafter in Berlin James D. Spencer ist. Diese fiktive, unwahrscheinlich klischeehafte und unrealistische Figur, die sich mit dem römischen Statthalter in Judäa Pontius Pilatus identifiziert, reflektiert im Rahmen der Erzählung eine Geheimoperation: „Wieder einmal bewunderte er die komplexe Arbeit der CIA. Ihre Voraussicht. Und die Effektivität, mit der die agency in Deutschland operierte“ (S. 272). Durch den gezielten Aufbau einer deutschen Ku-Klux-Klan-Sektion gelingt es der CIA gemäß einem vorab entwickelten Plan, den vom deutschen Verfassungsschutz kontrollierten Thüringer Heimatschutz „in eine schwere Straftat zu verwickeln, diese exakt zu dokumentieren, um so ein besonderes Druckmittel gegen die deutsche Regierung in der Hand zu haben. Für alle Fälle“ (ebd.). Der Fall tritt ein, als die Bundeskanzlerin und ihr Finanzminister eine Besteuerung von US-Firmen planen. Spielend bringt Spencer sie davon ab, indem er sie mit den NSU-Taten erpresst. Deutsche Nazis morden nicht, es sei denn als Agenten einer fremden Besatzungsmacht.

Um es in aller Deutlichkeit zu sagen: Mit Ausnahme von vagen Hinweisen darauf, dass beim Mord an der jungen Polizistin Michele Kiesewetter in Heilbronn „amerikanische Sicherheitsdienste am Tatort waren“ (S. 364), lässt sich keine Verbindung des NSU-Komplexes zur CIA oder anderen US-Diensten belegen. Überhaupt ist der Heilbronner Polizistenmord der undurchsichtigste und aufklärungsbedürftigste Teilaspekt des gesamten NSU-Komplexes. Was genau dort geschah, und welchen Einfluss es auf die weitere Entwicklung des Trios im Untergrund hatte, liegt weithin im Dunkeln. Schorlaus akribische und detailversessene Dokumentation des Eisenach-Komplexes korrespondiert mit der faktenfernen Spekulation über eine US-Steuerung und den waghalsigen Behauptungen über ihre vermeintliche Motivation. Dies bekräftigt das Gesamtbild eines verschwörungsmystisch argumentierenden Romanwerks.

NSU-Morde ohne Rassismus

Freilich müssen wir den Anspruch, den Wolfgang Schorlau an seinen Krimi stellt, ernst nehmen. Im Nachwort schreibt er: „... Lücken fülle ich mit Fiktion. Dieses Buch ist eine Erzählung. Es bietet eine Möglichkeit der Deutung tatsächlicher Ereignisse.“ (S. 364) Füllen die fiktiven Erzählungen wirklich nur Lücken – oder ermöglichen sie nicht eher, Zusammenhänge auszublenden? Wenn Schorlau im Nachwort behauptet, er habe sich – bei den Recherchen unterstützt durch den Journalisten Ekkehard Sieker – bemüht, die „Entstehung des Rechtsterrorismus in Thüringen ... realistisch nachzuvollziehen“ (ebd.), so stimmt genau dies nicht. Der mörderische Rassismus der deutschen Neonazis ist offenkundig, dicht belegt und vielfach bezeugt. Im unmittelbaren politischen und sozialen Umfeld des NSU, in den Netzwerken der Rechts-Rock-Szene, wurden

terroristische Gewalttaten offen kommuniziert, beworben und bejubelt; Gesinnungsgenossen in den USA, Großbritannien und Schweden hatten ähnliche Taten bereits begangen.

Diesen Bereich des NSU-Komplexes hat Schorlau überhaupt nicht ausgerechert. In der vorangestellten Liste der „Figuren“, also der fiktiven Handlungsträger des Romans, taucht kein einziger Neonazi auf. Dass auch faktisch die NSU-Mitglieder keine „Personen der Handlung“ sind, ist bezeichnend. Böhnhardt und Mundlos werden nur an einer marginalen Stelle und durch die Augen eines fiktiven thüringischen LKA-Beamten vorgestellt, gemeinsam mit Zschäpe, die noch einmal als „Die schweigende Frau“ im Münchner Prozess auftaucht. Andere Neonazis interessieren nur in ihrer Eigenschaft als V-Leute (etwa „Corelli“ und Tino Brandt). Dagegen werden die Biographien von Kriminaloberkommissar Brauer, Botschafter Spencer und Verfassungsschutz-Vize Welcker teils bis in die Schulzeit zurückverfolgt. Böhnhardt und Mundlos erscheinen in „Die schützende Hand“ nicht als Täter, sondern als Opfer eines Verbrechens: eines Staatsverbrechens. Wenn sie gemordet haben, dann nur als Agenten eines perfiden, übergeordneten Planes einer fremden Hegemonialmacht.

Fehlende Opferperspektiven

Olga, die Freundin Denglers, hätte hier ein Gegengewicht bilden und die hermetisch-einseitige Argumentationskette zumindest brechen können. Dieser bedauernswerten Figur mutet Schorlau einiges zu: Sie muss gleichzeitig schön, sexy, gut im Bett, blitzgescheit, geschickt, technisch versiert, selbstbewusst, emanzipiert, liebevoll und fürsorglich sein und erfüllt als „Zigeunerin“ (O-Ton) noch eine Minderheitenquote. Zu Anfang des Romans lehnt sie Denglers Hintergrundermittlungen vehement ab, lässt sich dann aber doch von Dengler überzeugen.

Durch die Ausgestaltung der Figur der Olga – oder die Einführung einer anderen gearteten Opferperspektive – hätte sich die Gelegenheit geboten, rassistische Ausgrenzungs-, Verfolgungs- und Gewalterfahrungen in die Romanhandlung einzubeziehen. In der Tradition des nicht bloß unterhaltenden Kriminalromans, der sich als Medium der Gesellschaftskritik versteht, war es stets Anspruch, Randzonen und Problembereich der sozialen Wirklichkeit auszuloten und einem breiteren Publikum bekannt zu machen. Ein sozialkritischer Kriminalroman hätte die Schmerzen der Opfer gestalten müssen, die Angst, Hilflosigkeit und Verunsicherung der Hinterbliebenen, die verstörende und verletzende Erfahrung, einer vorurteilsgeprägten polizeilichen Ermittlungsarbeit ausgesetzt zu sein. Aber diese Menschen tauchen im Buch kaum auf.

Auch der fiktive Buchhändler Tufan in der Keupstraße ist für die Handlung instrumentell, weil er zwei Bewaffnete in Zivil am Tatort erblickt, welche – so suggeriert der Roman in Anspielung auf reale Aussagen eines Zeugen der Ereignisse – Tat und Täter seitlich abgesichert hätten. Die im Verlauf der Erzählung gegen Tufan gerichteten polizeilichen Ermittlungen und Einschüchterungsversuche sind insofern nicht Ausdruck eines strukturellen Rassismus bei den Ermittlungsbehörden, der die Opfer als Täter verdächtigt, sondern Teil einer Vertuschungsstrategie, die sich gezielt gegen einen gefährlichen Augenzeugen richtet, der nur zufällig selbst Migrant ist. Dies ist einer der ärgerlichsten Aspekte des Buches, dessen Widmung an die Familien der NSU-Opfer und die Erinnerung an die Todesopfer rechtsradikaler Gewalt seit 1990 völlig deplatziert wirkt, da sie mit der Romanhandlung in keinem Zusammenhang steht.

Der mörderische Rassismus von Böhnhardt und Mundlos ist schließlich nicht durch Geheimdienste konstruiert worden. Er ist vielfach bezeugt und prägt das neonazistische Umfeld, dem die beiden entstammten, bis heute. Weit verbreitete rassistische Einstellungen und struktureller Rassismus in Institutionen von Staat und Gesellschaft bilden seinen Resonanzboden. Massenbewegungen, die tausende von Menschen erfassen – wie die ausländerfeindlichen Mobilisierungen der frühen 1990er, die Neonazi-Szene der Bundesrepublik oder die Kampagnen gegen Flüchtlinge in den letzten Jahren – lassen sich nicht einfach nach Belieben steuern. Dies aber suggeriert Schorlau wiederholt und noch auf den letzten Seiten des Romans. Im Fernsehen sehen Dengler und Olga

Bilder eines rassistischen Mobs im sächsischen Heidenau. Am Rande steht einer der Protagonisten des Romans, Harry Nopper, der finstere Drahtzieher aus dem Geheimdienstapparat, und besieht sich „mit einem leichten Lächeln die Szene, so wie ein Schreiner einen fertigen Tisch betrachtet, mit dem er zufrieden ist“ (S. 361). Deutsche Nazis morden nicht.

Wolfgang Schorlau 2015:

Die schützende Hand. Denglers achter Fall.

Kiepenheuer & Witsch, Köln.

ISBN: 9783462046663.

381 Seiten. 14,99 Euro.

Zitathinweis: Gideon Botsch: Deutsche Nazis morden nicht. Erschienen in: NSU - Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung. 61/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1712>. Abgerufen am: 12. 10. 2021 12:55.

Aufarbeitung: Fehlanzeige!



NSU-Watch

Aufklären und Einmischen

Der NSU-Komplex und der Münchener Prozess

Das antifaschistische und antirassistische Kollektiv NSU-Watch legt eine verheerende Bilanz der fast fünfjährigen Prozessbeobachtung vor.

Rezensiert von [Bernd Hüttner](#)

Die Literatur zum NSU ist mittlerweile relativ umfangreich. Anliegen dieses Buches ist ein Rückblick auf den Prozess gegen den NSU in München 2013 bis 2018 und die dringende Botschaft, dass der NSU-Komplex mit dessen Ende noch lange nicht aufgeklärt und die „Aufarbeitung“ längst nicht abgeschlossen ist. Unter NSU-Komplex wird hier die Existenz und das Zusammenwirken von organisierten Neonazis, institutionellem Rassismus in verschiedenen Behörden, Alltagsrassismus in der Bevölkerung und die Duldung, wenn nicht gar Förderung von Nazis durch den Verfassungsschutz verstanden. Ohne diesen Komplex wäre das Morden nicht möglich gewesen.

Die Kraft der Zivilgesellschaft

Mit dem Buch „Aufklären und Einmischen – Der NSU-Komplex und der Münchener Prozess“ hat das Kollektiv NSU-Watch eine lesenswerte Zwischenbilanz einer fast fünfjährigen Prozessbeobachtung und antifaschistischen Arbeit herausgegeben, in der sie auch ihre eigene Arbeit reflektieren. NSU-Watch beobachtete den Prozess, weniger den Untersuchungsausschuss im Bundestag und in verschiedenen Landtagen (von denen aktuell nur noch der in Mecklenburg-Vorpommern arbeitet). NSU-Watch ist eine antifaschistisch-zivilgesellschaftliche Initiative, die sich aus Antifa-Archiven, Zeitschriften und Einzelpersonen aus aktivistischen Strukturen und dem Journalismus zusammenschließt.

Zentral werden sechs wichtige Akteursgruppen näher vorgestellt. Dies sind die Angehörigen und Überlebenden, die sich unter anderem in der Nebenklage organisieren und Gehör verschaffen, dann die Angeklagten, die Anklage (Bundesanwaltschaft), das Gericht selbst, die Zeug*innen und die Öffentlichkeit. So wird der Prozess präzise untersucht, aber nicht nacherzählt.

Unterm Strich

Das Ergebnis nach 438 Verhandlungstagen konnte, trotz ohnehin geringer Erwartungen, nur enttäuschen. Das Netzwerk des NSU wurde nicht beleuchtet, das Agieren der Sicherheitsbehörden systematisch aus dem Verfahren herausgehalten, und die Angehörigen, gegen die beispielsweise jahrelang ermittelt worden war, ein weiteres Mal gedemütigt. NSU-Watch und andere Antifaschist*innen gehen davon aus, dass im Laufe der Jahre über 40 sogenannte V-Leute im Umfeld des NSU platziert waren. Die Interessen und Perspektiven der Opfer und der Angehörigen kommen auf den über 3.000 Seiten des Urteils nicht vor. Deren Berücksichtigung wie auch alles an erreichter Aufklärung wurden vor allem durch öffentlichen Druck und die juristische und politische Arbeit der Nebenklage erreicht.

Durch die größtenteils ehrenamtliche Arbeit der Initiative konnte zwar keine wirkliche Aufklärung

im rechtlichen Sinne erreicht, aber ein Gegengewicht gesetzt werden, das die liberale Öffentlichkeit und deren Medien motivierte und unter Druck setzte, zu berichten und selbst zu recherchieren. NSU-Watch hat einen enormen Fundus an Wissen zusammengetragen, auf den bei der Beobachtung von zu befürchtenden zukünftigen Prozessen zurückgegriffen werden kann.

Die klare Sprache erleichtert auch denjenigen den Einstieg in die Thematik, die sich noch wenig mit dem NSU-Komplex beschäftigt haben. Die Forderungen nach Aktenfreigabe und „Aufklären und Einmischen“, und dass mit dem im Moment immer noch nicht rechtskräftigen Urteil kein Schlussstrich gezogen werden darf, ist immer noch aktuell. Es ist bitter, zu begreifen, wie das öffentliche und behördliche Desinteresse an Aufklärung die Nazis in ihrem Denken und Handeln ermuntert. Die Morde in Halle und Hanau, wie auch der an Walter Lübcke im Juni 2019 sind *auch* ein Resultat solcher Gerichtsurteile.

NSU-Watch 2020:

Aufklären und Einmischen. Der NSU-Komplex und der Münchener Prozess.

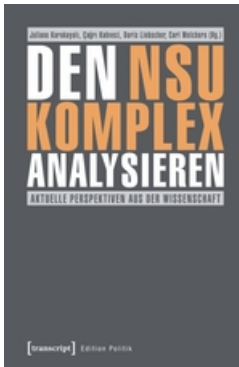
Verbrecher Verlag, Berlin.

ISBN: 9783957324221.

232 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Bernd Hüttner: Aufarbeitung: Fehlanzeige! Erschienen in: NSU - Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung. 61/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1707>. Abgerufen am: 12. 10. 2021 12:55.

Gegen das staatlich verordnete Vergessen



Juliane Karakayali / Çağrı Kahveci / Doris Liebscher / Carl Melchers (Hg.)

Den NSU-Komplex analysieren
Aktuelle Perspektiven aus der Wissenschaft

Der Band zeigt, wie eine gesellschaftliche und wissenschaftliche Aufarbeitung des NSU-Komplexes aussehen kann.

Rezensiert von [Katharina Schoenes](#)

Nach über vier Jahren Beweisaufnahme begann Ende Juli im Münchner NSU-Prozess das Plädoyer der Bundesanwaltschaft. Die Ankläger_innen halten daran die lange widerlegte Trio-These fest, wonach der NSU nur aus drei isolierten Personen bestand und ohne nennenswertes Unterstützungsnetzwerk agiert habe.

Die Haltung der Bundesanwaltschaft ist symptomatisch für einen Staat, der ebenso wie breite Teile der Gesellschaft eine tiefergehende Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex bis heute verweigert. Zwar gibt es eine kleine Community von Menschen, die mit ihren hartnäckigen Recherchen maßgeblich zur Aufklärung der Taten des NSU beigetragen haben und sich kontinuierlich dafür einsetzen, antirassistische Perspektiven auf den NSU-Komplex in die Öffentlichkeit zu tragen. Dazu gehören Anwält_innen, Aktivist_innen, investigative Journalist_innen und nicht zuletzt die Menschen, die durch den rassistischen Terror verletzt wurden oder Angehörige und Freund_innen verloren haben. Ihnen stehen jedoch weite Teile der Mehrheitsbevölkerung gegenüber, die sich vom NSU „schlicht nicht betroffen“ (S. 19) fühlen und weder von dem bundesweiten neonazistischen Unterstützungsnetzwerk des Kerntrios noch von der Verstrickung der Geheimdienste oder den rassistisch geführten Ermittlungen etwas wissen wollen.

Soweit das pessimistische Bild, das die Herausgeber_innen Juliane Karakayali, Çağrı Kahveci, Doris Liebscher und Carl Melchers zu Beginn des Bandes „Den NSU Komplex analysieren“ zeichnen. Es ist das Anliegen des Buches, grundlegende gesellschaftliche Fragen, die der NSU-Komplex aufwirft, (wieder) auf die politische Agenda zu setzen. Dabei geht es den Herausgeber_innen auch um eine wissenschaftspolitische Intervention: Denn das gesellschaftliche Desinteresse am NSU spiegelt sich auch an den Universitäten wider, in denen die rassistische Mordserie und ihr gesellschaftlicher Kontext bislang kaum Gegenstand kritischer Lehre und Forschung wurden.

Einige Artikel setzen sich vor diesem Hintergrund mit den bisherigen Versäumnissen der deutschen Forschungslandschaft auseinander. Um sich überhaupt in die Lage zu versetzen, etwas zur Analyse des NSU-Komplexes beitragen zu können, müssten die unterschiedlichen Disziplinen zuallererst reflektieren, wie sie selbst in die rassistischen Verhältnisse verstrickt sind, die den NSU-Komplex ermöglicht haben, so die Herausgeber_innen in ihrem einleitenden Beitrag. Beispielsweise hat die Migrationsforschung mit ihrem Fokus auf Gewalt, Kriminalität und Fundamentalismus unter „Ausländern“ den rassistischen Ermittlungen der Polizei, die sich jahrelang gegen die Opfer des NSU richteten, eine Legitimationsgrundlage geschaffen. Die Sozialpädagogik hat es bislang versäumt, Ansätze der sogenannten akzeptierenden Jugendsozialarbeit aufzuarbeiten, die in den 1990er Jahren den Aufbau rechter Räume und Strukturen unterstützte. Und die politikwissenschaftliche „Rechtsextremismusforschung“ arbeitet – wie der Name schon sagt – viel

zu häufig mit der innen- und sicherheitspolitisch motivierten Extremismuskonzeption und stützt sich auf „korrumpiertes Wissen“ (S. 146) der Geheimdienste, wie Massimo Perinellis Beitrag eindrücklich belegt.

Es einfach nicht wissen wollen

Wie eine kritische Wissensproduktion zum NSU-Komplex aussehen kann, zeigt der Text von Özge Pinar Sarp und Çağrı Kahveci. Ausgehend vom kollektiven Gedächtnis der deutsch-türkischen Community ordnen die Autor_innen die NSU-Morde in die Geschichte rassistischer Gewalt in der Bundesrepublik ein. Dabei zeigt sich: Nicht nur das Töten von Migrant_innen hat in Deutschland Tradition, sondern auch das Vergessen. Die schmerzhafteste Geschichte derer, die rassistisch diskriminiert und ausgegrenzt werden, hat meist keinen Platz im Gedächtnis des „Erinnerungsweltmeisters Deutschland“ (S. 41). Dies erklärt, warum die Taten des NSU vielfach als erschreckendes, aber letztlich singuläres Ereignis wahrgenommen werden und nicht als Fortsetzung einer großen Zahl rassistischer Morde seit den 1980er Jahren und der rassistischen Pogrome nach der deutschen Vereinigung. Dass es auch eine Kontinuität des Widerstands gegen Rassismus gibt, wird im Beitrag von Sarp und Kahveci ebenfalls deutlich. Immer wieder organisierten Hinterbliebene und Freund_innen der Opfer rassistischer Gewalt Trauerdemonstrationen, verlangten eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rassismus und erhoben Forderungen nach gleichen politischen und sozialen Rechten. Der entschlossene Kampf vieler Familien unterstreicht, dass es möglich ist, in den erinnerungspolitischen Diskurs zu intervenieren. In der Schaffung öffentlicher Gedenkort und im kollektiven Erinnern liegt die Chance, das durch rassistischen Terror hervorgerufene Leid und die Unsicherheit zu vergesellschaften, sodass die Opfer und ihre Erfahrungen nicht länger „abgesondert in die Geschichte eingehen“ (S. 53).

Zu ähnlichen Schlüssen kommen Ayşe Güleç und Johanna Schaffner. Sie gehen von der Frage aus, wie es möglich war, dass das kollektive Wissen und der kollektive Schmerz migrantischer Communities über die Morde des NSU nicht nur im Mainstream, sondern auch in linken Kreisen jahrelang gänzlich ignoriert wurden. Die Unfähigkeit zur Empathie und das „Nicht-Wissen-Wollen“ (S. 60) interpretieren sie als Effekt einer gesellschaftlich produzierten Struktur und als spezifische Ausdrucksform von Rassismus. Die hartnäckigen Interventionen der Familie Yozgat aus Kassel, um die es im zweiten Teil des Beitrags geht, zeigen jedoch, dass es immer wieder gelingt, die „sorgfältig hergestellten Methoden des Nichtwissens“ (S. 60) zu durchkreuzen. So können die strukturelle Empathielosigkeit überwunden und (punktuell) alternative Möglichkeiten der politischen und emotionalen Identifikation geschaffen werden.

Weitere Beiträge untersuchen, wie institutioneller Rassismus das NSU-Verfahren in München prägt oder welche Folgen der „Betriebsunfall“ NSU für die Ausstattung und Kompetenzen des Inlandsgeheimdienstes hatte. Wieder andere Artikel greifen theoretische Konzepte wie „institutioneller Rassismus“, „Collusion“ (also etwa: „verdeckte Zusammenarbeit“, beispielsweise zwischen V-Personen und staatlichen Behörden) oder „Ausnahmestandard“ auf, um sie für die Analyse des NSU-Komplexes fruchtbar zu machen. Ein verbindendes Element der Beiträge, deren thematische Schwerpunkte sich erkennbar unterscheiden, besteht darin, dass sie sich auf „Wissen aus den politischen Bewegungen des Antirassismus und Antifaschismus sowie das migrantisch situierte Wissen“ (S. 10) beziehen. Sie verstehen den NSU-Komplex nicht als singulären Skandal, sondern als Ausdruck der sozialen und politischen Verhältnisse und insbesondere eines tief verankerten Rassismus. Eine wissenschaftliche Aufarbeitung darf aus dieser Perspektive nicht bei der Aufklärung der Taten des NSU und erst recht nicht bei Spezialdiskussionen über einzelne Neonazis und ihre staatlichen Unterstützer_innen im sogenannten Verfassungsschutz stehenbleiben. Vielmehr muss sie auf eine ernsthafte Auseinandersetzung mit „Rassismus und mit neofaschistischen Tendenzen in einer postnazistischen und postmigrantischen Gesellschaft“ und dem „Verhältnis von Grund- und Menschenrechten und Geheimdiensten in einer Demokratie“ (S. 18) hinauslaufen. Für diese anstehenden Diskussionen liefert der Band wertvolle Ansätze und

Analysen.

Gegenerzählungen entwickeln

Inwieweit dabei – wie von den Herausgeber_innen angedeutet – auf die vom neoliberalen Umbau gebeutelten Hochschulen gesetzt werden kann, ist allerdings fraglich. Massimo Perinelli bringt es auf den Punkt, wenn er schreibt: „Wer wirklich beansprucht, den NSU-Komplex wissenschaftlich angehen zu wollen, muss auch dazu bereit sein, so manche karriereungünstigen Schritte zu gehen“ (S. 160). Vielversprechender könnte eine unabhängige Rassismusforschungs- und Dokumentationsstelle nach dem Vorbild des britischen Institute of Race Relations (IRR) sein, dessen Arbeit Eddy Bruce-Jones in seinem Beitrag vorstellt. Das IRR dokumentiert seit Jahrzehnten rassistische Gewalt in Großbritannien, macht so die institutionellen und strukturellen Dimensionen von Rassismus sichtbar und liefert Gegenerzählungen zu offiziellen Regierungsberichten. Ansätze, die in eine solche Richtung gehen, existieren in der Bundesrepublik bereits in den vielen gedenkpolitischen Initiativen, die an die Opfer rassistischer Morde erinnern, in Register- und Beratungsstellen oder beispielsweise auch in der Chronik der Berliner Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt. Dieses Wissen gilt es zu systematisieren und zu archivieren, sodass in künftigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen darauf zurückgegriffen werden kann.

In einer Phase, in der der NSU-Prozess in München langsam zu Ende geht, viele parlamentarische Untersuchungsausschüsse ihre Arbeit bereits abgeschlossen haben und staatliche Akteur_innen – wie die eingangs erwähnte Bundesanwaltschaft – entschlossen darauf hinarbeiten, möglichst schnell einen Schlussstrich zu ziehen und den NSU zu den Geschichtsakten zu legen, kommt der Band gerade rechtzeitig. Es bleibt zu hoffen, dass viele die in ihm versammelten Analysen aufgreifen und sich dem staatlich verordneten Vergessen entgegenstellen.

Juliane Karakayali / Çagri Kahveci / Doris Liebscher / Carl Melchers (Hg.) 2017:
Den NSU-Komplex analysieren. Aktuelle Perspektiven aus der Wissenschaft.
Transcript, Bielefeld.
ISBN: 978-3-8376-3709-0.
238 Seiten. 29,99 Euro.

Zitathinweis: Katharina Schoenes: Gegen das staatlich verordnete Vergessen. Erschienen in:
...können wir nur selber tun!. 45/ 2017, NSU - Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung. 61/ 2021.
URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1445>. Abgerufen am: 12. 10. 2021 12:55.

Sexismus als Strategie deutscher Schuldabwehr



Charlie Kaufhold

In guter Gesellschaft?

Geschlecht, Schuld & Abwehr in der Berichterstattung über Beate Zschäpe

Ob „heißer Feger“ oder schicker „Teufel“: Warum die Berichterstattung zu Beate Zschäpe sowohl eine antifaschistische wie auch feministische Kritik erfordert, wird in diesem Buch deutlich.

Rezensiert von [Barbara Koslowski](#)

Nach der Selbstenttarnung der rechtsterroristischen Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ im Jahr 2011 ist der Name Beate Zschäpe im öffentlichen Bewusstsein angekommen. Zschäpe steht aktuell vor Gericht, doch es wäre zynisch, dies als gelungenen Abschluss der Auseinandersetzung mit den neonazistisch motivierten Morden und Gewalttaten zu betrachten. Eine angemessene Aufarbeitung hätte anders ausgesehen als das Drangsalieren des sozialen Umfelds der Ermordeten durch rassistische Ermittler_innen: Die Angehörigen wurden im Stich gelassen durch undurchsichtige Behörden, während die Taten teilweise medial bagatellisiert und eine Täter_in-Opfer-Umkehr betrieben wurde. Meist im Hintergrund der medialen Aufmerksamkeit stehen die Überlebenden wie beispielsweise jene des Nagelbombenanschlags in Köln.

Doing Gender statt Doing Solidarity

Für alle Betroffenen folgte statt der versprochenen lückenlosen Aufklärung ein Ermittlungsskandal nach dem anderen. Gleichzeitig ist ein Teil der Berichterstattung massiv fokussiert auf das Geschlecht jenes „NSU“-Mitglieds, das als einziges der rechten terroristischen Gruppe noch am Leben sein soll. Diese Berichterstattung, die ihren Fokus auf das Frau*-Sein Zschäpes legt, steht im Zentrum von Charlie Kaufholds Buch und macht sowohl aus antifaschistischer wie auch feministischer Perspektive sprachlos: Medial wird Beate Zschäpe als „putzige Diddl-Maus“ mit „rosa Hauspuschen“ (*Süddeutsche Zeitung*) bezeichnet oder als „Teufel“, der „sich schick gemacht“ hat (BILD). Eine kollektive Solidarisierung in Deutschland mit den Opfern des „NSU“ blieb aus; stattdessen waren im Jahr der Selbstenttarnung Überschriften wie „Die Nazi-Braut galt als heißer Feger“ (S. 45) in der Presse zu lesen.

Woher kommt diese Diskrepanz in manchen Medien, den Fokus der Berichterstattung statt auf Fragen der Aufklärung, Verantwortung und Solidarität auf eine Sexualisierung Zschäpes zu legen, sie teilweise nicht als vollumfängliche Faschistin, sondern nur als die „Braut von“ zu bezeichnen?

Ein Teufel kann keine von „uns“ sein

Kaufholds Buch, das auf Basis einer wissenschaftlichen Abschlussarbeit entstanden ist, beginnt mit Informationen zur Entstehungsgeschichte und Handhabung der Lektüre. Es folgt eine grobe Zusammenfassung der Ereignisse in Zusammenhang mit dem „NSU“. Die Ausführungen zum „NSU“ sind zwar knapp, aber sowohl sprachlich wie auch inhaltlich reflektiert und kritisch. So hinterfragt Kaufhold immer wieder durch ihre Wortwahl die dominante Darstellungsweise der Geschehnisse im Kontext des „NSU“ und würdigt die Ermordeten unter anderem durch die Nennung ihrer

Namen.

In dem ersten Kapitel „Wie?“ wird anhand zahlreicher Auszüge aus Zeitungen und Zeitschriften illustriert, wie über Beate Zschäpe berichtet wird. Mit den Beispielen untermauert Kaufhold die These, dass sich zwei Arten der Berichterstattung unterscheiden lassen, wenn diese auf Zschäpes Geschlecht fokussiert ist. Beiden Darstellungen gemein ist, dass es sich um *Feminisierungen* handelt, das heißt, „dass und wie bei den verschiedenen Darstellungsweisen auf Zschäpes Frau-Sein und/oder auf ihre weibliche Sexualität Bezug genommen wird, der Kategorie Geschlecht also Bedeutung zukommt“ (S. 7f.).

Die erste Darstellungsweise bezeichnet Kaufhold als *dämonisierende Feminisierungen*, womit „Darstellungsweisen zusammengefasst [sind], bei denen Zschäpe als deviant, das heißt als von der Norm abweichend gekennzeichnet und als personifiziertes Böses, als teuflisch konstruiert wird“ (S. 7). Vor allem zum Prozessbeginn im Mai 2013 lässt sich nach Kaufhold diese Art der Darstellung Zschäpes in der Berichterstattung finden. Die Beispiele für die dämonisierende Darstellung bezieht Kaufhold hauptsächlich aus der Berichterstattung in der BILD. Dies wirft allerdings die Frage auf, ob es sich hierbei um BILD- beziehungsweise Boulevardmagazin-Spezifika handelt, da weitere Beispiele wenig überzeugend sind. Bei der Analyse der aktuellen Berichterstattung verbleibt Kaufhold nicht nur auf der schriftlichen Ebene, sondern bezieht die bildliche beziehungsweise fotografische Inszenierung von Zschäpe und ihrem Frau*-Sein mit ein. Dabei wird deutlich: Die dämonisierenden Feminisierungen in der Darstellung Zschäpes sind keineswegs ein Zufall, sie sind in einer bestimmten Art und Weise konstruiert und erfüllen gesellschaftliche Funktionen. So implizieren beispielsweise Spekulationen über ein nicht der gesellschaftlichen Norm entsprechendes Sexualverhalten Zschäpes, dass sie keine „von uns“ sein könne, da sie eine „schlechte“, promiske, nicht monogam lebende Frau sei.

„Erstens kann durch sie begründet werden, dass es keine Notwendigkeit gibt, sich mit Zschäpe und ihren Taten auseinanderzusetzen. Da sie nicht als Person verhandelt wird, deren Taten nachvollziehbar sein müssten, sondern verteufelt und als deviant dargestellt wird, scheint es überflüssig, sich mit ihren politischen Überzeugungen, Motivationen und ihren Handlungen zu beschäftigen. [...] Zweitens ergibt sich aus diesen vergeschlechtlichten, dämonisierenden Darstellungsweisen die Möglichkeit, eigene Schuld durch Externalisierung abzuwehren. [...] Die Dominanzgesellschaft kann durch die dämonisierenden Feminisierungen von Zschäpe von Fragen nach der eigenen Schuld und Verantwortung, nach der eigenen Beteiligung absehen. Der Kontext, in dem der NSU hat handeln können, Rassismus in Deutschland, kann dethematisiert werden – Zschäpe scheint ja eine vollkommene Ausnahme gewesen zu sein, vollkommen jenseits der weißen, deutschen Norm“ (S. 54f.).

Ein liebes Mädel, das nur den Haushalt geschmissen hat?

Als zweite grundlegende Darstellungsweise benennt Kaufhold *bagatellisierende Feminisierungen*, womit „Darstellungsweisen, bei denen Zschäpe entlastet und ihr ihr Subjektstatus abgesprochen wird“ (S. 7) gemeint sind. Hier lassen sich „beispielhaft die Beschreibungen Zschäpes als ‚liebes Mädel‘ [...] anführen. Diese Formulierungen ermöglichen, Zschäpe nicht als politisches und handlungsfähiges Subjekt ernst zu nehmen und sie damit von der Beteiligung an den Taten des NSU zu entlasten“ (ebd.). Wie beispielsweise in einem Artikel der *Süddeutschen Zeitung*, in dem es heißt: „Wie war das normale Leben im Untergrund? Wer hat gespült, wer hat den Müll runtergebracht? Trugen die Waffennarren Bönnhardt und Mundlos auch daheim schweres Gerät?“ (S. 44).

Zschäpe wird in der bagatellisierend-feminisierenden Berichterstattung teilweise verkindlicht, zum Teil sogar selbst als Opfer inszeniert, häufig in Abgrenzung zu den zwei Männern des sogenannten NSU Trios. Die Effekte dieser Darstellungsweise ergänzen die der dämonisierenden Feminisierungen auf zynische Art: „Warum sollte sich auch mit Zschäpe beschäftigt werden, wenn

sie doch nur den Haushalt geschmissen hat und sich sonst nichts hat zu Schulden kommen lassen?“ (S. 56). Kaufhold argumentiert, dass bagatellisierende Feminisierungen ein Identifikationsangebot für die weiße Dominanzgesellschaft Deutschlands schaffen, da die Dominanzgesellschaft in ihrer Wahrnehmung ebenso wie Zschäpe von nichts gewusst habe, keine (Mit-)Schuld trage, „da sie unbeabsichtigt in eine von ihr nicht verschuldete Situation geraten ist“ (ebd.). Es wird deutlich: Es geht um die (Nicht-)Bearbeitung von Fragen nach Schuld und Verantwortung, auf individueller und gesamtgesellschaftlicher Ebene.

Der Effekt heißt Abwehr – damals wie heute

Nach der Analyse der Berichterstattung zu Zschäpe widmet sich Kaufhold der Berichterstattung zu Täterinnen aus der NS-Zeit, wobei sie sich auf Kernaspekte beschränkt und diese vergleicht. Die Parallelen zur Nachkriegszeit sind nachvollziehbar herausgearbeitet, Stück um Stück wird dem_der Lesenden klarer, welcher Schuldabwehr-Cocktail nicht nur rund um Zschäpe gemixt wird. Es ist geradezu erstaunlich, wie ähnlich die Berichterstattung in der Nachkriegszeit zu vor Gericht stehenden Nationalsozialistinnen im Vergleich zur Berichterstattung über Zschäpe ist. Sowohl bagatellisierende als auch dämonisierende Feminisierungen bis hin zu Sexualisierungen dieser Zeit stellt Kaufhold zahlreich dar. Die politischen und historischen Strukturen, die durch die Zutat ‚Geschlecht‘ übertüncht werden sollen, sind nach Abschluss des Buches zwar klarer, Lesende, die sich jedoch eine tiefergehende Analyse dieser historischen Strukturen erhoffen, werden enttäuscht. Da dies jedoch nicht Kaufholds primäres Thema ist und die Analysen des Buches direkt und indirekt auf der Arbeit von Fantifas [[kritisch-lesen.de #38](https://kritisch-lesen.de/#38)] und antifaschistischer und feministischer Theorie und Forschung basieren, finden sich in der vielfältigen Literaturliste des Buches genügend Anregungen zum Weiterlesen.

Ein Wermutstropfen ist die Tatsache, dass trotz einzelner Bezüge die Rolle kapitalistischer Verhältnisse in diesem ganzen Cocktail weitgehend unklar bleibt – so spielt beispielsweise das Mediensystem als Markt keine Rolle. Insgesamt ist Kaufhold jedoch mit „In guter Gesellschaft?“ ein großes Projekt gelungen: Der strukturierte Aufbau, die meist nachvollziehbaren Thesen, die eindrucksvollen Belege durch Zeitungsartikel und wiederkehrende Verweise auf diverse wissenschaftliche Theorien machen das Buch für alle lesenswert, die sich bereits vertiefend mit Themen wie Journalismus, Gender und (Neo-)Nationalsozialismus beschäftigt haben. Gleichzeitig schafft es Kaufhold, das Thema aus einem wissenschaftlich-akademischen Diskussionsraum herauszuholen und für mehr Menschen zugänglich zu machen, indem auf eine akademische Wortwahl weitgehend verzichtet wird und weniger geläufige Begriffe immer wieder erklärt werden. Dies macht das Buch besonders für Einsteiger_innen in das Themenfeld zu einer seltenen und aufschlussreichen Lektüre.

Was zum Abschluss des Buches nachwirkt, ist mehr als eine bloße Analyse und Kritik des deutschen Journalismus:

„Zwar schafft die Berichterstattung selbst Wirklichkeit und ist damit produktiv, sie ist jedoch gleichzeitig Symptom tieferliegender [...] Zusammenhänge. [...] Die Strukturen, die die spezifische, vergeschlechtlichte Berichterstattung über Zschäpe bedingen, müssen beachtet, kritisiert und verändert werden, sodass es überhaupt nicht mehr als naheliegend erscheint, über neonazistische Täterinnen in dieser vergeschlechtlichten Weise zu berichten. [...] Es braucht eine grundlegende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und insbesondere mit der damit verbundenen Schuld – ohne Abwehr oder Nivellierung“ (S. 82).

Charlie Kaufhold 2015:

In guter Gesellschaft? Geschlecht, Schuld & Abwehr in der Berichterstattung über Beate Zschäpe.
Edition Assemblage, Münster.
ISBN: 978-3-942885-85-0.
106 Seiten. 16,00 Euro.

Zitathinweis: Barbara Koslowski: Sexismus als Strategie deutscher Schuldabwehr. Erschienen in: Die da unten. 40/ 2016, NSU - Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung. 61/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1350>. Abgerufen am: 12. 10. 2021 12:55.

Keinen Dank, sondern Respekt!



Kutlu Yurtseven / Rossi Pennino
Eine ehrenwerte Familie
Die Microphone Mafia – Mehr als nur Musik

Zwischen Kommerzialisierung und Rassismus sucht die migrantische Hip-Hop-Szene nach politischer Haltung und eigenständiger künstlerischer Praxis.

Rezensiert von [Çağan Varol](#)

Würde es sich bei dieser Band-Biographie allein um die Geschichte einer der ältesten noch aktiven Hip-Hop-Crews Deutschlands handeln, könnte man die Relevanz für die kritische Rassismus- und Migrationsforschung kleinreden und sich damit begnügen, Musik- und Kulturwissenschaftler*innen den Vortritt zu lassen. Doch was Kutlu Yurtseven und Rossi Pennino zu ihrem 30-jährigen Jubiläum gelingt, ist eine Geschichte aus der Perspektive der zweiten Generation der sogenannten Gastarbeiterkinder zu schreiben. Diese Jugendlichen suchten und fanden im Hip-Hop, angelehnt an ihre Schwarzen Vorbilder aus den USA, ihre künstlerische und politische Befreiung.

Das 227 Seiten starke Buch ist in zwei Teile gegliedert und auf überzeugende Weise konzipiert. Der erste Teil ist eine Hommage an die Eltern. Der zweite, längere Teil beschreibt die Höhen und Tiefen der drei Jahrzehnte von Microphone Mafia seit ihrer Gründung 1989. Gastbeiträge und Grußworte von befreundeten Rapper*innen und Aktivist*innen ergänzen die Erzählungen der beiden Autoren. Von ehemals sechs Crewmitgliedern sind nach gut 30 Jahren nur noch Kutlu Yurtseven und Rossi Pennino als Kernduo erhalten geblieben. Meistens ist es aber nur noch Kutlu Yurtseven, der die Mafia repräsentiert. Einen besonderen Abschluss erhält das Buch im letzten Teil, wo die Zeit nach dem Bombenanschlag in der Keupstraße in Köln-Mülheim und die Kämpfe, die sich daraus ergaben, reflektiert werden. Immer wieder betonen die beiden, wie wichtig der Zuspruch ihrer Eltern für die Entwicklung ihrer Musik und ihrer politischen Haltung war. „Junge, ich weiß zwar nicht, was ihr da macht, aber mach weiter, deine Augen glänzen“ (S. 65), sagte Kutlus Vater nach seinem ersten Konzert. Doch die Beziehung zur Elterngeneration blieb bis zu Kanak Attak-Zeiten ambivalent, da man die Eltern zunächst als Ja-Sager beziehungsweise als Opfer verstand.

Testa Nera/Karakafa (Schwarzkopf)

Der Weg der Mafia führte Ende der 1980er Jahre raus aus den Jugendclubs und hinein in die professionelle Festivalszene. Hier wurde man weitergereicht an die kommerzielle Musikbranche, wie Sony und BMG, die sie als „Multikulti-Gegenentwurf“ (Hannes Loh, S. 82) zur neo-faschistischen Pogromatmosphäre nach der Wiedervereinigung Deutschlands in Stellung brachte. Doch als die Medien von antirassistischen Statements genug hatten und sich nicht mehr in der Pflicht sahen, rassistische Gewalt anzuprangern, wurde aus der gehypten Mafia wieder eine Hinterhofband aus Köln-Flittard, die von vorn anfangen musste. Sie tourte mehrere Jahre in Deutschland herum, verkaufte CDs aus dem Kofferraum heraus, schlief im Auto und ging am nächsten Tag wieder in der Bayer-Kantine arbeiten. Hannes Loh schreibt dazu:

„Vier Schwarzköpfe mitten im Deutschrap-Boom, das war zu eigen, zu exotisch, zu politisch. Andere Künstler hätten solche Erfahrungen verbittert. Die Mafia machte etwas anderes: Sie erweiterte ihren Humanismus, baute eigene Strukturen auf und verbündete sich mit Gleichgesinnten.“ (S. 82)

In der Hochphase der „Arsch huh – Zäng ussenander“-Konzerte gegen Rassismus Anfang der 1990er Jahre war die Mafia sehr präsent. In Radiointerviews fragte man sie aber nicht nach ihrer Musik, sondern nach ihrer Herkunft und lobte sie, wie gut ihr Deutsch sei. Nach dem Brandanschlag in Lübeck 1996, bei dem zehn Menschen starben, wurden sie von der Stadtverwaltung zu einem Konzert gegen Rechts eingeladen und Tage später wieder ausgeladen, als man Nazis als Verdächtige wieder ausgeschlossen hatte. Es ging der Stadt immer nur um ihr Ansehen und nie um die Opfer und Überlebenden, schreiben die Autoren.

Irgendwann Ende der 1990er Jahre kreuzte sich ihr Weg mit Kanak Attak. In diesem Zusammenschluss sieht Kutlu einen wichtigen Beitrag für die Rückbesinnung auf die Geschichte der Migration, die Kämpfe ihrer Eltern und deren Geschichten. Im Gegenzug erkannten auch langjährige Aktivist*innen der Kanak-Attak-Bewegung in der solidarischen Haltung der Microphone Mafia, wie ihren Gewerkschaftskonzerten, ihrem selbstbewussten Auftreten, und der Tatsache, dass sie nicht in die „Ethnofalle“ gelaufen sind (Imran Ayata, S. 102) große Gemeinsamkeiten. Lange bevor Kanak Attak den „nach Anerkennung heischenden Dialog mit der deutschen Integrationskultur aufkündigte“ (Massimo Perinelli, S. 188), hatte die Mafia vorgemacht, wie politische Haltung und künstlerische Praxis zusammengebracht werden kann. Daher war es ein natürlicher Zusammenschluss, in dessen Zuge Lieder wie „Denkmal“ entstanden. Als sich Anfang der 2000er Jahre Aktive aus den autonomen Zentren an die Mafia für einen Hip-Hop-Jam wandten, waren sie natürlich mit dabei. Aber Konflikte blieben nicht aus. Die Rapper aus der Kölner Vorstadt kannten die richtigen politischen Vokabeln nicht, sie sprachen eine andere Sprache: die der Jugendzentren. Da haute man Sprüche raus, die manch einen verletzten. Als sie für eine homophobe Liedzeile kritisiert wurden, wie „in deinen Arsch...“, waren sie „schockiert“, änderten zunächst die Zeile und spielten nach einer gewissen Zeit das Lied gar nicht mehr (S. 112). Ausschlaggebend war dabei die konstruktive Art, auf der ihnen ein Spiegel vorgehalten wurde, anstatt mit ihnen überfordert zu sein oder sie sofort anzugreifen. Während die Gesellschaft sie als ewig Fremde, als rappende Gastarbeiterkinder und als „Lustobjekt sozialer Studien“ betrachtete, war es wichtig, dass auch Antirassist*innen vom hohen Ross herunterkommen und die Geschichte der Rapper, trotz der Herausforderungen ihren Liedtexten verstehen (Chaoze One, S. 109 f).

Kindheit, die Bejaranos und die Kontinuität rassistischer Praxen

Kutlu und Rossi hatten laut Eigenaussage eine schöne Kindheit. Beide leben heute ein normales Familienleben, ganz wie ihre Eltern. Was im Buch doch ein wenig irritiert, ist das kölsche Heimatfeeling, das sich beispielsweise im Stolz auf einen Song mit der Kölsch-Karnevalsband „Die Höhner“, einem Kölner-Sein-Ethos und anderen Facetten des folkloristischen Lokalpatriotismus ausdrückt. Bezeichnend ist der Song „Heiß wie die Hölle, direkt für euch aus Kölle“ aus dem späten Album „Infernalía“. „In unseren Adern fließt kein Blut, in unseren Adern fließt der Rhein“, heißt es da. Aber sollte man es der Mafia verübeln, dass dieses Köln bei ihnen zu gut wegkommt?

Die Reise der Mafia geht in den 2000er Jahren weiter. Im Jahre 2007 klopfen sie bei den Coincidence-Musiker*innen Edna, Yoram und Esther Bejarano an. Zuvor hatte Kutlu Y. angefangen, Erinnerungsarbeit zum Holocaust an Schulen zu machen und Rap-Workshops zu geben. Der Kontakt ergab sich, weil man Texte von Menschen, die in Konzentrationslagern inhaftiert waren, musikalisch bearbeiten wollte und um niemanden zu verletzen, auf der Suche nach Personen war, die einem sagen konnten, ob man zu weit ging oder nicht. Der Anruf bei Yoram Bejarano war zunächst ernüchternd. Nein, von Rap halte man nicht viel. Und warum „die Mafia“ jetzt bei ihnen anrufe, wollte die Musikerin und Holocaustüberlebende Esther Bejarano wissen.

Was für einen bekloppten Bandnamen man doch habe. Die Mafia blieb freundlich, aber hartnäckig und durfte zu den Bejaranos zu Besuch kommen. So fing es an, und so ziehen sich die Konzerte mit der Familie Bejarano bis heute. Die überzeugte Antifaschistin Esther Bejarano ist jetzt 95 Jahre alt und steht immer noch mit der Mafia auf der Bühne.

Als am 19. Januar 2001 in der Probsteigasse in Köln eine in einem Weihnachtsgeschenk versteckte Bombe des NSU explodierte und eine junge Frau schwer verletzte, hatte Kutlu das Al Dente Recordz Studio über dem Laden der angegriffenen Familie angemietet. Und als am 09. Juni 2004 in der Keupstraße vor dem Friseurladen von Özcan Y. eine Nagelbombe des NSU explodierte, wohnte Kutlu Yurtseven nur 250 Meter davon entfernt. Die Keupstraße wurde während der Ermittlungen, als „ausländisches kriminelles Milieu“ beschrieben, das sich Drogenhändler, Türsteher und Schutzgelderpresser untereinander aufgeteilt hätten. Die Bomben galten in dieser Sichtweise als Beweis dafür, dass hier ein internes Problem ausgetragen wurde. Die Ermittlungen zeigen deutlich den tief sitzenden Rassismus in Deutschland, der durch die Enttarnung des NSU offengelegt wurde. Die Behörden setzten die Bewohner*innen jahrelang unter Druck. Deutschland war für die erste Generation migrantischer Gastarbeiter*innen ein Sinnbild der Rechtsstaatlichkeit. Davon ist nach den Ermittlungen der Behörden und der Enttarnung des NSU lediglich ein Scherbenhaufen übrig geblieben.

Die Mafia setzte zusammen mit Refpolk ein künstlerisches Statement für die Aufarbeitung dieser Verbrechen:

Niemand wird vergessen/Hiç unutmamak

Deutschland, Kaltland, Mölln, blanker Hass

Arslan, Yılmaz, Opfer, Brandanschlag

NSU, Keupstraße, Köln, Attentat

Terror gut geplant, V-Mann Nazipack

für die Gesellschaft Betroffene Fehler

Polizei vorn dabei, Opfer zu Tätern

schuldig fühl´n, Ohnmacht, schweigen, schämen

isoliert, schikaniert, eingekreist, Gegner

....

Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Mölln, Solingen

höre noch die Schreie durch die Nacht klingen

Häuser, die brennen, Menschen, die rennen

geistige Brandstifter, die Nazis lenken

Opfer werden Täter, Faschos verschont

Mauerfall bis Nagelbombe, das hat Tradition

Özüdoğru, Şimşek, Taşköprü, Yozgat

Boulgaridis, Kubaşık, Turgut, Burak

Yaşar, Arslan, Yılmaz, Genç

in jeder der Seelen ein Schmerz, der brennt

Keupstraße, Probsteigasse, Terror

VS, Polizei, blanker Horror

autarkes Denken, autarker Protest

Fremde, Freunde in Inis vernetzt

ab jetzt gemeinsam mit Tat und Wort

niemand wird vergessen, Oury Jalloh es war...(Mord)

In Zeiten eines NSU 2.0, die Nebenklageanwält*innen aus Polizeirevieren heraus bedrohen, in Zeiten, in den Rechte Regierungspräsidenten ermorden und in der wieder einmal „verwirrte Einzeltäter“, in Schischa-Bars oder vor jüdischen Einrichtungen Massaker verüben, kann dieser

Songtext leider beständig weitergeschrieben werden. Das Ergebnis des NSU-Prozesses hat faschistische Banden motiviert statt zu frustrieren. Die Geschichte der Microphone Mafia, ihre künstlerische Praxis und ihre politische Haltung ist heute wichtiger denn je. Man kann der Mafia zum Schluss eigentlich nur danken. Dafür, dass sie uns nicht nur so viele gelungene Lieder hinterlassen haben, sondern auch die letzten drei Jahrzehnte als Antifaschisten, Künstler und kritische Beobachter dabei waren.

Kutlu Yurtseven / Rossi Pennino 2019:

Eine ehrenwerte Familie. Die Microphone Mafia – Mehr als nur Musik.

PapyRossa Verlag, Köln.

ISBN: 978-3-89438-703-7.

227 Seiten. 14,90 Euro.

Zitathinweis: Çağın Varol: Keinen Dank, sondern Respekt! Erschienen in: Transformationen – Kapitalismus und Arbeit im Wandel. 55/ 2020, NSU - Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung. 61/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1604>. Abgerufen am: 12. 10. 2021 12:55.

Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) und die Inlandsgeheimdienste



Markus Bernhardt

Das braune Netz

Naziterror - Hintergründe, Verharmloser, Förderer

Im November 2011 wurde die Existenz der neonazistischen Terrorgruppe aufgedeckt, die mehr als 13 Jahre unbehelligt Morde und Bombenanschläge begehen konnte. Markus Bernhardt beleuchtet die Hintergründe des Zusammenwirkens der Geheimdienste und der NSU.

Rezensiert von [Michael Lausberg](#)

Im November 2011 kam es zur Aufdeckung der Morde und Anschläge des neonazistischen „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU). Die mindestens aus den Neonazis Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe bestehende Terrorgruppe ermordete zwischen 2000 und 2006 neun Migranten und 2007 eine Polizistin. Außerdem soll neben mehreren Banküberfällen der NSU für einen Nagelbombenanschlag in der mehrheitlich von Migranten bewohnten Keupstraße in Köln verantwortlich sein, wobei 22 Menschen zum Teil schwer verletzt wurden.

Lückenhafte Aufarbeitung

Der Journalist Markus Bernhardt stellt in seinem Buch „Das braune Netz. Naziterror - Hintergründe, Verharmloser, Förderer“ die These auf, dass mehrere Geheimdienste der BRD die Aufenthaltsorte der 1998 untergetauchten Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe kannten und deshalb die Morde und Anschläge hätten verhindern können: „Ohne die Kumpanei der bundesdeutschen Geheimdienste hätte die neofaschistische Terrorgruppe (...) nicht über dreizehn Jahre hinweg Morde, Bombenanschläge und Bankraube verüben können.“ (S. 7) Das Abtauchen des Trios in den Untergrund könne laut Bernhardt nicht ohne das Wissen führender Mitglieder des neofaschistischen *Thüringer Heimatschutzes* (THS), dem die drei angehörten, sowie ohne Kenntnis des thüringischen Verfassungsschutzes erfolgt sein. Für die lückenhafte und schwerfällige Aufarbeitung des „größten Geheimdienstskandals der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte“ (ebd.) macht Bernhardt die herrschende politische Elite verantwortlich: „Sind es doch maßgeblich Politiker der Regierungskoalition, die sich mit aller Macht gegen eine umfassende öffentliche Aufarbeitung des Geheimdienstskandals stemmen.“ (S. 9)

Bernhardt spricht sich mit Recht gegen die Fortsetzung der Praxis der sogenannten V-Leute aus: „Vor allem aber wäre die militante Neonaziszene nicht so stark, wenn die Löhne, die die Geheimdienste den von ihnen installierten V-Leuten zahlen, nicht als eine Art staatlicher Transferleistungen in den Aufbau der rechten Szenerie flössen.“ (S. 42)

Er stellt weiterhin die Frage, ob der NSU Teil eines international operierenden neonazistischen Terrornetzwerks war:

„Es dürfte (...) mitnichten ausgeschlossen sein, dass das NSU-Netzwerk über gute internationale Kontakte verfügte und dass Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe während ihrer Zeit im Untergrund nicht nur von deutschen, sondern auch von Faschisten in und aus anderen Ländern unterstützt worden sind.“ (S. 26)

Neben einer „Mitverantwortung der Inlandsgeheimdienste für die Morde“ (S. 112) macht Bernhardt zu Recht den in weiten Teilen der Gesellschaft verankerten Rassismus im weitesten Sinn für die Terrorakte verantwortlich. Die repräsentative Studie „Die Mitte in der Krise – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland“ aus dem Jahre 2010 ergab, dass über ein Viertel der Befragten über ein gefestigtes extrem rechtes Weltbild verfügte. Für diese Studie wurden im Frühjahr 2010 mehr als 2.400 Menschen befragt. Daraus ergab sich, dass in der Bundesrepublik antidemokratische und rassistische Einstellungen auf einem sehr hohen Niveau existierten. Der NSU konnte sich bei diesen Einstellungsmustern als „Vollstrecker“ eines vermeintlichen „Volkswillens“ sehen.

Bernhardt spricht weiterhin vom Fehlen einer „nötigen Distanz mancher Ermittler (der Geheimdienste, Anm. M.L.) zur rechten Szene“ (S. 112). Hierbei nennt er namentlich den früheren Präsidenten des thüringischen Verfassungsschutzes, Helmut Roewer, der in dem extrem rechten Ares-Verlag aus Graz publizierte. Die Behauptung Bernhardts, dass Roewer öffentlich ausgeführt hatte, dass der Nationalsozialismus „gute als auch schlechte Seiten“ gehabt habe (S. 46), wird leider nicht mit einer Quelle belegt.

Dann arbeitet Bernhardt die Reaktionen der extrem rechten Parteien in der BRD auf die Aufdeckung des Terrornetzwerks der NSU heraus. In neonazistischen Foren finden sich Andeutungen zu einer Rechtfertigung der Morde und Anschläge. Dagegen verurteilten der antimuslimische Internetblog *Politically Incorrect* (PI) und die extrem rechte Pro-Bewegung die Verbrechen des NSU, da beide Gruppen Angst vor staatlichen Repressalien befürchteten (S. 37). Die NPD versuchte auch im Hinblick auf ein bestehendes Verbotverfahren den Eindruck zu erwecken, dass es keine Verbindung zwischen der Partei beziehungsweise einzelnen Mitgliedern und dem NSU gab. Ihr Bundesvorsitzender Holger Apfel thematisierte dagegen die „Verstrickung der Inlandsgeheimdienste in den NSU-Terror“ und stellte sich als unschuldig Opfer in der Öffentlichkeit dar (S. 38).

Kritik an der Extremismustheorie

Anschließend kritisiert Bernhardt die Extremismustheorie, die in den Veröffentlichungen des Verfassungsschutzes sowohl des Bundes als auch der Länder verwendet wird. Die beiden Politikwissenschaftler Uwe Backes und Eckhard Jesse sind seit Jahren bemüht, die Extremismustheorie über Staatsschutzorgane oder Regierungsapparate hinaus im akademischen Bereich zu etablieren. Der Extremismusbegriff gilt als „Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen (...), die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte einig wissen.“ (Backes / Jesse 1993, S. 40) Bernhardt befürchtet, dass die Debatten über die erneute Einleitung eines Verbotverfahrens gegen die NPD dazu genutzt werden, um auch über die verstärkte Überwachung oder gar ein Verbot der Linkspartei nachzudenken.

Für die Bekämpfung der extremen Rechten hält Bernhardt die Extremismustheorie für gänzlich ungeeignet:

„Die Extremismustheorie läuft daher prinzipiell auf die Unterstützung eines autoritären Staates hinaus, der Abweichungen von der jeweils neu definierten ‚Mitte‘ sanktioniert. Die Virulenz einer sozialen Bewegung der ‚extremen Rechten‘ sowie rassistische, nationalistische und antisemitische Stereotype in einem erheblichen Teil der bundesdeutschen Bevölkerung werden von Extremismusforschern zumindest ignoriert und bagatellisiert.“ (S. 72)

Dabei bezieht er sich besonders auf Kritiker_innen der Extremismustheorie aus Wissenschaft und Politik, die auf eine „Extremismus der Mitte“, das heißt eine Interaktion zwischen extremen Rechten und der „Mitte“ der Gesellschaft und des politischen Establishments, verweisen.

Die Extremismustheorie stellt für ihn ein ideologisch motiviertes staatliches Instrument gegen antifaschistische Politik und Aktionen dar, das den Widerstand gegen rechte Denkmuster und Gewalt behindert. Dabei verweist er auf die Kriminalisierung der Proteste gegen neonazistische Aufmärsche in Dresden und Dortmund in den vergangenen Jahren.

Um rechte Gewalt und das Vordringen rassistischer Denkmuster in der Gesellschaft zu bekämpfen, fordert Bernhardt,

„verstärkt gegen den gesellschaftlich verankerten Rassismus vorzugehen, endlich die vollkommene Gleichstellung und Teilhabe von Migranten sicherzustellen und einen offensiven Antifaschismus nicht wie bisher als Bedrohung der Demokratie, sondern vielmehr als zwingende Notwendigkeit zu akzeptieren.“ (S. 113)

Weiterhin plädiert er dafür, die Praxis der V-Leute einzustellen, deren Bezahlung für den Aufbau rechter Strukturen mitverantwortlich ist, sowie die sofortige Auflösung der bundesdeutschen Inlandsgeheimdienste.

Insgesamt gesehen bietet das Buch einen guten Einstieg über den Mordserie des NSU und die Verstrickung der bundesdeutschen Geheimdienste. Leider fehlen die Hinweise auf die benutzten Quellen fast durchgängig. Neue sensationelle Enthüllungen werden nicht geliefert, was auch nicht der Anspruch des Autors ist. Bernhardt stellt die Hintergründe des Zusammenwirkens der Geheimdienste mit neonazistischen Terroristen dar und fordert darüber hinaus die Abschaffung aller Inlandsgeheimdienste mitsamt deren extremismustheoretischer Ideologie.

Dass diese provokanten Thesen vor allem bei Vertretern des Verfassungsschutzes oder der Geheimdienste auf vehemente Ablehnung stößt, wundert niemanden. In diesem Zusammenhang ist zum Beispiel auch die Rezension des Buches von Armin Pfahl-Traughber zu sehen. Pfahl-Traughber war von 1994 bis 2004 Mitarbeiter beim Bundesamt für Verfassungsschutz und publiziert seit Jahren in dem von Backes und Jesse herausgegebenen „Jahrbuch für Extremismus und Demokratie“. Außerdem gibt er seit 2008 das „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung“ heraus und ist Professor an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl. Auf dem Internetblog *Endstation Rechts* wirft er Bernhardt „verschwörungstheoretische Deutungen“ und das Arbeiten mit „Andeutungen und Unterstellungen in seinem Sinne“ vor. Pfahl-Traughber geht es dabei nicht um eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Thesen des Autors, sondern um eine bloße Abwehr von Angriffen von kritischen Einzelpersonen oder Gruppen auf die bundesdeutschen Geheimdienste.

Zusätzlich verwendete Literatur

Der Tagesspiegel 13.10.2010: Ausländerfeindlichkeit und Führerfantasien. Abrufbar [hier](#) (Originalquelle: Decker, Oliver et al. (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin. [hier](#) als PDF.)

Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (1993): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. 3. Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Pfahl-Traughber, Armin 24.04.2012: Buch zum NSU: „Kumpanei“ zwischen Rechtsterroristen und dem Staat? Online-Artikel auf www.endstation-rechts.de, siehe [hier](#).

Markus Bernhardt 2012:

Das braune Netz. Naziterror - Hintergründe, Verharmloser, Förderer.

Papyrossa Verlag, Köln.

ISBN: 978-3-89438-482-1.

117 Seiten. 9,90 Euro.

Zitathinweis: Michael Lausberg: Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) und die Inlandsgeheimdienste. Erschienen in: Körperregeln. 18/ 2012, Richtig schwurbeln! Verschwörungserzählungen und rechte Kontinuitäten. 57/ 2020, NSU - Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung. 61/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1027>. Abgerufen am: 12. 10. 2021 12:55.

Nicht aufhören zu fragen!



Imke Schmincke, Jasmin Siri (Hg.)

NSU-Terror

Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse

Die politische Auseinandersetzung mit dem NSU hat sich, auch unter linken Aktivist_innen, sehr schnell auf den Verfassungsschutz verengt. Wie eine gesellschaftliche Konfrontation mit den Morden des NSU aussehen kann, zeigt dieser Sammelband.

Rezensiert von [Lee Hielscher](#)

Auf den Büchertischen zum Thema NSU fehlt der 2013 erschienene Sammelband von Jasmin Siri und Imke Schmincke zumeist. Auch auf den Podien der Diskussionsrunden zum NSU sitzt, mit Ausnahme von Angelika Lex, so gut wie nie jemand der Beitragenden des Sammelbandes „NSU Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontext, Diskurse“. Stattdessen liegt der Fokus zumeist auf dem Verfassungsschutz sowie den Netzwerken und Verstrickungen von militanten Neonazis und ihren verbeamteten Unterstützer_innen. So wie die Themensetzungen in der Debatte um den NSU begrenzt werden, gestaltet sich auch die politische Auseinandersetzung: Das Hauptaugenmerk liegt darauf, den Neonazis und staatlichen Behörden hinterher zu recherchieren und auf dieser Basis eine Kritik am Verfassungsschutz zu formulieren, die über Fragen einer Reformierung hinaus geht.

Dass diese Ermittlungen, Untersuchungen und Forderungen wichtig sind, steht nicht zur Debatte. Sind sie aber die einzige Form der Auseinandersetzung, beschränken sie den Kreis derjenigen, die an der so zugespitzten Auseinandersetzung mit dem NSU teilnehmen können. Investigative Journalist_innen und Recherchegruppen werden zu Protagonist_innen einer Auseinandersetzung, die für das Publikum erschreckend und aufwühlend ist, angesichts immer gleicher Namen und Gesichter von Neonazis und V-Personen jedoch ebenso verwirrend. Da man das unüberschaubare Geflecht, das den NSU-Komplex bildet, kaum noch überblicken kann, bringt sich auch zumeist niemand in die Auseinandersetzung mit ein – ein Spezialpublikum für kompetente Referent_innen entsteht, bei einem Thema, das dringend einer gesamtgesellschaftlichen Debatte bedarf.

Hier setzt der Band von Siri und Schmincke an und führt eine Auseinandersetzung mit dem NSU nicht aus der Position des Enthüllungsjournalismus, sondern unter gesellschaftstheoretischen Fragestellungen. Der Fokus liegt auf Kontextualisierung und Analyse; folgerichtig erschien der Band in der Verlagsreihe „XTEXTE“, die sich interdisziplinären Zeitdiagnosen widmet. Siri und Schmincke versammeln auf etwas mehr als 200 Seiten eine beeindruckend vielfältige Zahl an Autor_innen und Standpunkten zum NSU. Der Band ist ein Cross-Over-Format: Analytische Aufsätze wechseln sich mit Interviews, Redebeiträgen und Lyrik ab. Das ist unkonventionell und überraschend, angesichts des komplexen Themas NSU aber sehr passend. Da das beständige Schweigen staatlicher Institutionen eine lückenlose Aufklärung unmöglich macht, braucht es eine vielfältige Auseinandersetzung. Deshalb ist es auch so bitter nötig, dass nicht nur Ermittler_innen, sondern eine Pluralität an Akteuren das Feld der gesellschaftlichen Thematisierung betritt.

Genau dies vollbringen Siri und Schmincke mit den hier versammelten Autor_innen. Es sind Aktivist_innen, Sozial- und Kulturwissenschaftler_innen, Anwälte_innen, Journalist_innen und mit Herta Däubler-Gmelin auch eine ehemalige Justizministerin, die hier zu Wort kommen. Das Buch

schaft Raum, um Rassismus und seine Bedeutung für die Genese von Gesellschaft zu diskutieren. Dies geschieht auf ganz unterschiedliche Weise: Einen analytischen Zugang bietet beispielsweise der Beitrag von Manuela Bojadžijev, während Autor_innen wie Imran Ayata, Nadia Shehadeh und Yvonne Boulgaridis sich dem Thema subjektiv annähern und die Lesenden an ihren ganz persönlichen Gedanken und Empfindungen zum NSU teilhaben lassen. Durch den Sammelband wird eine Vielzahl an Sprecher_innen mit ihren Positionen hörbar, die in der aktuellen Auseinandersetzung ignoriert werden oder unterrepräsentiert sind. Der NSU wird in analytische wie persönliche Kontexte gebracht, wodurch eine Vielfalt an Aushandlungsebenen geschaffen wird. Das bedeutet aber auch, dass nicht jeder Beitrag mit einem klaren Statement oder einer zentralen These zum NSU aufwartet. Es sind Beiträge, an die eine gesamtgesellschaftliche Debatte anschließen könnte.

Gleich eingangs wird von Lotta Mayer klargestellt: Das Erstaunen über den NSU ist das eigentlich Erstaunliche. Denn der NSU ist nicht eine rechtsterroristische Randgruppierung, sondern bewegte sich innerhalb eines gesellschaftlichen Klimas, das Migrant_innen und dabei insbesondere Muslime, als kulturell entgegengesetzt begreift und damit eine Fortschreibung des Rassismus auf der Ebene der Kulturalisierung betreibt. Dass sich der NSU in gesellschaftlichen Zusammenhängen bewegte, zeigen insbesondere Armin Nassehi und Lutz Hachmeister.

An die kurze Bestandsaufnahme zu Beginn schließen Beiträge zur Kontextualisierung der Ereignisse an. Das Besondere dabei ist, dass im Gegensatz zu den anderen erschienenen Publikationen eben nicht nur der Verfassungsschutz und Neonazikader im Mittelpunkt stehen. Andere Fragen und Reflexionen zu Gesellschaft und Politik scheinen hierbei mit auf, nicht nur, weil der Kreis der Sprecher_innen über die Politologen und investigativen Journalist_innen erweitert wird, sondern auch, weil mit den Beiträgen von Moritz Assal und Mathias Falter der Verfassungsschutz im Kontext politischer Praktiken und Ideologien, wie dem Extremismuskonzept, untersucht wird. So werden nicht einzelne Institutionen und Akteure, sondern politische Verhältnisse wieder zum Thema der Auseinandersetzung. Falk Neuberts nüchterne politische Chronologie Sachsens ist dabei eine harte Konfrontation mit den politischen Konstanten. Die beiden Beiträge zur bayerischen Asylbewerber_innenunterkunft Böbrach spannen die Kontextualisierung noch weiter auf, allerdings werden dabei die Gesamtzusammenhänge undeutlich.

Der dritte Abschnitt konzentriert sich auf die Diskursivierung des NSU in vier unterschiedlichen und ebenso spannenden Aspekten: Der Verknüpfung von Rechtsextremismus und Ostdeutschland, der Art und Weise, wie Rassismus thematisiert wird, der Konstruktion von Geschlecht in der hegemonialen Rezeption des NSU sowie einer kritischen Auseinandersetzung mit der Rolle von Journalist_innen und Medien während und nach der Morde.

Die thematisch fokussierten Texte werden mit vier übergreifenden reflexiven Beiträgen zu Bedeutung und Verschiebungen durch und seit dem NSU abgeschlossen. Insgesamt bleibt es jedoch bei einem Antasten der gesellschaftlichen Thematisierung, die Beiträge sind mitunter überraschend kurz, als wären sie Gedankenprotokolle der einzelnen Autor_innen zum NSU. Sie sind weniger distanzierte Abhandlungen, sondern vielmehr das Eröffnen einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung.

Wie Fabian Virchow in seinem Beitrag zur prismatischen Bedeutung des NSU anmerkt, handelt es sich um skizzenhafte Überlegungen zur Analyse des NSU und der deutschen Gesellschaft. Die Gründe dafür sind auch in der Zeit und den Entstehungsumständen des Sammelbandes zu sehen: Es handelt sich um das Folgeprojekt einer Ad-Hoc-Gruppe auf dem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2012. Der Band muss als erster Entwurf, als Beginn einer gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem NSU, verstanden werden. Einige der Analysen wirken daher auch im freien Raum stehend, manche Verbindungen fehlen, und die theoretische Basis ist mit der starken Bezugnahme auf kritische Theorie zu stringent

ausgefallen. So ist der Rekurs auf Elias Canettis Konzept der „Hetzmeute“ zwar in jedem Fall besser als die landläufige Figur des „Terror Trios“, jedoch ist es gerade für ein so komplexes Feld wie die gesellschaftstheoretische Analyse des NSU auch nur ein begrenzter analytischer Schritt. Entscheidend ist aber, dass sich angesichts der marginalen und oft einseitigen Auseinandersetzungen im Land des NSU entschlossen wurde, Ansätze, Ideen und erste analytische Überlegungen zu unternehmen, sich zu positionieren, Fragen aufzuwerfen und damit der Sprachlosigkeit entgegenzuwirken.

Imke Schmincke, Jasmin Siri (Hg.) 2013:

NSU-Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse.

Transcript Verlag, Bielefeld.

ISBN: 978-3-8376-2394-9.

224 Seiten. 22,99 Euro.

Zitathinweis: Lee Hielscher: Nicht aufhören zu fragen! Erschienen in: Antifa anders machen!. 37/2015, NSU - Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung. 61/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1289>. Abgerufen am: 12. 10. 2021 12:55.

Wie der Staat sich vor der Demokratie schützt



Maximilian Fuhrmann / Sarah Schulz

Strammstehen vor der Demokratie

Extremismuskonzept und Staatsschutz in der Bundesrepublik

Über das Konzept der wehrhaften Demokratie und seine historischen Entwicklungen – und die Frage: Wer schützt hier eigentlich was vor wem?

Rezensiert von [peps perdu](#)

Sarah Schulz und Maximilian Fuhrmann forschen und publizieren bereits längere Zeit zur „wehrhaften Demokratie“ und bieten mit dem vorliegenden Band eine grundlegende Annäherung an das Thema. Im ersten Teil widmet sich Sarah Schulz mit Blick auf die Weimarer Republik und den Nationalsozialismus der Entstehung der wehrhaften Demokratie und des Staatsschutzes, während im zweiten Teil Maximilian Fuhrmann das Extremismuskonzept als Erfindung der Extremismusforschung und seine Auswirkungen auf Demokratie-Förderprogramme untersucht. Die historische Herleitung und aktuelle Beispiele zeigen, dass Demokratieschutz in Deutschland vor allem bedeutet, den Staat vor seinen Bürger*innen zu schützen – und nicht umgekehrt, wie es der Mythos der wehrhaften Demokratie einem glaubhaft machen möchte.

Der Mythos der schwachen Republik

Die gängige Erzählung, dass die wehrhafte Demokratie der Bundesrepublik aus dem Scheitern der Weimarer Republik zu erklären sei, wird von Sarah Schulz dezidiert zurückgewiesen und auseinandergenommen. Mit Blick auf die Reichstagsbrandverordnung und das Ermächtigungsgesetz zeigt sie auf, dass die nationalsozialistische Machtübernahme von einer gesetzgebenden Weichenstellung geprägt war, die die Verfolgung politischer Gegner*innen, die Entmachtung des Parlaments und die Abschaffung politischer Grundrechte legitimierte. Schulz zieht die Schriften von Exilanten wie Ernst Fraenkel und Franz Neumann heran, um die gesellschaftlichen Voraussetzungen des Nationalsozialismus deutlich zu machen. Diese bestanden beispielsweise in der Begünstigung eines konservativen Justiz- und Beamtenapparats in der Weimarer Republik, der Pluralismus, Liberalismus und rationalem Recht schon damals skeptisch gegenüberstand.

Nach der deutschen Kapitulation 1945 gab es ein kurzes antifaschistisches Fenster, welches sich im Zuge des Bruchs der Anti-Hitler-Koalition und des anbahnenden Kalten Kriegs jedoch schnell wieder schloss. Statt antifaschistischer Aktionsausschüsse fanden viele ehemalige NS-Beamt*innen ihren Weg zurück in den Staatsdienst. In diesem Rahmen fand auch die diskursive Verschiebung des Blickes auf das Scheitern der Weimarer Republik statt. Statt der eher antifaschistischen Perspektive, dass großbürgerliche Kreise in Exekutive und Judikative mitverantwortlich waren für die Machtübernahme der Nazis, setzte sich die konservativ-liberale Erzählung durch, dass die vermeintlich „zu tolerante und nicht abwehrbereite Republik“ (S. 37) Schuld an ihrem eigenen Untergang war. Es galt, aus den vermeintlichen Lehren der Weimarer Republik zu lernen und die

Demokratie gegen die „Feinde der Demokratie“ zu schützen. Waren dies nach Kriegsende vor allem noch Nationalsozialist*innen, so bekam der Feindesblick ab 1949 eine klar antikommunistische Perspektive. Diese zeigte sich im Adenauer-Erlass 1950 und dem Radikalenerlass von 1972 ebenso wie in der Verankerung des „Demokratieschutzes“ in Grund- und Strafrecht, zum Beispiel im Tatbestand der Staatsgefährdung, der Grundrechteverwirkung (§18 GG), dem Parteienverbot (§21 GG) oder der Ewigkeitsklausel (§78 (3) GG). Die Grundlage der wehrhaften Demokratie ist nach Schulz „Staatsschutz im Straf- und Verfassungsrecht“ (S. 45).

Dies ging aber über tatsächlich illegale Handlungen hinaus. Das Verteilen von Flugblättern wurde illegal, wenn deren Inhalte aufgrund ihrer politischen Intention als illegitim angesehen wurden. Hier kam auch die freiheitlich-demokratische Grundordnung (fdGO) ins Spiel. Auch wenn diese im Grundgesetz nicht näher definiert ist, ermöglichte sie als Containerbegriff gegen die „Feinde der Demokratie“ vorgehen zu können. So war es beim KPD-Verbot 1956 eine maßgebliche Argumentation, dass die KPD eine vermeintlich taktische Perspektive auf die fdGO einnahm. Parteien sollen aktiv danach streben, die fdGO zu verwirklichen und ihr nicht einfach neutral gegenüberstehen. Mangelnde Begeisterung für die fdGO und eine linke Gesinnung konnten so schon, wie es dann später beim Radikalenerlass für viele spürbar wurde, zu Verfassungsfeindlichkeit werden:

„Über die Verfassungswidrigkeit kann nur das Bundesverfassungsgericht urteilen. Alles davor kann vonseiten der Ämter für Verfassungsschutz und der Innenministerien als verfassungsfeindlich eingeordnet und damit politisch delegitimiert werden.“ (S. 58)

Der Verfassungsschutz als Demokratieschützer

Maximilian Fuhrmann beschreibt anschließend die Entstehung, Entwicklung und Gefahr des Extremismusbegriffs. Anknüpfend an den ersten Teil lässt sich festhalten, dass es eine Entwicklung der Begriffspaare demokratisch versus totalitär hin zu demokratisch versus radikal hin zu demokratisch versus extremistisch gab. Dabei zeichnet sich der Extremismusbegriff vor allem durch seine Inhaltsleere aus, die die staatlich flankierte Extremismusforschung zu füllen versucht. Deren Vorreiter Uwe Backes und Eckhard Jesse sehen im Rahmen der Hufeisen-„theorie“ die größte Gefahr für die Demokratie in ihren vermeintlich rechten und linken Rändern. Bei den Publikationen der Bundeszentrale für politische Bildung sind die Erkenntnisse der Extremismusforschung dominant vertreten und zeigen ein Demokratieverständnis auf, welches Demokratie nur auf Grundlage der fdGO versteht.

Doch nicht nur hier zeigt sich eine gefährliche Nähe zwischen Forschung und Staat. Fuhrmann bebildert diese Verflechtung zwischen Staat und Extremismusforschung an zwei Personen, die für Sicherheitsbehörden arbeiten und in der Extremismusforschung publizieren, darunter Christian Menhorn. Dieser war als Geheimdienstmitarbeiter direkt in den NSU-Komplex involviert und auch Zeuge vor dem NSU-Untersuchungsausschuss, so dass eine objektive Sichtweise auf den Verfassungsschutz hier nicht gegeben sein kann.

Die Wirkung des Extremismuskonzepts und die Vorverlagerung des Demokratieschutzes auf die Zivilgesellschaft veranschaulichen die Autor*innen anhand staatlicher Demokratieförderprogramme. Wurde unter Kristina Schröder, die die „Extremismusklausel“ einführte, auch der Programmbereich Linksextremismus aufgenommen, so entwickelte dieser sich hin zu „linker Militanz“ und in der aktuellen Förderperiode zu „linkem Extremismus“. Was für Phänomene unter diesen Worthülsen gefasst werden, bleibt weiterhin unklar, aber die Hufeisentheorie der Extremismusforschung in der „Demokratieförderung“ bleibt gewahrt: Wer Förderprogramme gegen Rechtsextremismus auflegt, muss laut der Extremismusforschung auch „Linksextremismus“ und religiös motivierten Extremismus betrachten. Fuhrmann führt aus, dass sich einige Trägervereine in Reaktion auf die Demokratieerklärung aka „Extremismusklausel“ gegen eine Überwachung ihrer Programmpartner*innen, aber für die fdGO aussprechen – nicht

sehend, dass allein diese schon problematisch ist als Demokratiekonzept des Verfassungsschutzes, der sich staatlicher Kontrolle entzieht. So findet eine Verschiebung des Demokratieschutzes statt:

„Die Vorverlagerung des Demokratieschutzes funktioniert geräuschlos, indem selbst die politische Zivilgesellschaft kein Problem mit einem Bekenntnis zu einer Formel hat, die sich auch gegen die Zivilgesellschaft selbst richtet, sobald sie den staatlich verordneten Rahmen politischer Handlungsmöglichkeiten verlässt.“ (S. 109)

Der Anspruch des Buches, Antwort auf die Frage „Wer schützt eigentlich was vor wem?“ zu geben, wird detailliert erfüllt. Der historische Abriss mit klarer antifaschistischer Perspektive und Einbezug von Exilstimmen mit Blick auf den Mythos des Untergangs der Weimarer Republik fördert das Verständnis zur Entwicklung des Extremismuskonzepts und zeigt klare Kontinuitäten auf. Besonders hervorzuheben ist die Arbeit mit Quellen: So wird nicht nur auf wissenschaftliche Texte, sondern auch auf Bundestagsprotokolle und Politiker*innenreden Bezug genommen, um den jeweiligen Zeitgeist zu illustrieren. Als Theorie-Buch ist es in der Reihe „black books“ gut aufgehoben, zum Teil wäre es wünschenswert gewesen, politikwissenschaftliche oder juristische Fachbegriffe zu erklären und so zu einer höheren Verständlichkeit beizutragen.

So wichtig dieses Buch ist, um eine klare Kritik am vermeintlichen Demokratieschutz artikulieren zu können, so gering ist doch das Lesevergnügen durch den Satz der Bücher des Schmetterlings-Verlags. Der schmale Rand und die lange Seitengestaltung machen es schwer, Absätze zu fassen, gerade, wenn diese viele Jahreszahlen, Quellenangaben und Zitate enthalten.

Maximilian Fuhrmann / Sarah Schulz 2021:

Strammstehen vor der Demokratie. Extremismuskonzept und Staatsschutz in der Bundesrepublik. Schmetterling Verlag, Stuttgart.

ISBN: 3-89657-175-3.

136 Seiten. 12,80 Euro.

Zitathinweis: peps perdu: Wie der Staat sich vor der Demokratie schützt. Erschienen in: NSU - Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung. 61/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1708>.
Abgerufen am: 12. 10. 2021 12:55.

Der Sozialismus war keine Ökonomie



Christian von Hirschhausen

Vom sozialistischen VEB zum kapitalistischen Unternehmen
Eine Analyse der Industriereformen in Osteuropa (1989-1994)

Eine Analyse, wie die Produktion im ehemaligen Ostblock organisiert war und wie sie nach dessen Zusammenbruch umgestaltet wurde.

Rezensiert von [Janusz Meyerhold](#)

Bekanntlich fantasierte Helmut Kohl zu Beginn der 1990er Jahre im Einklang mit seinen osteuropäischen Amtskollegen von „blühenden Landschaften“. Doch der immense Produktionseinbruch und die galoppierenden Arbeitslosenzahlen überführten den anfänglichen Optimismus, die Nachfolgestaaten des Ostblocks würden sich quasi-instantan in marktwirtschaftliche Demokratien verwandeln, rasch der Illusion. Will man diese Ereignisse nicht bloß mit der Feststellung quittieren, dass die damaligen Akteure aus ideologischer Verblendung oder Zynismus die Lage falsch eingeschätzt haben (auch wenn beides zweifelsfrei zutrifft), stellen sich eine Reihe von Fragen: Mit was für Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsformen hatte man es damals im ehemaligen Ostblock zu tun? Handelte es sich, wie viele Ökonom:innen und Politikwissenschaftler:innen behaupteten, um Transformationsgesellschaften bzw. Transformationsökonomien? Ist also der auch heute noch in der Politikwissenschaft notorische Begriff vom Übergang angemessen, um zu beschreiben was sich in Osteuropa zugetragen hat? Handelte es sich um einen Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft, vom Einparteien- zum Mehrparteiensystem und also um eine ökonomische wie politische Transformationskrise?

Vom Postsozialismus zum Sozialismus – und zurück: Bruch statt Kontinuität

Diesen Fragen widmet sich Christian von Hirschhausens 1996 in Frankreich veröffentlichte Studie „Du combinat socialiste à l'entreprise capitaliste“, die nun auch auf Deutsch vorliegt. Der Autor geht darin zunächst einen Schritt zurück, indem er grundlegender fragt: Was ist mit dem Zusammenbruch des Sozialismus eigentlich zusammengebrochen? Denn, so die einfache wie bestechende Annahme des Buchs: Wer nicht versteht, was der Sozialismus war, versteht auch nicht, was auf ihn folgt. Positiv heißt das umgekehrt: Erst wenn man den Sozialismus versteht, kann man verstehen, was Postsozialismus heißt und wie sich beide zueinander verhalten. Das grundlegende Missverständnis, dem die Wirtschaftsreformer:innen und Ökonom:innen jener Jahre aufsaßen, sieht von Hirschhausen in ihrer Grundannahme, dass es sich beim Verhältnis von Sozialismus und Postsozialismus, um einen kontinuierlichen Übergang zwischen zwei *Wirtschaftsformen* handelt: Planwirtschaft auf der einen und Marktwirtschaft auf der anderen Seite. Dementgegen geht der Autor davon aus, dass Sozialismus und Postsozialismus ein irreversibler Bruch trennt. Was diesen Bruch kennzeichnet, ist erstens der Kollaps der sozialistischen Staatsform, die Hirschhausen als Partei-Staat charakterisiert. Das zweite Merkmal, das der Autor nennt, ist demgegenüber weitaus schwerwiegender: Was den Postsozialismus vom Sozialismus grundlegend unterscheidet, ist die Tatsache, dass er überhaupt ökonomisch verfasst ist. Was im Umkehrschluss heißt: der Sozialismus war keine (Plan-)Wirtschaft. Diese These besagt im Kern, dass sich der Sozialismus nicht über ökonomische Kategorien erfassen lässt, weil es keine eigenständige gesellschaftliche Sphäre gibt, in

der die Akteure ihre Entscheidungen anhand von Kriterien treffen, die als wirtschaftlich bestimmt werden können. So irritierend diese These zunächst scheinen mag, gewinnt sie an Klarheit, sobald man sich verdeutlicht, dass man von Ökonomie, nach Hirschhausen, nur dann sprechen kann, wenn sie einer vom Staat getrennten und unabhängigen Eigenlogik folgt: Anders als die (öffentlichen oder privaten) Unternehmen im Kapitalismus fällt die Rationalität der Produktion im Sozialismus mit der des Staates zusammen.

Der Sozialismus: Suspendiertes Wertgesetz, Partei-Staat und VEB

Die beiden Hauptthesen des Buches „Der Sozialismus war keine Ökonomie“ und „Zwischen Sozialismus und Postsozialismus besteht ein radikaler Bruch“ werden in zwei Teilen entfaltet. Schrittweise spezifiziert Hirschhausen das Hauptargument des ersten Teils: Der Sozialismus war keine Ökonomie, weil es ihm gelungen ist, das Geld, im Sinne eines allgemeinen Äquivalents, abzuschaffen. Die im Geld als allgemeinem Äquivalent vereinten Geldfunktionen wurden im Sozialismus in drei getrennte und nicht ineinander überführbare Geldkreisläufe aufgebrochen. Durch eine solche Aufspaltung der Geldfunktionen geht der Sozialismus dem Entscheidungskriterium verlustig, das die Ökonomie im Kapitalismus als solche kennzeichnet. Kurz: der Sozialismus war nicht-ökonomisch, weil er nicht-monetär war.

Diese These erhöht natürlich die Beweislast des Buchs: Wenn sich die sozialistische Produktion nicht durch ökonomische Kategorien erfassen lässt, wie lässt sie sich dann positiv beschreiben? Diese Frage führt den Autor zum Kernstück des ersten Teils: Die sozialistische Produktionsorganisation lässt sich nur auf Ebene der Volkseigenen Betriebe (VEB), als deren elementare Produktionseinheiten, erfassen. Auf Grundlage eines umfangreichen empirischen Materials zeigt Hirschhausen, dass die VEB als „Stücke“ des Partei-Staats aufzufassen sind, in denen dessen grundlegende Polyfunktionalität zum Tragen kommt. Polyfunktionalität ist das, was im Sozialismus die Ökonomie ersetzt: Ein sozialistischer Betrieb verfolgt, anders als ein kapitalistisches Unternehmen, immer zugleich drei Ziele, die einander prinzipiell gleichwertig sind: die Gewährleistung und Sicherung der Produktion, der Sozialleistung und der (sozialen und politischen) Kontrolle. Konkret bedeutet das, dass die VEB, anders als die (privaten wie öffentlichen) Unternehmen im Kapitalismus nicht ausschließlich der Produktion dienen: So befanden sich etwa in den sozialistischen Eisenhüttenbetrieben neben Stahl- und Walzwerk genauso Kindergärten, Kultur- und Krankenhäuser sowie Gefängnisse und Institutionen von Partei, Militär und Polizei. All diese Einrichtungen wurden vom VEB gleichermaßen erhalten und vermeintlich unökonomische Entscheidungen wie die Bevorzugung sozialer Einrichtungen gegenüber der Produktion werden, so der Autor, erst verständlich, wenn wir sie nicht ausgehend von einer (als ineffizient erachteten) Ökonomie, sondern von dieser polyfunktionalen Struktur her verstehen.

Der Postsozialismus: Einführung des allgemeinen Äquivalents, Kollaps des Partei-Staats und Ex-VEB

Darauf aufbauend entwickelt der zweite Teil des Buchs die These vom irreversiblen Bruch zwischen Sozialismus und Postsozialismus. Weil es im Sozialismus keine Ökonomie gibt und die VEB keine Unternehmen sind, kann es nicht um den Übergang von einer Wirtschaftsform zur anderen gehen. Der Postsozialismus stellt einen gewaltsamen Bruch dar, der erst erschaffen muss, was gemeinhin als gegeben vorausgesetzt wird: Unternehmen. Damit wird die gängige Perspektive auf diesen Prozess grundlegend verrückt: Die Unternehmen können nicht saniert werden, weil es schlicht und ergreifend keine gibt. Der Bruch vollzieht sich genauer in zwei miteinander verzahnten Prozessen: Im Zuge der Monetarisierung als Einführung des Geldes als eines allgemeinen Äquivalents wird der VEB zum Ex-VEB. Damit wird zugleich die sozialistische Form des Partei-Staats hinfällig: Der nunmehr entstandene Staat bestimmt nicht länger über die

Produktion, sondern schafft die Bedingungen für eine von ihm getrennte Sphäre der Ökonomie. Der Staat ist also alles andere als unbeteiligt an dem Prozess, in dem aus den VEB Ex-VEB werden. Die Polyfunktionalität, der VEB wird auseinandergebrochen, ohne dass aus ihnen dadurch schon kapitalistische Unternehmen würden. Erst in einem zweiten Prozess, dem der Kapitalisierung, wird den Bestandteilen des VEB ein juristischer Eigentumsstatus verliehen (öffentlich oder privat) und schließlich nach Eruiierung ihrer Rentabilität aus ihnen neue Unternehmen erzeugt. Der ehemals sozialistische VEB wird so zum kapitalistischen Unternehmen.

Anderswo und anders suchen: Kritik, Ausblick und Konsequenzen

Das von den Herausgebern auf die Innenseite des Buchumschlags abgedruckte Zitat des französischen Anthropologen und politischen Aktivisten Sylvain Lazarus liest sich nach beendeter Lektüre zugleich wie ein Kondensat seiner Hauptthesen und als programmatischer Aufruf zu einer noch ausstehenden Aufgabe: „Wenn es im Sozialismus keine Ökonomie gibt, kann man die sozialistische Ökonomie nicht für den Zusammenbruch des Sozialismus verantwortlich machen. Es gilt anderswo und anders zu suchen.“ Wie marxistisch geschulten Leser:innen aufgefallen sein wird, sind die Implikationen von Hirschhausens Studie gravierend. Nimmt man seine Thesen ernst, so folgt daraus: Erstens reicht es nicht aus, den Zusammenbruch des Ostblocks unter Verweis auf die Wirtschaftskrise der 1980er Jahre erklären zu wollen. Mit Hirschhausen muss gefolgert werden: Weil der Sozialismus nicht-ökonomisch ist, ist sein Zusammenbruch nicht ökonomisch, sondern politisch. Zweitens stellt das Buch eine Grundannahme des Marxismus infrage, nach der die Abschaffung des Wertgesetzes auf kurz oder lang zum Absterben des Staates führt. Hirschhausens Begriff vom Partei-Staat soll demgegenüber zeigen, dass die Abschaffung der Ökonomie den Staat in seiner Verfasstheit grundlegend verändert und dabei eher stärkt als schwächt.

So Streitbar und kontrovers die Thesen des Buchs und genannte Konsequenzen im Einzelnen auch sein mögen, so lohnt seine Lektüre schon seiner Materialfülle wegen: neben zwei Detailstudien zur Produktion in den sozialistischen Betrieben finden sich ausführliche Falluntersuchungen und eine Vielzahl von Querschnittsanalysen, die den Wandel nach dem Zusammenbruch des Sozialismus eindrücklich beschreiben. Erwähnt werden muss abschließend auch das aktuelle Nachwort des französischen Wirtschaftswissenschaftlers Pierre-Noël Giraud, der der gegenwärtig sehr wichtigen Frage nachgeht, wie die Entwicklung und Situation Chinas vor dem Hintergrund von Hirschhausens Überlegungen zu bewerten sind.

Christian von Hirschhausen 2020:

Vom sozialistischen VEB zum kapitalistischen Unternehmen. Eine Analyse der Industriereformen in Osteuropa (1989-1994). Übersetzt von: Jan Philipp Weise.

Neue Deutsch-Französische Jahrbücher, Frankfurt a.M..

ISBN: 978-3-949153-00-6.

352 Seiten. 35,00 Euro.

Zitathinweis: Janusz Meyerhold: Der Sozialismus war keine Ökonomie. Erschienen in: NSU - Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung. 61/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1709>.

Abgerufen am: 12. 10. 2021 12:55.

Die Solidarität des Lebens einklagen



Bündnis Marxismus und Tierbefreiung

Das Fleischkapital

Zur Ausbeutung von Arbeitern, Natur und Tieren

Eine Zeitung versucht, mit marxistischer Analyse der Fleischindustrie und ihrer Politik entgegenzutreten.

Rezensiert von [Johanna Bröse](#)

„Fangen wir mit dem Tagesordnungspunkt 1 an. Das ist die Situation der ausländischen Werksarbeiternehmer. Ich möchte jetzt von vornherein um eins bitten [...]: Es ist nicht unsere Aufgabe, einen Unternehmer zu kritisieren, der diese Werksarbeiternehmer beschäftigt, das ist nicht die Aufgabe des Integrationsrats“.

Es tritt auf: Der Integrationsrat der Stadt Rheda-Wiedenbrück im sogenannten Schweinegürtel, in dem seit Jahren die katastrophale Lage der Arbeiter:innen in den Fleischkonzernen – „Wegwerfmenschen‘ für das Kapital“ (S. 4) – bekannt ist. Eine anwesende Arbeitsrechtaktivistin darf einige Worte an den Rat richten. Es sei „gerade die Wohnsituation, die uns sehr beschäftigt und ich denke schon, dass es auf Gesetzeswegen Möglichkeiten gibt, zu unterbinden, dass Menschen hier wie Schweine leben müssen.“ Aus dem Integrationsrat heraus spricht eine uninteressierte Stimme: „Können Sie Beispiele nennen?“. Gleich darauf scheint die Lösung auf: „Wir müssen vielleicht auch mal wieder für ein Stück Fleisch ein bisschen mehr Geld bezahlen, das ist also ein gesellschaftliches Problem. Die Gesellschaft muss den Wandel erfahren, dann zieht die Politik schon nach.“ Kein Wort mehr über die kapitalistische Verwertungs- und Ausbeutungslogik der Fleischunternehmen. Abgang Integrationsrat.

Im Dokumentarfilm „Regeln am Band, bei hoher Geschwindigkeit“ der Regisseurin Yulia Lokshina treffen episches Theater und ungeschönter Alltag aufeinander; in Regionen wie dem Schweinegürtel, in denen die großen Fleischkonzerne wie Tönnies massiven Einfluss auf Alltagsleben und Politik haben. Lokshina verwebt den die brutalen Arbeitsbedingungen von Werkvertragsarbeiter:innen in der Schlachtfabrik mit den Proben eines Schüler:innentheaters zum Brecht'schen Drama „Die Heilige Johanna der Schlachthöfe“. Sie erschafft damit eine eindrückliche – und hintergründig marxistische – Studie der Lebenswelt ihrer Protagonist:innen, in der das Grauen der global agierenden Fleischfabriken für Mensch wie Tier, die allumfassende Einflussnahme der Fleischkonzerne auf Alltag und Leben und die Möglichkeiten des Aufbegehrens aufblitzen.

Übersetzt für Kommunist:innen könnten wir hier auch von Imperialismus, Hegemonie und Klassenkampf sprechen. Das macht zumindest das Bündnis Marxismus und Tierbefreiung, das im Frühjahr 2021 eine Zeitung mit dem Titel „Das Fleischkapital“ veröffentlicht hat. Der Redaktion geht es darum, eine kritische, marxistische Analysen der Fleischindustrie und ihrer Politik sowie der Bedingungen des Widerstands gegen sie bereitzustellen.

Gemeinsame Gegner

Seit Anfang 2021 verbietet das Arbeitsschutzkontrollgesetz (ASKG) Werkverträge und Leiharbeit

beim Schlachten und Zerhacken. Im Beitrag von Christin Bernhold und John Lütten bezweifeln die Autor:innen allerdings, dass diese Neuregelungen „die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit in der Fleischindustrie grundlegend verändern“ (S. 4). Tönnies-Sprecher Vielstädte sieht das in einem Beitrag des *Deutschlandfunk* ähnlich. Auf die Frage, ob sich die Situation für die osteuropäischen Arbeiter:innen etwas ändere, wenn sie nun von Tönnies direkt, und nicht mehr über Subunternehmen eingestellt würden, antwortet er: „Nein, das nicht. Die Veränderung für die Mitarbeiter ist der Briefkopf auf dem Abrechnungsbogen.“

Das deutsche Fleischkapital profitiert insbesondere von internationalen Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnissen. Vor allem die herrschenden Klassen der imperialistischen Zentren sind die Gewinnerinnen der globalen Kapitalakkumulation und -verteilung. Die ausbeuterischen Verhältnisse, das macht Stefanie aus der Zeitungs-Redaktion in einem gemeinsamen Gespräch für das *re:volt magazine* deutlich, werden durch die kapitalistische Produktionsweise nicht „zufällig, sondern systematisch“ hervorgebracht:

„wenn PHW und Co. (Große Player im Fleischbusiness, Anm. JB) in dem osteuropäischen Land investieren, dann findet dort nicht nur die Ausbeutung von Arbeitern und Tieren unter dem Kommando deutscher Kapitalisten statt, sondern die Profite, die damit gemacht werden, landen auch in hiesigen Unternehmenszentralen – bei den Profiteuren in den imperialistischen Zentren.“ (Bröse 2021)

Im Kapitel „Superspreader Fleischkapital“ werden Entstehungszusammenhänge von Pandemien, etwa der aktuellen Covid-19, von Christin Bernhold und Christian Stache als Teil des „übergreifenden Problems der ökologischen Zerstörung durch den Kapitalismus“ dargestellt. Die beiden machen aber auch deutlich, dass die Störungen im normalen kapitalistischen Betriebsablauf oligopoler Fleischfabriken kein grundlegendes Umdenken befördern – im Gegenteil: Seuchen und Infektionskrankheiten „[...] die Märkte“ (S. 17), auch wenn kurzfristig an einigen Stellen Umsatzeinbußen kompensiert werden müssen. Das Sichtbarwerden der desaströsen Zustände führt also nicht zwangsläufig zu Verbesserungen, sondern kann im Sinne der Unternehmer der Sättigung des hiesigen Fleischmarktes entgegenwirken. In Brechts „Die heilige Johanna der Schlachthöfe“ erklärt der Fleischfabrikant Cridle seinem bankrotten Kollegen:

*Jetzt bist du aus, und ich sperr zu und warte
Bis sich der Markt erholt. Ich wasche meine Höfe
Und öl die Messer durch und stell mir einige
Von diesen neuen Packmaschinen auf, mit denen man
Ein hübsches Sümmchen Arbeitslohn einspart.
's gibt da ein neues System. Höchst listig ist's. [...] Das Schwein
Schlachtet sich selbst. Und macht sich selbst zur Wurst.“ (Brecht 1955, S. 169)*

„Wofür muss der Staat sorgen für die Reichen?“ fragt der Theaterpädagoge in Lokshinas Film – und bekommt von den marxistisch völlig unbedarften Jugendlichen die Antwort „...damit die Reichen die Armen ausbeuten können“. Im besten Fall springt der Staat nämlich für entgangenen Profit ein, etwa mit Lohnkostenerstattung. Wie bei Tönnies, als 2020 für mehrere Wochen die Produktion in einigen Werken stillstehen musste, weil sich über 2.000 der dort Beschäftigten mit Covid-19 infiziert hatten. Die Autor:innen sagen diesen großen Superspreadern den Kampf an: Sie sollen „einer Konversion unterzogen und demokratischer Kontrolle unterstellt“ (S. 17) werden.

Der Kraftriegel der Arbeiter:innenklasse

Man fragt sich anhand dieser Verhältnisse: Warum reicht das Wissen um die skandalösen Zustände in den Fleischfabriken nicht aus, um dagegen breiteren Widerstand zu organisieren? Mit Rückgriff auf Gramsci führt Christian Stache den Begriff „Fleischhegemonie“ (S. 8) ein, der die erfolgreiche Organisation der Macht in der kapitalistischen Fleischproduktion beschreibt. Im Gespräch mit

Stefanie und Daniel wird nochmals deutlich, wie tiefgreifend die politisch-gesellschaftlichen Lebensweisen davon beeinflusst werden:

„zum Inventar der Fleischhegemonie [gehört] eine ganze Reihe an, wie wir sagen würden, spezieistischen Ideologien, also Denkformen und Diskursstrategien, mit denen die Überausbeutung von und die Herrschaft über Tiere direkt oder mittelbar gerechtfertigt und verschleiert wird.“ (Bröse 2021)

Tierbefreiung ist indes nicht nur Veganismus und sollte deshalb nicht gleich „reflexartig die marxistische Kritik individualistischen Handelns“ (S. 13) hervorrufen. Die Broschüre wendet sich damit auch insbesondere an klassische Linke, die beim Thema Tierbefreiung sofort anfangen, von der leckeren Salamiwurst beim Frühstück zu schwärmen oder pauschal eine fleischlose Ernährung als Hipster-Luxus abtun. Die Kritik der karnivoren Lebensweise ist Teil, aber nicht Ziel von revolutionärer empathischer Praxis. Grundlegend geht es um die Überwindung der ausbeuterischen Klassenverhältnisse.

Produktions- und Eigentumsverhältnisse angreifen!

Im Gespräch mit den Herausgeber:innen der Broschüre machen diese auf eine wichtige Unterscheidung aufmerksam: „Es sind eben nicht „die Menschen“, die industriell organisierte Tiertötungen in Auftrag geben, sondern „die Teile der Bourgeoisie, die damit Profite erwirtschaften – das Fleischkapital.“ Damit üben sie auch Kritik an den eigenen Reihen: „Die Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung muss darum auch aufhören, die Arbeiter der Industrie für die Situation der Tiere verantwortlich zu machen.“ (Bröse 2021).

Die Broschüre wendet sich damit gegen ein Verständnis von bürgerlichem, moralisierenden Tierschutz, das den Kampf um ein Ende der Unterdrückung der beherrschten Klassen und der Tiere nicht voranbringt. Die Tierrechtsgruppe Zürich macht dies in einem Artikel über die anstehende liberale Volksabstimmung zum Thema Massentierhaltung in der Schweiz deutlich. Vielmehr müsse eine Strategie entwickelt werden, eine „revolutionäre Realpolitik“, welche die Debatten um die Reform der Massentierhaltung „über die Grenzen des Tierschutzdiskurses hinaustreibt“ (S. 19) – hin zu einer klassenkämpferischen Umwälzung der Gesellschaft.

Solidarisch knüpft das Bündnis MuTB an den Aktionen des Offenen Antikapitalistischen Klimatreffen München (OAKM) an. Ein informatives Interview mit den Umweltaktivist:innen zeigt: Klimaaktivismus geht über Fridays for Future hinaus – „echten Klimaschutz können wir nur gegen die heutigen Vertreter der staatlichen Politik durchsetzen“ (S. 22). Das OAKM formuliert für ihre politische Arbeit zwei wichtige Punkte: Es geht um „den Kampf um Veränderungen in der Produktion“ und um den „Standpunkt der lohnabhängigen Klasse“. Es geht also nicht nur um die Wurst. Es geht um Klassenkampf, den die Arbeiter:innen und die Klimabewegung gemeinsam führen müssen.

Kunst und Widerstand

Blick in Kunst und Kultur – was kann weg (Spoiler: ganz schön viel!) und wohin müsste es gehen? Der Titel des Beitrags von Moshe Zuckermann ist ein Hinweis. „Tiefste Menschlichkeit“, aber am besten in revolutionären Zeiten. Zuckermann zieht Verbindungslinien von Wladimir Majakowskis „Ode an die Revolution“ von 1918 über die Rezeption von Rosa Luxemburgs zärtlichem Verhältnis zu Tieren bis ins Heute. Auch bei Susann Witt-Stahls ideologiekritischem und brachialem Beitrag geht es um die Überwindung von „Elend und Grauen“ (S. 29) der kapitalistischen Gewaltherrschaft durch authentische Kunst, revolutionäre Gegenkultur und historisch-materialistische Ästhetik (etwa am Beispiel der Schlachthof-Bilder des kommunistischen Künstlers Alfred Hrdlicka). „Die Kunst steht gegen die Geschichte, leistet ihr Widerstand, einer Geschichte, welche stets die der Unterdrückung gewesen ist“ (S. 28) wird Herbert Marcuse zitiert. Auf den Folgeseiten werden

Literatur, Film und Musik vorgestellt, die dieser Stoßrichtung folgen, etwa der Roman „Wie die Schweine“ der argentinischen Autorin Agustina Bazterrica oder MC Albinos Album „Boom Rap. Revolution“.

Mit der Zeitung wird dem Unterfangen, eine befreite Gesellschaft zu erkämpfen und „die Solidarität des Lebens einzuklagen“ (S. 29) auf vielfältigen Ebenen zugearbeitet. Einige wenige Wermutstropfen: Die Zugänglichkeit der Zeitung, die sich, trotz Bemühungen um Dichte und Verständlichkeit, eher in den marxistisch geschulten Studierstuben als im betrieblichen Pausenraum lesen lässt – und das etwas überdimensionierte Abarbeiten an allen anderen Gruppen oder Positionen, die nicht zielführend bis reaktionär sind, anstatt noch mehr konkrete Optionen für Aufbau einer gemeinsamen Bewegung darzulegen.

Zusätzlich verwendete Quellen:

Bertolt Brecht (1955). Heilige Johanna der Schlachthöfe. In: Stücke 1. Aufbau Verlag mit Genehmigung des Suhrkamp Verlags, Frankfurt a. M.

Johanna Bröse (2021). „Klassenkampf und Tierbefreiung haben objektiv denselben Gegner: das Kapital“. Interview mit dem Bündnis „Marxismus und Tierbefreiung“, re:volt magazine, 11.10.2021.

Yulia Lokshina (2020). Regeln am Band, bei hoher Geschwindigkeit. Dokumentarfilm, 90 min. Vertrieb bei jipfilm.

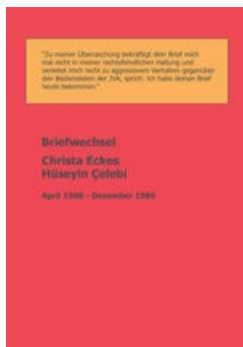
Deutschlandfunk (2020). Wie bei der Mafia. Pfarrer Kossen kämpft gegen die Fleischindustrie. Beitrag vom 11.11.2020.

Die Zeitung "Das Fleischkapital" kann [hier](#) bestellt werden.

Bündnis Marxismus und Tierbefreiung 2021:
Das Fleischkapital. Zur Ausbeutung von Arbeitern, Natur und Tieren.
Selbstverlag.
32 Seiten. 1,00 Euro.

Zitathinweis: Johanna Bröse: Die Solidarität des Lebens einklagen. Erschienen in: NSU - Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung. 61/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1710>. Abgerufen am: 12. 10. 2021 12:55.

Der Repression zum Trotz



Gisela Dutzi (Hrsg.)

Briefwechsel Christa Eckes und Hüseyin Çelebi

April 1988 - Dezember 1989

Zwei politische Gefangene, eine Aktivistin der RAF und einer der kurdischen Freiheitsbewegung, schreiben sich Briefe aus dem Gefängnis.

Rezensiert von [Kerem Schamberger](#)

Beim Gedanken, Briefe zweier Menschen zu lesen, die sie sich vor mehr als 30 Jahren im Gefängnis geschrieben haben, lohnt es sich, zunächst danach zu fragen, um wen es sich da eigentlich handelt, bevor die Lektüre desinteressiert verworfen wird. Der Verlag edition cimarron veröffentlichte dieses Jahr den Briefwechsel zwischen Christa Eckes und Hüseyin Çelebi. Erstere saß wegen ihrer Aktivitäten für die RAF im Gefängnis, zweiterer wegen seines Engagements in der kurdischen Freiheitsbewegung.

Ein Leben für die kurdische Befreiungsbewegung

Während mich mit Eckes politischer Tradition weniger verbindet, ist es bei Çelebi umso mehr. Auch wenn er selber an der Gründung nicht beteiligt war, ist er einer der zentralen Figuren des Verbandes der Studierenden aus Kurdistan (YXK – Yekîtiya Xwendekarên Kurdistan). Seit genau 30 Jahren setzt sich der Verband für kurdische Belange ein, organisiert Seminare, Delegationen und eine Literaturpreisveranstaltung, benannt nach Hüseyin Çelebi. Dieser starb im Oktober 1992 als Kämpfer der Freiheitsbewegung in Südkurdistan. Doch zuvor war der in Hamburg geborene Sohn eines kurdischen Vaters und einer türkischen Mutter in Deutschland aktiv. Zuerst in der Sozialistischen deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), später in der kurdischen Bewegung. In der Redaktion des Kurdistan Reports schlug er sich Nächte um den Kopf, um über die Gräueltaten der Türkei zu berichten. Jahrzehnte später hatte ich – selbst im YXK aktiv – Gelegenheit, seinen in Nürnberg lebenden Vater Rifat im Zuge der Preisverleihung kennenzulernen. Auf der Fahrt dorthin saß er zwischen uns; seine Augen strahlten Trauer und Stolz zugleich aus. Wie schön wäre es gewesen, wenn Hüseyin auch zwischen uns gesessen hätte.

Ein politischer Briefwechsel

Im Februar 1988 wurde Çelebi im Vorfeld des sogenannten Düsseldorfer Prozesses festgenommen. Insgesamt wurden 20 kurdische AktivistInnen inhaftiert. Ihnen sollte wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ der Prozess gemacht werden. In enger Abstimmung mit dem NATO-Partner Türkei begann die Bundesrepublik Deutschland so mit der Verfolgung der kurdischen Freiheitsbewegung, die am 27. November 1993 im Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans kulminierten und seitdem eine Atmosphäre der Einschüchterung und Repression gegen alle KurdInnen in diesem Land schuf. Çelebi selbst saß zwei Jahre ein. Aus dieser Zeit stammt der Briefverkehr mit Christa Eckes, die insgesamt 15 Jahre in Haft war und 2012 viel zu früh an Leukämie gestorben ist.

Aus Eckes Nachlass stammen die Briefe, die eindruckliche Einblicke in den Knastalltag politischer Gefangener und in die Schikanen der bundesrepublikanischen Behörden liefern. Man fühlt sich

beim Lesen selbst wie im Gefängnis – umgeben von Mauern, Wachmannschaften und Gitterstäben. Und trotzdem ist eine gewisse Freiheit spürbar, wenn man die sich entwickelnde Freundschaft zwischen den beiden verfolgt. Sie zeigen ihre internationale Solidarität, wenn es um palästinensische, tamilische oder irische Revolutionäre geht, die ebenfalls in Gefangenschaft sind. Und sie geben Einblick in ihre Gefühlswelt. Sie schreiben sich Gedichte und Liedtexte. Als Hüseyin nach Monaten der Isolation am 24. Oktober 1989 das erste Mal in dem für 8,5 Millionen D-Mark extra errichteten Gerichtssaal seine FreundInnen wiedertrifft, schreibt er: „Ich war sehnsuchtschwanger und hatte einen Heißhunger auf meine Genossinnen und Genossen.“ (S. 155) Unter ihnen befanden sich auch so bekannte Figuren wie die PKK-Gründungsmitglieder Ali Haydar Kaytan und Duran Kalkan, die noch heute in den Bergen Kurdistans kämpfen.

Reich an Themen

Lehrreich ist, wie die beiden über den Mord am schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme 1986 diskutieren, der der PKK in die Schuhe geschoben wurde und ihr Verbot vorbereiten sollte. 2020 stellten Ermittler final fest, dass der Täter aller Wahrscheinlichkeit nach ein Rechter war, der mittlerweile verstorben ist. Der Vorwurf haftete der PKK jedoch lange an, auch wenn die Süddeutsche Zeitung bereits an Weihnachten 1988 schrieb, dass es sich beim Palme-Attentäter um einen schwedischen Einzelgänger handelte.

Der Briefwechsel enthält mehr Stränge, als hier dargestellt werden können. Mal erklärt Çelebi, wie man das Kurdische vom Türkischen unterscheidet; mal geht es um das Ezidentum, von ihm als die „Ur-Kurden“ bezeichnet, und wie diese Religionsgemeinschaft verfolgt wird. Und immer wieder geht es um die politische Aktion des Hungerstreiks in der Türkei und Deutschland. Für Eckes stellt der Düsseldorfer Prozess

„ein pilotverfahren [dar], mit dem die kriminalisierung und verfolgung von revolutionären befreiungsbewegungen von hier aus auf einer neuen ebene eröffnet werden soll. als erstes gegen die kurdischen revolutionäre, dann gegen die palästinensischen und potentiell gegen jede bewegung, die einen brennpunkt des revolutionären kampfs gegen die imperialistische herrschaft darstellt.“ (S. 101)

Wie recht sie hatte.

Situation von Kurd*innen in Deutschland

Besonders erschreckend sind die Parallelen zur aktuellen Verfolgung von KurdInnen in der Bundesrepublik. Hüseyin berichtet von Irmgard Adam-Schwaetzer (FDP, heute nur noch Schwaetzer), der damaligen Staatsministerin im Auswärtigen Amt: Nur wenige Jahre nach dem faschistischen Militärputsch 1980 behauptete sie, es gebe in der Türkei keine systematische Folter. Das erinnert doch stark an die erst kürzlich öffentlich gewordene Position des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, dass „die Volksgruppe der Kurden in der Türkei keinen landesweiten staatlichen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt ist.“ Damit begründet der Staat derzeit den Abschiebebescheid zweier kurdisch-alevitischen AkademikerInnen, die in der Türkei zu jeweils mehr als sechs Jahren Haft verurteilt wurden.

Das Buch sei LeserInnen in vielerlei Hinsicht empfohlen. Der Briefwechsel bietet persönliche Einblicke in die Freundschaft zweier politischer Gefangener und die Verfolgung von Menschen in der kurdischen Freiheitbewegung. Begleitet ist der Briefwechsel von einer Chronologie der 1980er Jahre, einer Zeittafel des Düsseldorfer Prozesses und vielen Bildern, was die bereits lang anhaltende Repression gegen KurdInnen veranschaulicht. Es kontextualisiert zudem den speziellen Briefwechsel und ordnet die Briefe in ihrer Bedeutung ein: Als zeithistorische Dokumente, die nun der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden.

Gisela Dutzi (Hrsg.) 2021:
Briefwechsel Christa Eckes und Hüseyin Çelebi. April 1988 - Dezember 1989.
Edition Cimarron, Brüssel.
ISBN: 978-2-931138-01-4.
202 Seiten. 12,00 Euro.

Zitathinweis: Kerem Schamberger: Der Repression zum Trotze. Erschienen in: NSU - Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung. 61/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1715>. Abgerufen am: 12. 10. 2021 12:55.

Faschistische Philosophie



Emanuel Kapfinger
Die Faschisierung des Subjekts
Zu Heideggers Philosophie des Todes

Entgegen immer wiederkehrender Argumentationen lässt sich das philosophische Werk Heideggers nicht von dessen Person und politischem Wirken trennen.

Rezensiert von [Sibylle Barnieck](#)

In der heutigen Debatte um Faschismus und autoritäre Subjekte darf der Blick auf den Philosophen Martin Heidegger nicht fehlen. In „Die Faschisierung des Subjekts“ wird nicht allein Heideggers nationalsozialistisch ausgerichtete politische Haltung untersucht, Emanuel Kapfinger will darüber hinaus darlegen, dass Heideggers Philosophie an sich einem faschistischen Ideologiemodell gehorcht und deshalb selbst eine Form faschistischer Theorie darstellt. Kapfinger argumentiert damit gegen eine gängige Separierung zwischen dem politischen Wirken und den theoretischen Schriften des Philosophen.

Insbesondere unter Bezugnahme auf sein zentrales Werk „Sein und Zeit“ nimmt Kapfinger Heideggers Philosophie in einem ihrer wichtigsten Elemente auseinander: der vorlaufenden Entschlossenheit zum Tode. Mit der vorlaufenden Entschlossenheit zum Tode ist gemeint, dass das heideggersche Subjekt (Dasein) sich selbst noch im Leben vergegenwärtigt, dass seine eigene Existenz auf den Tod zuläuft, den es zum einen niemals umgehen und den es zum anderen nicht an jemand anderen abtreten kann; der Tod kann nicht stellvertretend von anderen Gesellschaftsmitgliedern, dem Man, für den/die Einzelne(n) gestorben werden. Durch diese reflexive Konzentration auf den Tod als den nur je eigenen, ergibt sich zunächst im Subjekt auch der Wunsch nach einer *eigentlichen*, einer selbst gewählten Lebensweise, die nicht durch die Gesellschaft in Form des Mans vorgegeben wurde. Sobald eine Person begreift – so Heideggers Gedanke –, dass der eigene Tod niemandem durch eine/n Stellverteter*in abgenommen werden kann, ergibt sich daraus der Blick des Subjekts auf das Leben, welches es ebenfalls als das nur eigene zu verstehen hat.

Subjektivität in der gleichförmigen Massengesellschaft

Kapfinger arbeitet sich in den zentralen Kapiteln seines Buches am Begriff der Subjektivität, oder eher ihren Überresten innerhalb einer gleichförmig modellierten Massengesellschaft, ab. Die faschistische Gesellschaft (das Man) versucht, jegliche Form von Individualität zu verhindern und jedem und jeder vorgegebene Seinsweisen vorzuschreiben. Im Buch wird dies etwa am Beispiel des Hitler-Grußes verdeutlicht. Aus diesen gesellschaftlichen Regulationen will sich Dasein (das Einzelsubjekt) durch die vorlaufende Entschlossenheit zum Tode lösen. Kapfingers Kernpunkt ist allerdings, dass es de facto niemals entkommt und dieses Zurückfallen in vom Man vorgeschriebene Verhaltensweisen auch von Heideggers Philosophie nicht überwunden werden kann, weil es dessen inhärent faschistische Struktur nicht erlaubt. Heideggers Modus einer Subjektivität in Form des Daseins, so Kapfinger, gelingt es nicht, sich in letzter Konsequenz aus den Fängen der faschistischen Gesellschaftsstruktur zu lösen. Es unternimmt aber dennoch zunächst den Versuch, diesem durch die Hinwendung zu einer individualistischen Seinsweise zu entinnen.

Letztlich erlebt es sich nur als stets wieder auf seine Gebundenheit an diese Ausgangsbedingung zurückgeworfen – das Man holt das Subjekt immer wieder ein und bindet es an seine Vorschriften.

Kapfingers Schlussfolgerung lautet, dass Heideggers Philosophie dem*der Einzelnen letzten Endes nicht den Bruch mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in Aussicht stellen könne. Das Dasein resigniert vielmehr und fügt sich von selbst den äußeren, gesellschaftlich vorgegebenen Umständen, die es als unhintergebar annimmt, auch dann, wenn es sich zuvor von ihnen abzuwenden mühte. Eben weil Dasein sich laut Heidegger überhaupt nicht als singular, sondern immer bereits als Mitsein, also als Teil des Mans begreifen müsse, nivelliert es darin seine Fähigkeit zur Partikularität sowie Mündigkeit. Wer sich nicht als Subjekt versteht, dem es erlaubt ist, eine eigene Stimme zu haben, wird einer äußeren Zwangsstruktur keine selbstständig entwickelte Position entgegensetzen können, die einen Bruch mit faschistischen Seinsweisen erlaubt.

Unterordnung oder Scheinunabhängigkeit – Philosophische Positionen

Über die bisherige Heideggerforschung geht Kapfingers Ansatz deutlich hinaus, obwohl auch diese eine Gesellschaftsstruktur (in Form des Mans) und ein darauf verwiesenes Dasein konstatiert. Der Autor folgt zunächst parallel zur klassischen Interpretation der Sichtweise, dass Dasein den Versuch unternimmt, sich vom Man, der externen Gesellschaftsstruktur, zu emanzipieren. Darauf folgend setzt nun Kapfingers Neuerung an: Er stellt heraus, dass Heidegger eben nicht davon ausgehe, dass es dem Dasein möglich sei, dauerhaft im Modus der Individualität zu verbleiben. Dies sei nicht der Abschlusspunkt der vorlaufenden Entschlossenheit zum Tode, sondern in Wirklichkeit ist es die freiwillige Unterordnung des Einzelschicksals unter die Masse.

Kapfingers Ansatz enthält ferner auch einen Abgrenzungspunkt zu Adornos Heidegger-Kritik: Adorno möchte aufzeigen, dass Dasein sich als vorlaufende Entschlossenheit lediglich in eine Scheinunabhängigkeit begeben könne. Laut Adorno glaubt Heidegger selbst fälschlicherweise daran, dass Einzelne sich für die Dauer des Ablösungsprozesses vom Man in einer Existenzweise befinden, die Adorno als Scheinemanzipation entlarvt und zurückweisen muss. Für Kapfinger wird der ‚Ablösungsprozess‘ selbst und nicht bloß seine Dauer zum Problem. Der Prozess selbst soll als einer verstanden werden, der innerhalb der heideggerschen Philosophie de facto gar nicht stattfindet: Dasein löst sich niemals vollständig aus der es umgebenden Gesellschaftsstruktur.

Historische Kontinuitäten in der Philosophie

Insbesondere beim Nachvollzug von Heideggers Gesellschaftsmodell greift Kapfinger auf ein breites philosophisches Spektrum zurück. Es dient dazu, seine Position durch ihre Kehrbilder wie etwa Adornos Negative Dialektik oder die Studien zum autoritären Charakter zu analysieren und durch die Linse differierender Ansätze zu hinterfragen. Ergänzend dazu legt er in den einleitenden Kapiteln seinen Fokus auf die historischen Entstehungsbedingungen des Nationalsozialismus in Deutschland. Kapfinger unterfüttert mit dieser Einordnung immer wieder seine philosophische Argumentationslinie, die beispielsweise im letzten Kapitel auch eine tagesaktuelle politische Debatte einholt: Er will darin aufzeigen, weshalb derzeitige rechte Bewegungen nicht den gleichen Wirkmechanismen gehorchen wie faschistische Strukturen der Dreißigerjahre. Um zu verstehen, wie gegenwärtige rechte Bewegungen effektiv bekämpft werden können, muss man auch ihre historischen Entstehungsbedingungen verstehen; genau deshalb unterscheidet Kapfinger zwischen faschistischen und autoritären rechten Strömungen, auf die unterschiedlich reagiert werden müsse. Ihm geht es dabei um die Unterscheidung zwischen einer gesamtgesellschaftlichen Faschisierung und dem Erstarken einer aggressiven Rechten, die singular agiert.

Kapfinger löst sich von einer Heideggerlesart, die seine politische Haltung von dessen Werk entkoppelt oder Sein und Zeit völlig getrennt vom historischen Entstehungskontext betrachtet. Ihm gelingt eine Verknüpfung aus der Analyse vergangener und aktueller gesellschaftlicher Strukturen

mit den entsprechenden Denkinhalten, was seine Untersuchung besonders anschaulich macht. Kapfingers Theorie scheut sich nicht davor, eigene Denkbewegungen einzuschlagen, die sie aus dem bisherigen Kanon herausheben. Er zeigt konsistent auf, wie sehr die psychologische Struktur des deutschen Faschismus eine intellektuelle Theorie umgreift, die parallel zu ihren historischen Ausgangsbedingungen die Liquidation des Einzelindividuums zum Kernpunkt hat. Dabei muss jedoch angemerkt werden, dass es sich bei der vorliegenden Faschismustheorie um eine spezifische Analyse des deutschen Faschismus handelt und auf dieser Basis andere Faschisierungsbewegungen im globalen Kontext im Anschluss an diese Theorie noch umfassender betrachtet werden könnten.

Emanuel Kapfinger 2021:

Die Faschisierung des Subjekts. Zu Heideggers Philosophie des Todes.

Mandelbaum Verlag, Wien.

ISBN: 978-3-85476-959-0.

224 Seiten. 24,00 Euro.

Zitathinweis: Sibylle Barnieck: Faschistische Philosophie. Erschienen in: NSU - Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung. 61/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1716>. Abgerufen am: 12. 10. 2021 12:55.

Anarchist*innen auf Sinnsuche



Helge Döhring

Organisierter Anarchismus in Deutschland 1919 bis 1933
Die Föderation kommunistischer Anarchisten Deutschlands (FKAD)

Welche Auswirkungen ideologische Einkapselung haben kann, zeigt sich an der Geschichte der anarchistischen Bewegung in der Weimarer Republik.

Rezensiert von [Peter Nowak](#)

„Wenn einst eine kommende Geschichtsschreibung unserer Bewegung diese Zeit beurteilen wird, dann wird sie nur mit liebevoller Achtung von denen sprechen, die trotz bewußter Entstellung, Verleumdung und verhehlten heimtückischen Absichten alledem standgehalten haben, den Glauben an unsere ideale Sache nicht verloren und den Kampf mutvoll weitergeführt haben, ihn auch weiterhin im Dienst des kommunistischen Anarchismus unerschrocken und unnachgiebig führen werden.“

Diese pathetischen Worte richtete der österreichische Anarchist Karl Knauer am 28. März 1929 in einem Grußwort des Föderationskomitees Wien an den Föderationskongress, der in Kassel tagte. Dabei handelte es sich um eine Konferenz der Föderation kommunistischer Anarchisten Deutschland (FKAD), der größten anarchistischen Organisation der Weimarer Republik. Knauers Hoffnung erfüllte sich nicht. Statt einer liebevollen Betrachtung geriet das Wirken der Anarchist*innen weitgehend in Vergessenheit. Die Worte von Knauer finden sich auf Seite 148 des von Helge Döhring im Verlag Edition AV herausgegebenen Bandes „Anarchisten auf Sinnsuche“. Es ist der zweite Teil einer Trilogie, mit der Döhring die Geschichte der anarchistischen Bewegung in der Weimarer Republik dem Vergessen entreißt. „Organisierter Anarchismus in Deutschland 1919 bis 1933“ lautet der Titel des ersten Bands, im dritten Band „Die Anarchistische Vereinigung“ wird aus historischen Dokumenten die Geschichte der anarchistischen Bewegung von 1923-1933 ausgebreitet. Mit den drei Bänden, die insgesamt fast 800 Seiten umfassen, widmet sich Döhring der anarchistischen und anarchosyndikalistischen Bewegung der Weimarer Republik.

Döhring gehörte 2007 zu den Mitbegründer*innen des Instituts für Syndikalismusforschung. Der konkrete Anlass zur Gründung war der Versuch akademischer Anarchismusforscher*innen, Aktivist*innen der Freien Arbeiterinnen- und Arbeiterunion (FAU) wegen sogenannter Urheberrechtsverletzungen juristisch zu belangen. Sie wollten verhindern, dass in FAU-Broschüren Auszüge aus historischen Arbeiten zu lesen sind.

„Daraufhin sagten wir entschieden: Nicht mit uns, wir forschen und publizieren jetzt selbst! Wir sind eng verbunden mit Teilen der heutigen anarchosyndikalistischen Bewegung und deren Mitglieder müssen beim Rückgriff auf unsere Materialien nicht befürchten, vor Gericht gezogen zu werden“,

beschrieb Döhring in einem Interview in der *jungle world* 38/2015 die Haltung der Gründer*innen des Instituts für Syndikalismusforschung, das in Kooperation mit Historiker*innen und Publizist*innen steht.

Parteilichkeit mit wissenschaftlichen Methoden

In jenem Interview hinterfragt Döhring auch den Begriff der wissenschaftlichen Neutralität. Wie alle anderen Forschungsinstitute sei auch das Institut für Syndikalismusforschung parteiisch und agiere mit wissenschaftlichen Methoden. Er grenzt sich damit von einer Geschichtsschreibung ab, die aus politischen Gründen Fakten weglässt oder manipuliert.

„Eine größtmögliche Unvoreingenommenheit und Offenheit, auch politisch unbequemen Ergebnissen gegenüber, ist gerade für Bewegungshistoriker bedeutend, wenn sie keine rein apologetischen Abhandlungen fabrizieren wollen. Wissenschaft ist in erster Linie Selbsterkenntnis und scheut nicht die kritische Rückkopplung an die aktuelle basisgewerkschaftliche Ausrichtung.“

Diesem Anspruch an eine Parteilichkeit mit wissenschaftlichen Methoden wird Döhring in der Trilogie über die anarchistische Bewegung in der Weimarer Republik gerecht. Seine Sympathie für die anarchosyndikalistische Bewegung ist klar erkennbar und drückt sich auch in mancher überflüssigen Polemik gegen Gruppen und Personen aus, die keine Anarchist*innen sind. So wird etwa die Gefangenenhilfsorganisation Rote Hilfe als „eine Vorfeldorganisation der KPD und Moskauer Führung“ (S. 12) klassifiziert. Solche polemisch verkürzten Wertungen bestimmen allerdings nicht den Charakter des Buches. Dort liest man eine gründliche Auseinandersetzung mit den politischen Fehlern der anarchistischen Bewegung, die die von Karl Knauer zitierte Forderung nach der Achtung vor der Arbeit der anarchistischen Bewegung nicht ausschließt.

Langer Prozess der Selbstzerstörung

Döhring bezeichnet die Entwicklung der anarchistischen Bewegung in der Weimarer Republik als einen „langen Prozess der Selbstzerstörung durch ideologische Einkapselung“ (S. 12). Dafür macht er vor allem die in der deutschsprachigen anarchistischen Bewegung jener Jahre einflussreichen Brüder Richard und Rudolf Oestreich verantwortlich. In enger Kooperation mit dem Wiener Anarchisten Rudolf Großmann, der unter dem Pseudonym Pierre Ramus bekannt wurde, sahen sie immer mehr ihren Hauptgegner in der syndikalistischen Strömung des Anarchismus, fast könnte man sogar vom Hauptfeind sprechen. Dabei wurde der Syndikalismus von Pierre Ramus zunächst als Transmissionsriemen für die anarchistische Bewegung gesehen. So erklärte er auf einem Kongress 1921:

„Der Anarchismus ist der Schöpfer und Erhalter des Syndikalismus, und daher kann sich der Syndikalismus auch nicht selbst genügen, er würde dadurch seinen Niedergang besiegeln [...]. Wir Anarchisten haben die Aufgabe, die syndikalistische Bewegung im Sinne der anarchistischen Idee vorwärtszutreiben.“ (S. 47f.)

Da gibt es durchaus Parallelen zu Lenins Kritik am reinen tradeunionistischen Bewusstsein. Während bei ihm die Kommunistische Partei den Gewerkschaften das revolutionäre Bewusstsein beibringen soll, ist es für Ramus und viele seiner Anhänger*innen die anarchistische Bewegung, die die Inhalte in die Gewerkschaften tragen soll. Da aber die meisten Syndikalist*innen ihre Bewegung nicht einfach als ein Gefäß betrachteten, das mit anarchistischer Ideologie gefüllt werden muss, wurden sie von der FKAD zunehmend bekämpft. Bald galten führende Syndikalist*innen als reformistisch, später sogar als konterrevolutionär. Sogar bürgerliche Gerichte wurden von Rudolf Oestreich bemüht, weil er sich von den syndikalistisch orientierten Rudolf Rocker und Helmut Rüdiger beleidigt sah. Erich Mühsam verfasste in der Zeitschrift *Fanal* über die „Gerichtsanarchisten“ eine Glosse, die Döhring zustimmend zitiert.

Früher Antisemitismusstreit in der anarchistischen Bewegung

Dass es bei diesen Auseinandersetzungen nicht nur um einen Kampf zwischen Personen in der

anarchistischen und syndikalistischen Bewegung geht, zeigt der Antisemitismustreit, den ein antisemitisches Pamphlet unter dem Titel „Der jüdische Nimbus“ auslöste, das im *Freien Arbeiter*, der Publikation der FKAD, veröffentlicht wurde. Verfasser war der heute teilweise unkritisch als früher Ökoanarchist verklärte Paul Robien. Repliken von Rudolf Rocker und Viktor Fraenkl wurden mit der Begründung abgelehnt, „sie seien zu persönlich und unsachlich gehalten“ (S. 104). Dem jüdischen Anwalt Fraenkl, der der anarchistischen Bewegung viele Jahre juristisch zur Seite stand, wurde so die Möglichkeit genommen, auf den antisemitischen Text zu reagieren. Je mehr sich die anarchistische Bewegung sektiererisch abkapselte, desto weniger Einfluss hatten sie auf die realen gesellschaftlichen Prozesse jener Jahre. So wird auf dem letzten dokumentierten FKAD-Kongress 1931 der Aufstieg des Nationalsozialismus thematisiert. Es wird sogar die Frage gestellt, ob jetzt eine Einheitsfront nötig ist. Doch weder wird klar, welche politischen Kräfte diese bilden sollten, noch wie sie zustande kommen soll. Sie waren zu dieser Zeit schon zu sehr marginalisiert, um noch einen größeren gesellschaftlichen Einfluss außerhalb des eigenen engen Zirkels zu erlangen. Daher blieben die auf dem Kongress geäußerten Bekundungen, Kapitalismus und Faschismus international zu bekämpfen, Rhetorik, die nicht mehr in praktische Politik umgesetzt werden konnte. Besonders tragisch ist es, dass es der FKAD an länderübergreifenden Solidaritätsstrukturen mangelte, um ihre Genoss*innen vor der Verfolgung durch den NS zu schützen und wenn möglich außer Landes zu bringen.

Berthold Cahn ein vergessener anarchistischer Organisator

Das wird am Schicksal von Berthold Cahn deutlich, eines besonders aktiven Anarchisten, der im Personenindex des Buches auf fast 50 Textverweise kommt. Cahn war schon seit 1900 ein unermüdlicher Organisator der FKAD und seiner Vorgängerorganisationen. Während des Ersten Weltkriegs war er wegen seiner antimilitärischen Positionen 21 Monate inhaftiert. Zwischen 1919 und 1933 organisierte er Veranstaltungsreisen durch die Republik und organisierte unter anderem mit Rudolf Rocker und Augustin Souchy Protestveranstaltungen gegen die Verfolgung von Anarchist*innen in der Sowjetunion und gegen die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti in den USA. Trotz seiner exponierten Stellung in der anarchistischen Bewegung und seiner Bekanntschaft mit Anarchist*innen in vielen Ländern gab es keine Versuche, Cahn nach dem Machtantritt der Nazis aus Deutschland ins Exil bringen. Sein Schicksal im NS blieb viele Jahrzehnte ungeklärt und er wurde weitgehend vergessen. Auch in anarchistischen Publikationen wurde bis vor wenigen Jahren fälschlicherweise behauptet, er sei während der Reichspogromnacht am 9. November 1938 ermordet worden. Erst durch neuere Forschungen der Gustav-Landauer-Initiative, in der sich jüngere Anarchist*innen mit akademischen Hintergrund der eigenen Geschichte widmen, wurde das Schicksal von Cahn im NS erforscht und in der Broschüre „Berthold Cahn – ein Leben für den Anarchismus“ veröffentlicht. Demnach wurden Cahn und sein Mitbewohner und anarchistischer Genosse Fritz Scherer im Dezember 1933 in Berlin verhaftet. Im Mai 1934 wurde Cahn wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt, die er in Berlin-Plötzensee absitzen musste. Danach hatte sich lange Zeit jede Spur zu ihm verloren. Die Oral-Historiker*innen der Gustav-Landauer-Initiative fanden im Totenbuch des KZ Sachsenhausen den Hinweis, dass Cahn zu den 500 Berliner Juden und Jüdinnen gehörte, die nach dem Brandanschlag der antifaschistischen Gruppe Baum auf die NS-Propagandaausstellung „Das Sowjetparadies“ am 27. Mai 1942 in das KZ Sachsenhausen gebracht und am 28. und 29. Mai zusammen mit 98 KZ-Häftlingen erschossen wurden. Cahn war zu diesem Zeitpunkt 71 Jahre alt. Im September 2018 wurde vor dem Wohnhaus von Cahn in Berlin-Mitte ein Stolperstein mit seinen korrekten Lebensdaten verlegt. Es bleibt die offene Frage, warum es für einen der aktivsten Anarchisten im deutschsprachigen Raum keine Solidaritätsbewegung gegeben hat, die ihm das Exil ermöglicht hätte und warum er auch nach dem Ende des NS so lange vergessen blieb. Hier wird einmal mehr deutlich, wie wichtig eine Geschichtsschreibung auch über die anarchistische Bewegung in Deutschland ist. Helge Döhring hat mit der Trilogie Maßstäbe gesetzt. Es ist zu hoffen, dass weitere Bücher über die Geschichte der anarchistischen Bewegung beispielsweise im NS folgen werden.

Diskussion um Lifestylelinke im Anarchismus

In einigen Abschnitten geht Döhning auch kritisch auf den aktuellen Zustand der anarchistischen Bewegung in Deutschland ein. Wenn er dort „Genussfeindlichkeit, Weltfremdheit, Selbstzentriertheit, Nischendiskussion, Rigorismus, Wetteifern um politische Korrektheiten, Ausgrenzung, ein gezierter Verhaltenskodex, Verbotskultur und Mitläufertum“ (S. 25) moniert, klingt er fast wie eine Sarah Wagenknecht der libertären Linken, der vor einer Lifestylelinken warnt, die er „soziologisch auf den vorherrschenden studentischen Einfluss und die Dominanz eines konkurrenzlos scheinenden Neoanarchismus“ (ebd.) zurückführt. Dabei zeigt doch die von Döhning gut dokumentierte Geschichte, dass die anarchistische Bewegung in der Weimarer Republik bestimmt nicht an zu viel Feminismus oder marxistischen Theoriefragmenten gelitten hat. Vielmehr sollte die „Geschichte persönlicher Niederlagen und des politischen Opportunismus“ (S. 17), die die FKAD mit anderen linken Bewegungen, nicht zuletzt der KPD, teilt, doch eher eine Aufforderung sein, sich theoretisch und praktisch anderen linken Ansätzen zu öffnen. Die aktuelle anarchistische Bewegung kann von feministischen und antirassistischen Praxen, aber auch von den Erfahrungen dissidenter Marxist*innen nur profitieren.

Helge Döhning 2018:

Organisierter Anarchismus in Deutschland 1919 bis 1933. Die Föderation kommunistischer Anarchisten Deutschlands (FKAD).

edition av, Bodenburg.

ISBN: 978-3-86841-192-8.

350 Seiten. 20,00 Euro.

Zitathinweis: Peter Nowak: Anarchist*innen auf Sinnsuche. Erschienen in: NSU - Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung. 61/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1718>. Abgerufen am: 12. 10. 2021 12:55.

Racial drag



Mithu M. Sanyal
Identitti

Kulturelle Aneignung oder Empowerment? Eine weiße Professorin gibt sich als Person of Color aus und wird enttarnt – mit Folgen.

Rezensiert von [Stephanie Bremerich](#)

Aufregung an der Düsseldorfer Universität: Saraswati, renommierte Professorin für Postkoloniale Theorie und Postkoloniale Soziologie, ist gar keine Person of Color, sondern *weiß*. Jahrelang hat die charismatische und kontroverse Expertin für Identitätsfragen der Öffentlichkeit etwas vorgespielt. Saraswati heißt in Wahrheit Sarah Vera Thielmann und hat sich mit Operationen und anderen Hilfsmitteln eine PoC-Identität zugelegt. Und zwar in der vollen Überzeugung, das Richtige zu tun. Ihre Enttarnung löst nicht nur einen handfesten Skandal aus, sondern provoziert ganz grundsätzliche Debatten: „Kann ein Mensch sich aussuchen, weiß, of Color oder Schwarz zu sein? Kann die individuelle Antwort eines Menschen hinsichtlich seiner Identität als richtig oder falsch bewertet werden? Und allem voran steht die Frage: Wer hat darüber die Deutungshoheit?“ (S. 360)

Um diese Fragen geht es in Mithu Sanyals „Identitti“. Mit ihrem Debütroman hat die 1971 geborene Autorin, die bislang mit Sachbüchern hervorgetreten ist („Vulva. Das unsichtbare Geschlecht“, 2009; „Vergewaltigung. Aspekte eines Verbrechens“, 2016), offensichtlich einen Nerv getroffen: Bereits wenige Monate nach seinem Erscheinen liegt der Text in neunter Auflage vor („Spiegel-Bestseller“) und ist für den Deutschen Buchpreis nominiert. Zu Recht, denn „Identitti“ stößt Debatten an, die die deutschsprachige Literaturlandschaft gut gebrauchen kann.

Das Thema erinnert vage an Philip Roths großen Roman „Der menschliche Makel“ (2000), in dem der Universitätsprofessor Coleman Silk, der seine Schwarze Herkunft verschleiert und sich als *weißer* Jude ausgibt, nach Rassismus-Vorwürfen vor dem Karriere-Aus steht. Der Vergleich trägt aber nur bis zu einem gewissen Grad, wobei der offensichtlichste Unterschied darin besteht, dass das Skandalon in „Identitti“ nicht in einer Transformation von Schwarz nach *weiß*, sondern von *weiß* nach PoC besteht. Ein weiterer wichtiger Unterschied: Sanyal konzentriert ihre Geschichte gänzlich auf weibliche Hauptfiguren. Neben Saraswati ist das Nivedita, die Vorzeigestudentin Saraswatis und Titelheldin des Romans.

„Ich“ und die anderen

Nivedita verehrt Saraswati, hat alles von ihr gelesen, jedes ihrer Seminare besucht und Saraswatis Standardwerk „Decolonize your Soul“ quasi inhaliert. ‚Identitti‘ ist das eloquente Social-Media-Ich, unter dem Nivedita bloggt und twittert, mal nachdenklich und poetisch, mal witzig und provokant, immer politisch. Wie das Pseudonym schon anzeigt, geht es dabei um Fragen der Identität – Fragen, mit denen Nivedita als Tochter einer *weißen* Mutter und eines indischen Vaters hadert und zu denen sie bei Saraswati bislang Antworten zu bekommen glaubte. Neben ihrem virtuellen Ich hat Nivedita noch einige andere ‚Ichs‘, und es ist mitreißend, zu lesen, auf welche Weise diese sich

im Roman manifestieren und wie sie interagieren, auch in Konflikt zueinander treten. Neben der schillernden Identität sind da noch Niveditas zweifelndes Beziehungs- und ihr unsicheres Tochter-Ich, denen es schwer fällt, sich in der zermürbenden Beziehung zum On/Off-Freund Simon zu behaupten oder den eigenen Platz zwischen den beiden Elternteilen auszuloten. Da ist außerdem die indische Göttin Kali, einer Art grenzüberschreitend-fantastisches Alter Ego, mit dem Nivedita ausgedehnte innere Dialoge führt. Vor allem aber ist da Saraswati, deren Seminare Nivedita „nicht nur realer, sondern auch indischer gemacht hatten“ (S. 339). Vorbild und role model, Lehrerin und Mentorin, Ersatzmutter und Freundin, nicht zuletzt Projektionsfläche der eigenen Wünsche – Saraswati ist für Nivedita mehr als nur eine Universitätsprofessorin. Die Ent-Täuschung von Saraswatis wahrer Herkunft geht mit einer persönlichen Enttäuschung einher, die Nivedita in den Grundfesten ihres Selbst erschüttert:

„Sie musste ihren Dämonen ins Gesicht sehen. Und ihre Dämonin war Saraswati. Beim Wort Dämonin drückte ihre Hand wie ferngesteuert auf die Klingel, dachte Nivedita. Bis sie ihren Blog begonnen hatte, war es für Nivedita unmöglich gewesen, Ich zu sagen und sich selbst zu meinen. Ich, das waren, als sie ein Kind war, kleine weiße Mädchen und nochmal deutlich häufiger kleine weiße Jungen – also alles, was nicht sie war. Manchmal verirrte sich ein Kind mit ihrer Hautfarbe in ihre Kinderbücher, wie Gussel, der verweichlichte südländische Prinz, der in „Der Zirkus der Abenteuer“ von den mutigen Enid-Blyton-Kindern gerettet werden musste [...]. Doch so oder so war keiner von ihnen Ich. Sie waren Er, Sie und Sie, und also war auch Nivedita in ihrem eigenen Kopf immerzu nur eine Sie.“ (S. 89)

Die Beziehung zwischen Saraswati und Nivedität ist der Dreh- und Angelpunkt des Romans, mit dem Mithu Sanyal das Persönliche und das Politische auf unauflösbare Weise verschränkt. Indem Sanyal die Enttarnung direkt zu Beginn des Romans ansetzt und nicht etwa als Höhepunkt an das Ende, gelingt es, den Fokus auf die Folgen zu legen, die sich daraus vor allem für Nivedita ergeben. Ist alles, was sie von Saraswati gelernt hat, falsch? Sind die Thesen ihrer Bücher weniger relevant, weil sie von einer *weißen* Person stammen? Was hat Saraswatis *Weißsein* mit ihrer eigenen mixed race zu tun?

Nivedita will Antworten und macht sich auf den Weg zu Saraswati. Während sich in den Sozialen Netzwerken die Shitstorms überschlagen und sich auf den Straßen Protestzüge gegen Saraswati formieren, spielt sich ein Großteil der Auseinandersetzung in einer kleinen Professorinnen-Wohnung in Oberbilk ab, wo es erstaunlich handlungsarm, dafür aber sehr gesprächsintensiv zugeht.

Race als Schicksal?

Saraswati zeigt keinerlei Reue, ganz im Gegenteil: „Was ich gemacht habe, ist mehr, als nur zu unterrichten – ich habe bewiesen, dass Nicht-Weißsein kulturelles Kapital geworden ist. Das ist ein Zeichen für unseren Erfolg.“ (S. 305) Mit ‚uns‘ sind People of Color gemeint, zu denen sich Saraswati weiterhin rechnet. Ihr Vorgehen bezeichnet sie als „racial drag“ (S. 200), ihre Identität als „postracial“ (S. 243).

„Ich bin eine race-Terroristin! Ich führe die Authentizität der Raster ad absurdum. Ich sprengte sie und baue aus ihren Splittern eine neue Welt, in der race etwas ist, was wir genießen dürfen, mit dem wir spielen können, das uns eben nicht schicksalhaft bestimmt.“ (S. 245)

Gegen all das lassen sich natürlich Einwände erheben. Und sie werden im Roman auch erhoben: Blackfacing, kulturelle Aneignung, white supremacy – „Identität“ bietet einen Schnelldurchlauf durch die Diskriminierungskategorien postkolonialer Debatten und aktueller Diskurse. Das Schöne daran: Das Ganze wird eben nicht vor US-amerikanischem Hintergrund und akademischer Ivy League durchgespielt (siehe Philip Roth), sondern in einem sehr deutschen Kontext verortet. Immer wieder geht es dabei auch um die Bedeutung, die das Abgestoßensein vom eigenen

Weißein hat – Aspekte, die Nivedita, die sich beim Spielen mit indischen Kindern als „Coconut“ bezeichnen lassen musste und die insgeheim neidisch auf ihre Cousine Priti ist, die viel ‚indischer‘ ist als sie selbst, auch persönlich betreffen.

Überdeutlich wird dabei Sanyals Bestreben, mit Saraswati eine widersprüchliche Figur zu entwerfen, die nicht ganz positiv, aber auch nicht völlig unsympathisch ist und die Leser:innen ebenso zur Abgrenzung wie zum Weiterdenken auffordert. Unter dem fast schon übertriebenen Maß an Ambivalenz, das Saraswati zugewiesen wird, leidet allerdings die Plausibilität der Figur: analytische Brillanz und enzyklopädisches Wissen mischen sich mit völliger Verblendung und Selbstverkenning, überbordende Empathie trifft auf ein an Arroganz grenzendes Selbstbewusstsein.

Überzeugender ist demgegenüber die Entwicklung von „Identitti“ beziehungsweise Nivedita, deren Geschichte viele originelle, berührende, aufrüttelnde und fesselnde Momente bereithält. Dazu zählt beispielsweise die mediale und diskursive Dimension des Romans, der sich aus verschiedensten Textsorten zusammensetzt und neben fiktiven Blogbeiträgen auch „Seminarnotizen“ sowie etliche intertextuelle Verweise auf Klassiker der Postcolonial Studies enthält. Hinzu kommen zahlreiche in den Romanverlauf eingeblockte Tweets, die zum Teil an die medialen Reaktionen auf faktische Fälle angelehnt sind (etwa auf Rachel Dolezals Debunking 2015), zum Teil aber auch von Zeitgenoss:innen eigens für den Roman verfasst wurden, wie man im Nachwort nachlesen kann. Ebenso vielschichtig und hybrid wie *Identität* ist also auch der vielstimmige Text, der Fakt und Fiktion, Privates und Politisches, analoge und digitale Welt sowie Theorie und Alltag geschickt miteinander verquickt und dabei wie im Vorbeigehen noch die Diskursdynamiken sozialer Medien sowie die Ordnung moderner Wissensbestände reflektiert.

Hörsaal-Atmosphäre

Der mit knapp 430 Seiten recht stattliche Roman hat aber auch ein paar Längen. Stellenweise mutet „Identitti“ wie ein fikionalisierter Seminar-Reader an (ein Eindruck, der durch „Saraswatis Literaturliste“, die als Anhang beigefügt ist, noch verstärkt wird). In den ausgedehnten (und manchmal arg überfrachteten) Diskussionen kommt mitunter Hörsaal-Atmosphäre auf. Als Anregung zur Vertiefung des eigenen Wissens ist das großartig, allerdings geht die Tendenz zur Diskursivierung bei der Lektüre mitunter auf Kosten der literarischen Subtilität, da alles explizit ausgesprochen, erklärt, analysiert und reflektiert wird. Vor allem Saraswati wird als literarischer Figur viel (vielleicht zu viel) zugemutet. Der Versuch, ihre Transformation zur PoC überdies mit einem unbearbeiteten Familienkonflikt in Verbindung zu bringen, der im zweiten Teil des Romans viel Raum einnimmt, lässt den Text an ein, zwei Stellen haarscharf am Melodramatischen vorbeischrappen.

Macht aber nichts. Besser einmal zu oft in die Vollen gehen, als mit angezogener Handbremse die Schlaglöcher aktueller identitätspolitischer Debatten umfahren. Mit „Identitti“ hat Mithu Sanyal zweifellos einen rasanten, reichhaltigen und kontroversen Roman geschrieben, der nicht nur gelesen, sondern auch diskutiert, umstritten und weitergedacht werden will.

Mithu M. Sanyal 2021:

Identitti.

Hanser Literatur, Berlin.

ISBN: 978-3-446-26921-7.

432 Seiten. 22,00 Euro.

Zitathinweis: Stephanie Bremerich: Racial drag. Erschienen in: NSU - Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung. 61/ 2021. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1713>. Abgerufen am: 12. 10. 2021 12:55.

Unvergessen.

Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2021 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der [Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](#). Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere [Kontaktseite](#) erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.